

Der sozialistische Betrieb als Schnittstelle sozialer, ökonomischer und machtpolitischer Beziehungen

1. Wechselverhältnis von Gesellschaftskonzept der SED und Wirtschaftssystem in der DDR
 - 1.1. Ordnungspolitisches Konzept der DDR
 - 1.2. Ordnungsform der Volkswirtschaft in der DDR
 - 1.2.1. Kombinate als generelle Organisationsform in der DDR
 - 1.2.2. Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit
 - Politisch-operative Arbeit und operative Kräfte
 - Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)
 - Offiziere im besonderen Einsatz (OiBE)
2. Kaderpolitik der SED – Instrument der Herrschaftssicherung
 - 2.1. Begriffsbestimmungen
 - 2.1.1. Kaderbegriff
 - 2.1.2. Kadernomenklaturen und Nomenklaturkader
 - 2.1.3. Kaderpolitische Prinzipien
 - 2.1.4. Politisch-operative Einflußnahme des MfS auf die Kaderarbeit
 - Sicherheitsüberprüfungen durch das MfS
3. Der sozialistische Betrieb als Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR
 - 3.1. Kaderpolitik und sozialistische Kaderarbeit auf betrieblicher / kombinatlicher Ebene
 - 3.1.1. Betriebliche Kaderorganisation
 - 3.2. Reise-, Auslands- und Verhandlungskader
 - 3.3. Vergleich von Kaderarbeit und Personalarbeit
4. Wende

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

Verzeichnis von Dokumentationen

Verzeichnis von MfS-Dokumenten

Gesetzestexte/Anordnungen/Sonstiges

Anlagenverzeichnis

Anlagenteil: Anlagen 1 – 25

1. Wechselverhältnis von Gesellschaftskonzept der SED-Diktatur und Wirtschaftssystem in der DDR

In jeder Gesellschaft stehen Politik und Ökonomie in einem engen Wechselverhältnis, unabhängig, ob es sich um eine demokratisch verfaßte Gesellschaftsordnung oder um eine Diktatur handelt. So sollen mit der entsprechenden Wirtschaftsordnung die mit dem Gesellschaftssystem gesetzten gesellschaftspolitischen Grundziele verwirklicht werden, darüber hinaus müssen die in jeder Wirtschaftsgesellschaft bestehenden Probleme, wie

- die Herstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse,
- die zielgerichtete Koordination und Lenkung aller wirtschaftlichen Aktivitäten sowie
- der bewußte und zweckmäßige Umgang mit den nicht beliebig vermehrbaren und deshalb in diesem Sinne knappen Mitteln,

gelöst werden. (siehe dazu auch Anlagen 1¹ und 2²).

Jede menschliche Gesellschaft ist somit immer auch eine Wirtschaftsgesellschaft, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bestimmen deren Lenkungsaufgabe und prägen die Inhalte ihrer Instrumentarien.

Dabei sind zwei Idealtypen von Wirtschaftsordnungen hervorzuheben:

- die dezentrale Planung mit marktwirtschaftlicher Koordination (kurz: Marktwirtschaft)
- die zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung (kurz: Planwirtschaft),

die sich grundsätzlich unterscheiden.

In einem marktwirtschaftlichen System sind Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf wesensfremd, da dieses Modell gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß die privaten Wirtschaftsteilnehmer individuell freie ökonomische Entscheidungen treffen und den Wirtschaftsablauf über Angebot, Nachfrage und Preise am Markt steuern. Der Staat hat jedoch in der Marktwirtschaft die Aufgabe, durch Gesetzgebung, kontrollierende Institutionen und seine Wirtschaftspolitik, eine effektive, den Wettbewerb stärkende Rahmenordnung zu

1 Anlage 1: Betriebswirtschaftliche Tatbestände im Vergleich.

2 Anlage 2: Wirtschaftsordnungen – ausgewählte Ordnungselemente im Vergleich.

gestalten, indem er die Vertragsfreiheit, den freien Wettbewerb und ein funktionierendes Geldwesen garantiert.

In einem System mit zentraler Wirtschaftsplanung dagegen werden alle Entscheidungen über Produktion, Güterverwendung und -verteilung von der politischen Zentralstelle getroffen, deren Beschlüsse um Gesetz erhoben und mittels Plan „von oben nach unten“ durchgestellt. Die Planerfüllung wird zum obersten Prinzip. Die Betriebe bzw. Kombinate als Wirtschaftseinheiten ohne echte Entscheidungsbefugnisse und Eigeninitiativen werden zu „Erfüllungsgelhilfen“ degradiert. In der Plan- und Mangelwirtschaft sind Wettbewerb und Konkurrenz ausgeschlossen.

Die führende Rolle der kommunistischen Partei als der politischen Zentralstelle wird in diesem Prozeß durch folgende Instrumente gesichert:

- partielle Personalunion zwischen Parteispitze und Wirtschaftszentrale,
- richtungsweisende Beschlüsse und Direktiven der obersten Parteizentrale und absolute Parteidisziplin, indem sich die Minderheit sowie das einzelne Parteimitglied den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnet,
- kontrollierende Funktion der Grundorganisationen der Partei in den Betrieben und Kombinaten.

Die zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle beschränkte sich nicht nur das gesamte Wirtschaftsgeschehen, sondern umfaßt auch alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie Soziales, Kultur, Wissenschaft und Bildung.

1.1. Ordnungspolitisches Konzept der DDR

Auf die DDR bezogen heißt dies, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur wurde auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nach dem Modell der Sowjetunion errichtet. Kernstück dieses Modells war die Schaffung des zentralisierten Eigentums und dessen Kombination mit der politischen Macht unter Führung der kommunistischen Partei. Die wirtschaftliche Umgestaltung in der DDR begann mit der Bodenreform, der Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens, der Beschlagnahme von Versicherungen und Industrieunternehmen. Mit der Zwangsvereinigung der KPD und der SPD im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) sowie der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 07. Oktober 1949 wurden die politischen Voraussetzungen zur Machtsicherung geschaffen und gleichzeitig tiefgreifende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln (siehe Anlage 3³) und soziale Umschichtungsprozesse eingeleitet. Im Ergebnis dieser Prozesse wurde der „Bourgeoisie“ die ökonomische Basis ihrer Macht entzogen, fortwirkendes bürgerliches Gedankengut und

3 Anlage 3: Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR.

Verhalten bekämpft und die bürgerliche Schicht durch eine Schicht systemloyaler Funktionäre überwiegend proletarischer Herkunft ersetzt, die die soziale Verpflichtung von Eigentum nicht kennengelernt hatte. So wurde die Machtfrage „Wer Wen?“ im ökonomischen Bereich frühzeitig entschieden.

Das ordnungspolitische Konzept des in der DDR installierten Herrschaftssystems war im wesentlichen durch folgende äußere Kennzeichen charakterisiert:

- der Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Theorie des Sozialismus verstanden, ist die alleingültige ideologische Grundlage,
- nach sowjetischem Vorbild und nach eigenem Selbstverständnis ist die SED „der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“, eine Kaderpartei (mit dem System der Nomenklaturen), die zur Machtsicherung die Schlüsselpositionen in allen Lebensbereichen in Verwirklichung ihrer Kaderpolitik mit Parteimitgliedern oder mit ihr treu ergebenden und zuverlässigen Anhängern besetzt. Mit fast totaler Machtfülle ausgestattet, indoktriniert die SED alle Lebensbereiche. Mit der Nomenklatura beherrscht sie die gesamte Gesellschaft.
- der „Demokratische Zentralismus“ ist das grundlegende Leitungs- und Organisationsprinzip für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, für Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat, gesellschaftliche Organisationen. Ideologisch wurde dieses Prinzip durch die These des Marxismus-Leninismus legitimiert, daß eine sozialistische Gesellschaft der einheitlichen Führung durch die Arbeiterklasse und deren Partei bedarf,
- Aufbau eines gigantischen und perfektionierten speziellen Überwachungs- und Repressionsapparates in Form des Ministeriums für Staatssicherheit, das als „Schild und Schwert der Partei“ das Funktionieren des Machtapparates und den Erhalt des Machtmonopols der SED zu gewährleisten und die Frage „Wer ist wer?“ zu klären hatte,
- weitgehende Identität der Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft durch Personalunion von Partei- und Staatsfunktionen, damit wurde garantiert, daß politische Akte durch die staatlichen Organe nur auf Veranlassung und im Sinne der SED gesetzt wurden,
- wesentliche wirtschaftliche und soziale Strukturveränderungen, die sich durch die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ ergaben, die im Jahre 1972 nach „revolutionären Umwandlungen im Prozeß des politisch-ideologischen und ökonomischen Klassenkampfes mit friedlichen Mitteln“⁴ abgeschlossen wurde. In deren Ergebnis wurde das Privateigentum an Produktionsmitteln im wesentlichen abgeschafft; der volkseigene Sektor in der Industrie bzw. das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in der Landwirtschaft und im Handwerk überwog. Während der Anteil der privaten Betriebe an der Bruttonproduktion der DDR 1950 noch 38,2% be-

4 Grundriß Wirtschaftsrecht; S. 24.

trug, schrumpfte der Anteil des privaten und des halbstaatlichen Sektors nach Zwangskollektivierung und Überführung der halbstaatlichen Betriebe in Volkseigentum auf 4,8% im Jahre 1973. In den Folgejahren entwickelte er sich weiterhin rückläufig, bis hin zur Bedeutungslosigkeit. (siehe dazu Anlage 3)

- Ausschaltung der unternehmerischen Initiative. Im Ergebnis der Veränderungen stand an der Spitze der Betriebe statt eines Unternehmers mit Privatinitiative und den ihr innewohnenden Antriebskräften zu wirtschaftlichem Handeln ein politischer Funktionär, der stets von den Interessen der Partei und des Staates auszugehen und deren Beschlüsse kompromißlos umzusetzen hatte. Diese Optionen schlossen unternehmerisches Handeln und die Entwicklung des postulierten Eigentümerbewußtseins zwangsläufig aus. Hier sind die Wurzeln für die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ zu suchen.
- Verlust der Autonomie der Wirtschaft und ihrer Unternehmen gegenüber der Politik bei zentraler Planung, Verwaltung und Kontrolle der Wirtschaft mittels eines zentralistischen und hierarchisch gegliederten Planungs- und Leitungssystems,
- oberstes Prinzip jeder Wirtschaftstätigkeit ist plankonformes Verhalten, d.h. die strikte Einhaltung der Plandisziplin, Planerfüllung um jeden Preis.

1.2. Ordnungsform der Volkswirtschaft in der DDR

Politik und Wirtschaft waren in der DDR auf das engste miteinander verknüpft. Die Verfassung der DDR gab der Volkswirtschaft eine spezifische Ordnungsform. Gemäß Artikel 9 der Verfassung der DDR⁵ war sie eine „sozialistische Planwirtschaft“, die nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ geleitet wurde.

Dieses ursprünglich für die Organisation der kommunistischen Parteien geltende Prinzip wurde als grundlegendes Organisations- und Leitungsprinzip nicht nur auf den Staat, sondern auch auf die Wirtschaft und alle anderen Bereiche der Gesellschaft übertragen. Es bot die Gewähr für die einheitliche Realisierung des ideologisch begründeten Machtanspruches der SED auf allen Gebieten und an allen Orten.

Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ als tragendes Prinzip der Machtorganisation in der DDR basierte auf dem Grundsatz, daß alle Beschlüsse der höheren (Partei-)Organe für die nachgeordneten (Partei-)Organe verbindlich sind, straffe (Partei-)Disziplin zu üben ist und die Minderheit sowie der Einzelne sich den Beschlüssen diszipliniert unterzuordnen hat.

⁵ Verfassung der DDR (Fassung vom 07.10.1974).

Die SED gab die politischen Richtlinien für das Handeln aller Elemente des Systems aus, traf die grundlegenden Entscheidungen zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse in allen Politikbereichen, kontrollierte deren Durchführung und schuf mit der Kaderpolitik die personellen Voraussetzungen zur Sicherung ihrer politischen Macht.

Das Ordnungsprinzip des Gesellschaftskonzeptes der SED bestimmte das Ordnungsprinzip des Wirtschaftssystem, des zentralen Teils des politisch-sozialen Gesamtsystems. Ebenfalls nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ organisiert, war es ein Instrument zur Beförderung der gesellschaftlichen Vorstellungen der SED im Bereich der Wirtschaft „von oben nach unten“.

Bei der Festlegung der Planziele durch die Zentrale wurde von der Fiktion ausgegangen, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Interessengegensätze weitgehend beseitigt sind und die Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der Lage ist, die gesamtgesellschaftlichen Interessen stellvertretend für die Bürger ihres Herrschaftsbereiches zu erkennen. Zwangsläufig wurden dabei häufig individuelle Bedürfnisse und Wünsche vernachlässigt. Die zentral bestimmten Wirtschaftsziele wurden in Wirtschaftsplänen (Jahres- und Fünfjahrplänen) in Form eines Gesetzes verabschiedet. Den Kombinat und Betrieben wurden die für sie geltenden Planziele als verbindliche Planvorgaben übergeben, die sie zu erfüllen hatten. Die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft in der DDR war in ihrer Grundstruktur befehlswirtschaftlich angelegt und erfolgte mittels eines hierarchisch strukturierten Lenkungs- und Planungssystem, das aus zwei wesentlichen Leitungsstufen bestand: (siehe dazu Anlagen 4; 6⁶)

- die zentralen Leitungsorgane repräsentiert durch
 - Politbüro und Zentralkomitee der SED auf Parteiebene
 - Ministerrat und sein Präsidium sowie die Staatliche Plankommission als oberste Planungsbehörde auf staatlicher Ebene
- die wirtschaftsleitenden Organe und die Wirtschaftseinheiten repräsentiert durch
 - Industrieministerien und wirtschaftsleitende Ministerien für spezielle Wirtschaftsbereiche (z. B. Ministerium für Außenhandel)
 - Ministerien und andere staatliche Organe mit Querschnittsaufgaben (z. B. Ministerium der Finanzen)
 - staatliche Institutionen mit Leitungs- und Überwachungsfunktionen für einen speziellen Verantwortungsbereich (z. B. Amt für Preise, Staatliches Büro zur Begutachtung von Investitionen)

6 Anlage 4: Organe der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR [entn. Hochschullehrbuch Sozialistische Volkswirtschaft].

Anlage 6: Planungssystem der DDR [entn. Hochschullehrbuch Sozialistische Volkswirtschaft].

- die zentral- bzw. bezirksgeleiteten Kombinate.

1.2.1. Kombinate als generelle Organisationsform in der DDR

Um die immer komplexer und komplizierter werdenden Planungs-, Bilanzierungs- und Abstimmungsprozesse effektiver zu gestalten, erfolgte ab 1979 die durchgängige Kombinatiensbildung, d. h., die volkseigenen Betriebe wurden in Kombinat zusammengefaßt. Mit diesem Umbau der Wirtschaftsorganisation vollzog sich ein Konzentrationsprozeß, dessen Ziel darin bestand, die Kombinate zu den grundlegenden Wirtschaftseinheiten mit einem relativ geschlossenen Wirtschaftskreislauf in der Volkswirtschaft zu entwickeln. Als generelle Grundform der gesellschaftlichen Organisation und Leitung der sozialistischen Großproduktion wurden die Kombinate als das „Rückgrat der sozialistischen Planwirtschaft“ bezeichnet⁷. Mit der Kombinatiensbildung sollte eine Art „sozialistischer Konzerne“ unter verantwortlicher Leitung von Generaldirektoren geschaffen werden, die den gesamten Reproduktionsprozeß – Produktion, Investition, Forschung, Absatz – selbständig gestalten, die Volkswirtschaft in ihrem Produktionsbereich versorgen, Prozesse und Aufgaben mit volkswirtschaftlichem Charakter realisieren, für den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmend sein und gleichzeitig die übergeordneten Planungs- und Leitungsorgane von Detailfragen entlasten sollten.

Stellung und Aufgaben der Kombinate wurden in der „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe“ (Kombinatiensverordnung)⁸ vom 08.11.1979 umfassend geregelt.

Dieser Versuch, im Rahmen einer Organisationsreform eigenverantwortliche und leistungsfähige Kombinate als selbsttragende Säulen eines dynamischen Wirtschaftsorganismus zu schaffen, mußte zwangsläufig scheitern, da die dazu notwendigen Voraussetzungen, wie z. B. Freiräume für selbstverantwortliche Tätigkeit, wie echte Eigenverantwortung und Selbständigkeit sowie Ausstattung mit dem erforderlichen Eigenkapital, an den Grundfesten des politischen Herrschaftssystems gerüttelt hätten. Zu dieser Schlußfolgerung kommt auch einer der Mitgestalter des Prozesses der Kombinatiensbildung⁹ nach kritischer Analyse aller Faktoren aus heutiger Sicht.

Zum Ende der DDR (1988)¹⁰ gab es

- 173 zentralgeleitete Kombinate
- 143 bezirksgeleitete Kombinate,

7 C. Krömke/G. Friedrich: „Kombinate. Rückgrat sozialistischer Planwirtschaft“; 1987.

8 Kombinatiensverordnung: Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 38/1979 vom 08.11.1979.

9 Krömke, Claus; Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag; 1996.

10 Statistisches Taschenbuch der DDR 1989, S. 29.

zu denen rund 4.000 Betriebe mit mehr als 3,6 Millionen Beschäftigten gehörten. (siehe dazu Anlage 5)¹¹.

1.2.2. Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit

Nach DDR-Verständnis war die sozialistische Wirtschaft die ökonomische Basis der politischen Macht, die Wirtschaft der DDR wurde von der politischen Führungskaste zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele instrumentalisiert.

In einem Lehrmaterial „Grundriß Wirtschaftsrecht“¹², für die staatswissenschaftliche Aus- bzw. Weiterbildung von Staatsfunktionären aus dem Jahre 1986, heißt es in diesem Zusammenhang wie folgt:

„Die Leitung der Wirtschaft durch den sozialistischen Staat ist Ausdruck einer der wesentlichsten Seiten der Diktatur des Proletariats und damit der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft. Die sozialistische Wirtschaft ist die ökonomische Basis der politischen Macht der Arbeiterklasse, sie bietet der Herausbildung, Entwicklung und Festigung sozialistischer Verhaltensweisen breiten Raum.“

Aus der zentralen Bedeutung der Wirtschaft für die Errichtung und die ständige Festigung der Macht der SED erklärt sich, daß seit Bestehen des Ministeriums für Staatssicherheit abgeleitet vom „Klassenauftrag der SED an das MfS zur Realisierung der Sicherheitserfordernisse der sozialistischen Gesellschaft“ die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft eine wesentliche Schwerpunktaufgabe bildete.

Politisch-operative Arbeit und operative Kräfte

Laut Definition des MfS-„Wörterbuches zur politisch-operativen Arbeit“ ist unter den Begriffen „politisch-operative Arbeit“ und „operative Kräfte“ folgendes zu verstehen:

- Politisch-operative Arbeit¹³ ist die auf dem Klassenauftrag der SED an das MfS beruhende Tätigkeit der operativen Kräfte des MfS zur Realisierung der Sicherheitserfordernisse der sozialistischen Gesellschaft. Sie ist Bestandteil der Sicherheitspolitik der SED, ihrem Wesen nach konspirativ geführte politische Arbeit zum Schutz und zur Stärkung der DDR, zur Gewährleistung ihrer staatlichen Sicherheit und zur Realisierung internationaler Beziehungen und Verpflichtungen im Klassenkampf, insbesondere gegen Subversion des Feindes. Die politisch-operative Arbeit dient der Erfüllung der Hauptaufgaben des MfS.....

11 Anlage 5: Übersicht über Kombinate (Stand 1988).

12 Grundriß Wirtschaftsrecht; S. 20.

13 Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit; Dokumente Reihe A; BStU – Nr. 1/93; S. 25.

- Operative Kräfte¹⁴ sind die Gesamtheit der offiziell und inoffiziell zur Lösung der politisch-operativen Aufgaben des MfS eingesetzten Mitarbeiter. Zu den operativen Kräften gehören:

– Offiziere im besonderen Einsatz	(OiBE)
– Inoffizielle Mitarbeiter	(IM)
– Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter	(HIM)
– Kader auf Perspektive	(Perspektivkader)
– Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit	(GMS)

Für den Schutz der Volkswirtschaft war die Hauptabteilung XVIII, zuletzt mit 672 hauptamtlichen Mitarbeitern in der Zentrale des MfS und 1.035 Mitarbeitern in der Linie XVIII in den Bezirksverwaltungen des MfS, zuständig. Deren Strukturen entsprachen im wesentlichen der Organisationsstruktur der Wirtschaft nach Industrieministerien. (vergleiche dazu Dokumente – Anlagen 10-14¹⁵).

Nach DDR-Verständnis konzentrierte sich in den Kombinat der Hauptteil des sozialistischen Eigentums, der wesentlich die Produktivkraft der DDR bestimmte. „Die Kombinate besitzen also ein bedeutendes politisches und soziales Gewicht. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse ist in den Kombinat vorhanden, so daß im Produktionsprozeß ihre revolutionäre Funktion für die weitere Gestaltung des realen Sozialismus unter Führung der Partei der Arbeiterklasse durchgesetzt wird. Aus diesem Grunde muß die Unantastbarkeit der politischen und sozialen Funktion eines Kombinates durch das MfS gesichert werden.“¹⁶

Die Arbeit der Hauptabteilung XVIII unterschied sich nicht wesentlich von der Arbeit der anderen operativen Dienstseinheiten dieses Ministeriums.¹⁷ Ausgehend von der Lagebeurteilung durch das MfS stützte sie sich in ihrer Arbeit auf drei Säulen:

- Das offizielle politisch-operative Zusammenwirken (POZW) der hauptamtlichen Mitarbeiter mit den fachlich korrespondierenden staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsebenen auf der Grundlage von Sicherungskonzeptionen zur einheitlichen politisch-operativen Sicherung eines Bereiches, zur Einflußnahme auf die politisch-ideologische und politisch-operative Erziehung und Befähigung aller Kader und zur Vermittlung eines „aktuellen und ständig vervollkommeneten Feindbildes“.

In der Dienstanweisung des MfS Nr. 1/82 wird in diesem Zusammenhang auf das „enge politisch-operative Zusammenwirken des Ministeriums für

¹⁴ Ebenda, S. 279.

¹⁵ Anlagen 10-14: Übersichten über Struktur/Mitarbeiter der HA XVIII/Linie XVIII.

¹⁶ Forschungsergebnisse, VVS o001- MfS JHS 232/83 – BStU-Signatur 219335, S 1 ff.

¹⁷ Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft.

Staatssicherheit mit den zuständigen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“ verwiesen.¹⁸

- Das engmaschige Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) sowie der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), die z. B. als stellvertretende Minister, Generaldirektoren, Abteilungsleiter in Schlüsselpositionen der Wirtschaft saßen.

Obwohl diese aufgrund ihrer Nomenklaturfunktionen zur offiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet waren, wurden sie darüber hinaus in das inoffizielle Netz einbezogen. Für die Hauptabteilung XVIII arbeiteten 1989 rund 2.140 und auf der Linie XVIII mindestens 12.000 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁹

- Die in bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, in der Volkswirtschaft oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingesetzten hauptamtlichen Sicherheitsbeauftragten bzw. Leiter der Inspektionen, die in der Regel Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) der Linie XVIII waren und verdeckt agierten. In den letzten Jahren bewegte sich die Zahl der OibE der Hauptabteilung XVIII zwischen 111 und 120.²⁰

Das Ziel der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR bestand „in der Vorbeugung, rechtzeitigen Aufdeckung, konsequenten Bekämpfung und Verhinderung aller subversiven Angriffe, in der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie in der Unterstützung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe zur Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Zweigen, Wirtschaftseinheiten und -prozessen.“²¹

Ein im Jahre 1984 auf der Grundlage der DA 1/1982 für die Sektion Politisch-operative Spezialdisziplin an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit erarbeitetes Lehrmaterial mit dem Titel „Die einheitliche politisch-operative Sicherung zentralgeleiteter VE Kombinate“²², benennt aus Sicht des MfS die „Kriterien, die bei der Differenzierung der sicherheitspolitischen Bedeutung eines Kombinates, den daraus resultierenden speziellen Sicherheitsbelangen und dem Einsatz des politisch-operativen Potentials bei der Erarbeitung von Sicherheitskonzeptionen beachtet werden müssen:

1. die Größe und Stellung des Kombinates im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und die erkannten bzw. potentiellen Feindinteressen,

18 Dienstanweisung Nr. 1/82 des MfS vom 30.03.1982, BStU-Signatur 102 836, S. 13.

19 Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft.

20 Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft.

21 Dienstanweisung Nr. 1/82 des MfS vom 30.03.1982, BStU-Signatur 102 836.

22 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b.

2. die gewonnenen Erkenntnisse über feindlich-negative Aktivitäten und die dafür vorhandenen bzw. möglichen Ansatz- und Anknüpfungspunkte,
3. der Einfluß des Kombines auf perspektivische Entwicklungsprozesse zur Stärkung der DDR sowie der sozialistischen Staatengemeinschaft,
4. die Bedeutung und Einflüsse des Kombines für bzw. auf das Territorium,
5. ökonomische Schwerpunkte und Problemstellungen, die sich aus der Dynamik in der Ökonomie ergeben.“²³

Darüber hinaus war die HAXVIII in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung/Kommerzielle Koordinierung mit der Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und Embargo-Hochtechnologie befaßt sowie mit der Federführung bei der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet in Koordinierung mit anderen Linien und Dienstseinheiten des MfS beauftragt.

Zur Realisierung der Aufgabenstellung von Partei und Staatsführung hinsichtlich der Durchsetzung der ökonomischen Strategie unter allen Lagebedingungen wurde mit den spezifischen Mitteln, Methoden und Kräften des MfS, besonders der HVA/SWT²⁴ und der Linie Abwehr Volkswirtschaft „Realisierungsbedingungen und effektivitätsfördernde Maßnahmen zum Unterlaufen und Durchbrechen des Embargos eingeleitet und realisiert“.

Eine Diplomarbeit aus dem Jahre 1988, die an der Juristischen Hochschule des MfS mit dem Thema „Politisch-operative Erfahrungen bei der Realisierung effektivitätsfördernder Maßnahmen zur Durchsetzung der ökonomischen Strategie der SED in Schlüsselbereichen der Volkswirtschaft, dargestellt am Sicherungsgegenstand Embargo im Bereich des Ministeriums Elektrotechnik/Elektronik“ vorgelegt wurde, analysiert die „Situation und Erfahrungswerte bei der Durchführung von Embargoimporten und spezifischen Beschaffungsaktivitäten“ und die daraus resultierenden speziellen Anforderungen an die zum Einsatz kommenden politisch-operativen Kräfte zum Unterlaufen der Embargobestimmungen. Da die Tätigkeit dieser IM und anderer Einsatzkräfte während ihres Einsatzes im Operationsgebiet mit hohem persönlichen Sicherheitsrisiko verbunden sei, müssen Maßnahmen der „ideologischen und sicherheitspolitischen Qualifizierung der IM und Einsatzkader zur Gewährleistung einer hohen Kadersicherheit, eines umfassenden Geheimnisschutzes und die mögliche Konfrontation mit gegnerischen Abwehrorganen einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Einsatzvorbereitung bilden.“²⁵

Eine weitere wesentliche Aufgabe bestand darin, insbesondere die Kader zu schützen, „die durch staats- und wirtschaftsleitende Organe oder Kombinate zur Unterlaufung von Embargomaßnahmen, zur Mitarbeit in Gemischten Ge-

23 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b, S. 7 ff.

24 Hauptverwaltung Aufklärung/Sektor Wissenschaft und Technik.

25 Diplomarbeit, GVS – o010 MfS – 714/88, BStU-Signatur MfS JHS 21406, S. 30 ff.

sellschaften oder zur Wahrnehmung anderer spezieller Aufgaben im Operationsgebiet eingesetzt werden.“²⁶

In Realisierung dieser ihr zugeordneten Aufgaben und Zielstellungen zur Sicherung der inneren Stabilität nahm die Hauptabteilung XVIII getreu dem Motto des MfS „Wer ist wer?“ entscheidenden Einfluß auf die Kaderarbeit in ihrem Sicherungsbereich. „Im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen, Überwachungen und der vorgangsmäßigen Bearbeitung von Leitungs-, Reise- und Auslandskadern manifestierte sich ihre Rolle als politische Polizei in der Wirtschaft.“²⁷

Die Einschätzung der Sicherheitserfordernisse basierte auf der Analyse der politisch-operativen Lage innerhalb eines Kombines durch das MfS. Nur „das umfassende Aufdecken, das lückenlose Erfassen sowie bei Vorliegen von Informationen und Beweisen feindlich-negativer Handlungen die rechtzeitige und konzentrierte operative Behandlung, gewährleisten bei der Vielzahl der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Problemstellungen und Schwierigkeiten in den Kombinat das Primat der Arbeit am Feind ständig durchzusetzen. Dabei haben sich die operativen Mitarbeiter mit folgenden Problemstellungen auseinanderzusetzen:

- Probleme, die zu ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Schwierigkeiten und auch Konflikten bei bestimmten Personengruppen und Personen führen;
- Auffassungen und Reaktionen der Leitungskader, der Arbeiter und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu o. g. Problemstellungen im Prozeß der Klärung der Frage „Wer ist wer?“ unter operativ bedeutsamen Personengruppen und Personen;
- Aktivitäten von Stellen und Kräften aus dem Operationsgebiet, insbesondere die mit dem Kombinat wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Beziehungen unterhalten, um o. g. Problemstellungen für feindlich-negative Interessen zu nutzen bzw. durch subversive Maßnahmen auszuweiten;
- Wirkungen der politisch-ideologischen Diversion sowohl über persönliche Kontakte von Wirtschaftskadern mit Personen aus dem NSW als auch über imperialistische Massenmedien mit dem Ziel, Zweifel und Unglauben zu entwickeln bzw. notwendige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Lösungen zu stören oder zu behindern;
- Einfluß feindlich-negativer Personen innerhalb und außerhalb des Kombines auf Moral und Kampfbereitschaft der Werktätigen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Aufgabenstellungen.“²⁸

26 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b, S. 14 ff.

27 Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft.

28 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b, S. 10 ff.

In dem vorgenannten Lehrmaterial werden u. a. „die vorhandenen Feindinteressen imperialistischer Zentren und Kräfte gegen die Kombinate sowie Wirtschaftsspionage“ als Rechtfertigungsgründe für die politisch-operative Sicherung der Kombinate genannt, die das latente und allgemeine Mißtrauen des MfS widerspiegeln:

„Zur Durchsetzung der feindlichen Strategie zur politischen Auflockerung und konterrevolutionären Veränderungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR wird durch die politisch-ideologische Diversion (PID) und zielgerichtete geheimdienstliche Operationen versucht,

- Widersprüche und Differenzen zwischen den Leitungskadern der Kombinate und den Ministerien sowie der Partei- und Staatsführung zu entwickeln;
- feindlich-personelle Stützpunkte bis hin zur Entwicklung einer inneren Opposition unter den Arbeitern auszubauen und zu schaffen;
- die Leistungsbereitschaft und den Leistungswillen unter den Werktätigen insbesondere zur Steigerung der Arbeitsproduktivität abzubauen; Unglauben und Zweifel an die Realisierbarkeit der ökonomischen Strategie in den Kombinaten bei möglichst vielen Werktätigen zu erzeugen.

Die Palette der feindlichen Tätigkeit imperialistischer Zentren und Kräfte umfaßt ebenfalls die gezielte Anwerbung von Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Kader aus den Kombinaten. Die Forcierung des Menschenhandels und die Initiierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, aber auch des rechtswidrigen Ersuchens zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR soll eine Flucht von Fachleuten bewirken. Die Gefährlichkeit dieser feindlichen Tätigkeit besteht darin, daß der Gegner von diesen Personen aus der DDR vielfältige Informationen für die wirtschaftliche Störtätigkeit bezieht und durch den Abzug von Fachkräften der wirtschaftlichen Entwicklung selbst Schaden zugefügt werden soll.“²⁹

Eine Vielzahl von Dokumenten, Befehlen, Dienstordnungen, Lehrmaterialien, Forschungsarbeiten, die der Aktenvernichtungsaktion im Zuge der Auflösung des MfS entgangen sind und in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vorgefunden wurden, belegen die Arbeitsweise des MfS zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft exemplarisch. (Auflistung dazu siehe Anhang³⁰)

29 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b, S. 10 ff.

30 Anhang: Verzeichnis von MfS-Dokumenten.

Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)

Wichtigstes Instrumentarium für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft, wie auch für alle anderen Bereiche, war das weitverzweigte, spezialisierte konspirative Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern. Entsprechend der Vielfalt und Kompliziertheit der zu lösenden Aufgaben und in Abhängigkeit von der exakten Einschätzung der Lagebedingungen durch das MfS wurde dieses konspirative Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern sowohl in der DDR als auch im Operationsgebiet aufgebaut und eingesetzt. Seit Gründung des MfS wurden die Inoffiziellen Mitarbeiter als die Hauptkräfte für die politisch-operativen Sicherung der Gesellschaft angesehen. Aus diesem Grunde wurde im Laufe der Jahre der offensive und zielgerichtete Einsatz der IM ständig intensiviert und das inoffizielle Netz immer enger geknüpft, um alle gesellschaftlichen Bereiche zu „durchdringen“. Insbesondere in Schlüsselstellungen der Ministerien, der territorialen staatlichen Organe, der Kombinate und Betriebe, sowie der Einrichtungen und Kooperationsräte in der Landwirtschaft wurden Inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt. Zur Gewährleistung des Schutzes, der Konspiration und der Sicherheit der Inoffiziellen Mitarbeiter wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß zur Nachweisführung nur solche Angaben gespeichert wurden, die für die „effektive Suche und Auswahl von IM und GMS sowie die Recherche nach qualitativen und quantitativen Merkmalen des IM/GMS-Bestandes unbedingt erforderlich waren und anhand derer keine unbefugte Identifizierung der IM und GMS“ möglich war. Für dieses umfassende Netz inoffizieller Mitarbeiter wurde vom MfS ein ebenso umfassendes internes Regelwerk³¹ mit Ordnungen, Richtlinien, Weisungen, Durchführungsbestimmungen, Berichterstattungen und Befehlen zur Regelung aller anstehenden Fragen, bis hin zur Legendierung dieser Mitarbeiter geschaffen. Kernstück dieses Regelwerkes waren

- die MfS-Richtlinie Nr. 1/79 vom 08.12.1979 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und den Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)“
- die MfS-Richtlinie Nr. 2/79 vom 08.12.1979 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“ sowie
- die zu diesen Richtlinien erlassenen Durchführungsbestimmungen.

Gleichwohl sich im Laufe des Bestehens des MfS verschiedene IM-Kategorien mit unterschiedlichen Einsatzrichtungen, Aufgabenstellungen und Verantwortlichkeiten entwickelten, ist festzustellen, daß die Kriterien für deren Auswahl und Werbung und die Anforderungen an deren politisch-operative Arbeit, die Grundprinzipien hinsichtlich Geheimhaltung und Konspiration sowie die Anwendung des gesamten taktischen und technischen Instrumentariums, sich nicht grundsätzlich sondern nur graduell unterschieden.

31 Siehe dazu ReiheA: Dokumente des BStU – Die inoffiziellen Mitarbeiter –.

Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)

Zur Durchsetzung der inneren Stabilität entsprechend dem Auftrag an das MfS wurden in den sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, in der Volkswirtschaft sowie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte eingesetzt, die in der Regel als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) der Linie XVIII verdeckt agierten und mit einer legendierten Biographie ausgestattet waren.

Gemäß „Ordnung Nr. 6/86 des MfS über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – OibE-Ordnung“³² wurden an die Persönlichkeit dieser OibE entsprechend dem politisch-operativen Arbeitsauftrag und den speziellen Einsatzbedingungen besonders hohe Anforderungen durch das MfS gestellt.

„Sie müssen

- sich durch bewiesene Treue und Ergebenheit zur Partei der Arbeiterklasse und feste Verbundenheit mit dem MfS auszeichnen;
- die Fähigkeit zur selbständigen und zur eigenverantwortlichen Lösung aller gestellten Aufgaben außerhalb tschekistischer Kollektive besitzen;
- durch hohe politische und fachliche Qualifikation die Gewähr dafür bieten, den politisch-operativen Auftrag wirkungsvoll im Interesse der Gesamtaufgabenstellung des MfS mit den im Einsatzobjekt gestellten Aufgaben zu verbinden und zu realisieren;
- charakterlich-moralisch gefestigt und unter allen Lagebedingungen persönlich unantastbar sein;
- über eine den Anforderungen des Einsatzes entsprechende physische und psychische Belastbarkeit verfügen.“

Bei Einsatz des OibE mit Ehepartner im Operationsgebiet wurden an diesen Ehepartner grundsätzlich die gleichen Anforderungen hinsichtlich politischer Zuverlässigkeit und charakterlich-moralischer Festigkeit sowie physischer und psychischer Belastbarkeit gestellt, auch dann, wenn dieser nicht Angehöriger des MfS war.

Unter Operationsgebiet sind nach MfS-Verständnis³³ „imperialistische und andere nichtsozialistische Staaten und Territorien zu verstehen, gegen die bzw. von denen aus politisch-operative Maßnahmen zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft durchgeführt werden“. Bei der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet handelt es sich um die „Gesamtheit der politisch-operativen Aufgaben, Prozesse, Maßnahmen und Aktivitäten des MfS, den Einsatz politisch-operativer Kräfte des MfS im Operationsgebiet und die Nutzung solcher Personen aus dem Operati-

32 Ordnung Nr. 6/86 des MfS vom 17.03.1986 – OibE-Ordnung – BStU-Signatur 103 276, S. 4 ff.

33 Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit; Dokumente Reihe A; BStU – Nr. 1/93; S.277.

onsgebiet, die nach Einschätzung und Überprüfung durch das MfS zur Erfüllung operativer Aufgaben geeignet erscheinen“.

Diese Offiziere im besonderen Einsatz, die Teil des Kaderbestandes des MfS waren, unterlagen auch besonderen Anforderungen hinsichtlich der „Beachtung der Prinzipien der Geheimhaltung und Konspiration. Im Interesse der staatlichen Sicherheit auf den Gebieten der Abwehr und der Aufklärung wurden sie unter Legendierung ihres Dienstverhältnisses mit dem MfS auf der Grundlage eines normalen Arbeitsrechts- oder Dienstverhältnisses in den entsprechenden Einsatzobjekten in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, der Volkswirtschaft oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingesetzt“.³⁴

Der Prozeß hinsichtlich Auswahl, Vorschlag und Bestätigung dieser Offiziere im besonderen Einsatz entsprach dem Verfahren hinsichtlich Auswahl, Vorschlag und Bestätigung von Nomenklaturkadern. Grundsätzlich erfolgte eine Bestätigung nach intensiven und langwierigen Sicherheitsüberprüfungen nur dann, wenn in deren Ergebnis die folgenden Kriterien durch das MfS attestiert wurden. Für den Einsatz als OibE waren gemäß OibE-Ordnung „Angehörige des MfS auszuwählen,

- die o. g. Persönlichkeitsanforderungen entsprachen,
- die über langjährige politisch-operative Erfahrungen verfügen, gezielt auf ihre Einstellung in das MfS und den Einsatz als OibE, planmäßig und schwerpunktorientiert als Perspektivkader in der inoffiziellen Zusammenarbeit vorbereitet wurden,
- deren persönliche bzw. familiären Probleme, die im Zusammenhang mit dem Einsatz entstehen, mit Unterstützung der Dienstvorgesetzten und der Kaderorgane angemessen gelöst wurden bzw. zu lösen sind“.³⁵

Erfolgte die Bestätigung, dann wurden zur Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung sowie zur Sicherung des konspirativen Einsatzes der OibE in den Einsatzobjekten „lebensnahe, auf die konkrete Aufgabe und die Persönlichkeit des obige zugeschnittene Einsatzlegenden erarbeitet, mit dem OibE beraten, abgestimmt und die Anwendung der Legende unter differenzierter Einbeziehung der Ehepartner und weiterer Familienangehöriger durchgesetzt.

Gemäß OibE-Ordnung gehörten „zur Einsatzlegende“³⁶:

- die vorbereitende Abstimmung zur Planung und Zuweisung einer Planstelle im Einsatzobjekt, sofern dieses nach einem staatlich bestätigten Stellenplan arbeitete,
- die Abstimmung auf entsprechender Ebene zur Sicherung der Einstellung des OibE auf die beabsichtigte Planstelle im Einsatzobjekt bzw. eine Aus-

34 Ordnung Nr. 6/86 des MfS vom 17.03.1986 – OibE-Ordnung – BStU-Signatur 103 276, S. 9 ff.

35 Ordnung Nr. 6/86 des MfS vom 17.03.1986 – OibE-Ordnung – BStU-Signatur 103 276, S. 6 ff.

36 Ordnung Nr. 6/86 des MfS vom 17.03.1986 – OibE-Ordnung – BStU-Signatur 103 276, S. 9 ff.

- stattung mit Kaderunterlagen des OibE, die dessen Einstellung auch ohne Absprachen mit hoher Wahrscheinlichkeit sicherte,
- die Erarbeitung von Kaderunterlagen für die Kaderakte des OibE, die seine Zugehörigkeit zum MfS durch glaubhaften Nachweis anderer Tätigkeiten vollständig oder teilweise verdeckte,
 - die Ausstellung eines 2. Versicherungsausweises mit Angaben, die mit den Kaderunterlagen identisch waren,
 - die Beschaffung von Dokumenten, Ausweisen, Registrierkarten u.ä. als Nachweis der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und zu Massenorganisationen ebenfalls in Übereinstimmung mit den Kaderunterlagen,
 - die Legendierung in den Parteidokumenten.“

2. Kaderpolitik der SED – Instrument der Herrschaftssicherung

Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung setzen die Rahmenbedingungen für die Arbeitsverfassung einer Gesellschaft. Dabei bestehen gravierende Unterschiede zwischen der Arbeitsverfassung in einer Demokratie bzw. in einem totalitären System.

In allen Machtbereichen kommunistischer Parteien hatte die Kaderpolitik als Instrument der Herrschaftssicherung einen außerordentlich hohen machtpolitischen Stellenwert. Auch in der DDR wurden neben der politisch-operativen Durchdringung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mittels Besetzung der Schlüsselpositionen mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS, mit Hilfe der Kaderpolitik getreu dem Motto „Kader entscheiden alles!“³⁷ die personellen Voraussetzungen zur Sicherung des Herrschaftsanspruches der SED geschaffen.

Kaderpolitik war stets und überall eine erstrangig politische Aufgabe, Kaderfragen waren „Klassenfragen“. Aus diesem Grunde wurden bereits beim Aufbau der neuen Verwaltungsorgane – ebenfalls dem Muster der sowjetischen Herrschaftsordnung folgend – von Beginn an, alle wichtigen Schaltstellen im Staats- und Wirtschaftsapparat sowie in allen gesellschaftlich relevanten Organisationen, Institutionen und Bereichen von Mitgliedern der SED oder ihr ergebenden Anhängern besetzt.

Diesem Anliegen folgend wurden alle potentiellen Anwärtler einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung durch das MfS unterzogen. Aus diesem Reservoir überprüfter und zuverlässiger Personen rekrutierte sich das Führungs- und Leitungspersonal je nach Bedarf. Auf diese Weise wurden unliebsame und nach MfS-Verständnis unzuverlässige Personen von bedeutsamen Positionen ferngehalten.

37 Rede J. Stalins am 04.05.1935 vor Absolventen der Akademie der Roten Armee in Moskau.

Die Prinzipien der Kaderpolitik der SED „gründen sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnis des Marxismus-Leninismus“. Die Durchsetzung der führenden Rolle der SED war erklärte Aufgabe und Zielsetzung der Kaderpolitik. Mit ihr wurde der allgemeine normative Rahmen für die Besetzung von Leitungspositionen vorgegeben.

Die Prämissen zur Auswahl und Förderung von Führungskräften sowie deren Einsatz im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat und allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens waren einheitlich und verbindlich. Ohne Attestierung der politischen Zuverlässigkeit durch das MfS im Ergebnis von Sicherheitsüberprüfungen war in der DDR keine Karriere möglich.

- Anhand der Analyse ausgewählter Kaderdokumente aus unterschiedlichen Epochen und Einrichtungen der DDR, z. B.:
- „Ordnung über die Arbeit mit den Angehörigen im MfS – Kaderordnung –“ aus dem Jahre 1989³⁸
- „Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur der SED-Kreisleitung Greifswald“ aus dem Jahre 1989³⁹
- „Beschuß zum Bericht der Bezirksleitung der SED Gera über Erfahrungen bei der Auswahl, Entwicklung und Befähigung der Kader zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED“ vom 30.09.1986⁴⁰
- „Beschuß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern“ vom 07.06.1977⁴¹
- „Anordnung über die Sicherheit und Geheimhaltung bei der Erfüllung der Aufgaben der Volkswirtschaft zur ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung im Frieden“ vom 10.11.1976⁴²
- „Handbuch über die Arbeit mit den Kadern für staatliche Leiter im VEB Kombinat Robotron“ aus dem Jahre 1974⁴³
- „Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader (Hinweise für leitende Funktionäre im Staatsapparat und in der Verwaltung der volkseigenen Wirtschaft)“ aus dem Jahre 1952⁴⁴
- „Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit“ des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom November 1953⁴⁵, die wesentlichen von den Ereignissen des 17. Juni 1953 geprägt sind,

38 Ordnung Nr. 9/89 des MfS – BStU-Signatur 103613.

39 Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald; S. 119 ff.

40 Neuer Weg, Beilage zum Heft 20/1986.

41 Neuer Weg, Beilage zum Heft 13/1977.

42 Anordnung des Ministerrates der DDR, VVS B 2 – B 120 – P/309/76.

43 Betriebsinternes Dokument des VEB Kombines Robotron.

44 Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader vom März 1954.

45 DA Nr. 43 / 53 vom 6.11.1953 – BStU-Signatur 100 885.

ist festzustellen, die grundlegenden Prinzipien der Kaderarbeit haben sich weder im Laufe der Zeit wesentlich geändert, noch bestehen in den verschiedenen Bereiche wesentliche Unterschiede.

Den speziellen Belangen des Ministeriums für Staatssicherheit hinsichtlich der „Konspiration, dem Grundprinzip der politisch-operativen Arbeit, die auf die revolutionäre Kampferfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Macht- und Unterdrückungsapparat zurückzuführen und in den Kampf um die Macht oder zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse einzuordnen ist sowie der tschekistischen Erziehung und Befähigung der Kader“⁴⁶, wird in den Kaderdokumenten des MfS gesondert Rechnung getragen.

Die Kaderpolitik als Kernfrage der politischen Leitungstätigkeit beinhaltete die „Ausarbeitung und Durchsetzung der auf der objektiven Notwendigkeit beruhenden Grundkonzeption zur quantitativen und qualitativen Entwicklung der erforderlichen Kader, die sich aus der perspektivischen Aufgabenstellung mit langfristiger Orientierung in der Kaderentwicklung entsprechend den Grundsätzen für die Auswahl, Erziehung und Verteilung der Kader ergeben“.

Ausgehend von der Fiktion, daß zur Sicherung des Führungsanspruches der Partei alle kaderpolitischen Prozesse langfristig geplant werden müssen, wurde mit den Kadernomenklaturen, gegliedert nach unterschiedlichen Nomenklaturstufen, ein aufwendiger Entscheidungs- und Planungsmechanismus geschaffen, mit dem folgende Hauptaufgaben auf diesem Gebiet der Leitungstätigkeit gelöst werden mußten:

- Auswahl und Überprüfung der Kader sowie
- deren Leistungseinschätzung, Beurteilung, Qualifizierung und Schulung für den planmäßigen und bedarfsorientierten Einsatz,
- die Bildung einer Kaderreserve
- die Aufstellung von langfristigen Kaderprogrammen, wie Kaderperspektivprogramme und Kaderentwicklungsplänen zur Rekrutierung von Nachwuchskräften.

Zur Realisierung dieser Zielstellung bediente sich die SED folgender Instrumentarien:

- Schaffung eines flächendeckenden Kadernomenklatursystem und Besetzung der Positionen mit systemloyalen Nomenklaturkadern

Prinzipien der sozialistischen Kaderpolitik und deren Vorgabe mittels Kaderbeschlüssen

- Aufbau einer adäquaten Kaderorganisation

Garanten für die konsequente und einheitlicher Durchsetzung der Kaderpolitik der SED sowie die Einhaltung der kaderpolitische Vorgaben waren die auf allen Ebenen und in allen Bereichen, in jedem Betrieb und in jeder Institution installierten Kaderabteilungen bzw. die Abteilungen Kader und Bildung.

Auffallend ist, daß Beschlüsse und Richtlinien zur Kaderpolitik in der DDR, bis auf wenige Ausnahmen, kaum veröffentlicht wurden.

2.1. Begriffsbestimmungen

Während für die Stellung im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und für die politisch-operative Sicherung durch das MfS eine Unterscheidung zwischen Kombinat und Betrieb relevant war, kann angesichts der Einheitlichkeit der Kaderpolitik der SED und der Verbindlichkeit der kaderpolitischen Prinzipien für alle Bereiche der Gesellschaft bei der Analyse der Kaderarbeit auf eine derartige Differenzierung verzichtet werden.

Aus diesem Grunde steht im Zusammenhang mit der Analyse der Kaderarbeit Betrieb nachfolgend immer stellvertretend für beide Organisationsformen.

2.1.1. Kaderbegriff

Kader sind ein planmäßig herangebildeter Stamm von Personen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung für die Besetzung wichtiger Nomenklaturpositionen im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat sowie allen anderen Bereichen der Gesellschaft entsprechend der Kadernomenklatur ausgewählt, überprüft und deren sicherheitspolitische Eignung nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung durch das MfS bestätigt wurde. Ihre Aufgabe bestand darin, die gesellschaftliche Transformation nach den Vorgaben der Partei durchzusetzen und zu sichern.

2.1.2. Kadernomenklaturen und Nomenklaturkader

Die wichtigste Grundlage für die Durchsetzung der Kaderpolitik der SED bildete das System der Kadernomenklaturen⁴⁷, ein hierarchisch gegliedertes Stellenplansystem, in dem alle Führungs- und Leitungsfunktionen im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat, in der Armee und den Massenorganisationen, in den Blockparteien, im Bereich Kultur, Medien, Bildung, Gesundheitswesen, Justiz, Sport, also aller Bereiche der Gesellschaft verzeichnet waren, über deren Besetzung die SED direkt entschied oder für die sie verbindliche Festlegungen traf bzw. sich die Kontrolle vorbehielt.

47 Anlage 15: Übersicht über Nomenklaturstufen (stark vereinfacht).

Die Anlagen 15 – 19 listen Nomenklaturpositionen aus verschiedenen Institutionen und Ebenen auf. Insbesondere die Kadernomenklatur der SED-Kreisleitung Greifswald aus dem Jahre 1989⁴⁸ macht deutlich, wie weit der Eingriff und Reglementierung der Partei in Abstimmung mit dem MfS bei der Besetzung von Funktionen ging. Der hier als Anlage beigefügte Teil betrifft nur den Teilbereich Wirtschaft.

Kadernomenklaturen waren Führungsinstrumente zur Durchsetzung der Kaderpolitik der SED und zur Verwirklichung der einheitlichen Prinzipien der sozialistischen Kaderpolitik auf allen Ebenen, mit ihrer Hilfe sicherte die SED ihre Macht, auf diese Weise setzte sie ihren politischen Einfluß in allen Bereichen der Gesellschaft umfassend durch.

Erklärtes Ziel der Arbeit mit den Kadernomenklaturen war es, durch ein aufeinander abgestimmtes, langfristig orientiertes System der Auswahl, Überprüfung und Erprobung, der planmäßigen Aus- und Weiterbildung, von Erziehung und mit dem planmäßigen Einsatz dieser Kader die Führungsrolle der Arbeiterklasse ständig zu verwirklichen und eine stabile und planmäßige Besetzung der Führungs- und Leitungsfunktionen entsprechend den Vorstellungen der Partei zu gewährleisten.

Die Arbeit mit Kadernomenklaturen ist in allen Ländern, die von einer kommunistischen Partei regiert werden bzw. wurden, festzustellen. Beispielfhaft belegen dies die nachfolgend genannten Dokumente:

aus Polen:

„Richtlinien des Politbüros im Bereich der Nomenklatura der Kader der Parteiinstanzen mit der Liste der Führungsstellen, die der Nomenklatura von KC, KW, KP (KM, KD)⁴⁹ unterstehen“ aus dem Jahre 1973;

aus der ehemaligen Sowjetunion:

„Ein Moskauer Gutachten über die KPdSU“ aus dem Jahre 1993⁵⁰

Jede der Kadernomenklaturen⁵¹ war im wesentlichen nach folgenden Ebenen, die den Ebenen der Parteioorganisation der SED entsprachen, gegliedert:

- Kadernomenklatur des Zentralkomitees der SED
- Kadernomenklatur der Bezirksleitung der SED
- Kadernomenklatur der Kreisleitung der SED.

Die Entscheidungskompetenz bezog sich immer nur auf die Nomenklaturpositionen, die der entsprechenden Hierarchieebene zugeordnet waren. Dabei bestand ein begrenzter Handlungsspielraum, da die grundlegenden Entscheidun-

48 Anlage 19: Kadernomenklatur der SED-Kreisleitung Greifswald – Teilbereich Wirtschaft –.

49 Gliederungen der PVAP (siehe dazu Abkürzungsverzeichnis).

50 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 2/1993.

51 Siehe Beispiele dazu Anlagen 15 bis 19 (vereinfacht).

gen durch das MfS nach Sicherheits- bzw. nach Wiederholungsüberprüfungen getroffen wurden.

Für jede Position der Kadernomenklatur wurden Nomenklaturkader entsprechend den einheitlich geltenden kaderpolitischen Prinzipien ausgewählt. Um die langfristige Besetzung der Führungspositionen mit überprüften Kadern und bei Bedarf verfügbar zu haben, wurden darüber hinaus nach gleichen Auswahl- und Überprüfungskriterien für jede Nomenklaturposition Reserve- und Nachwuchskader ausgewählt.

Mit dem „Beschluß des Sekretariats der Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern vom 07.06.1977“ wurde die planmäßige Vorbereitung für Leitungsfunktionen konkret vorgegeben. Jedes Leitungsorgan und jeder Leiter wurde für die Schaffung einer einsetzbaren Kaderreserve für Nomenklaturfunktionen verantwortlich gemacht. Die Auswahl sollte jedoch sorgfältig und gründlich erfolgen. Darunter war zu verstehen, daß vorrangig solche Kader aufgenommen werden sollten, die bereits erfolgreich eine Nomenklaturfunktion ausüben oder die Besten aus der Kontrollnomenklatur sowie Kader, die an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Sowjetunion aus- und weitergebildet wurden.

Das bedeutete, formal bestand zwar das Vorschlagsrecht eines Bereiches, z. B. eines Kombinates, für die auf das Kombinat bezogene Kadernomenklatur des Fachministers, die letztlich Entscheidung traf jedoch das MfS nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung. Lagen Ausschließungsgründe vor und wurde aus diesem Grunde eine Bestätigung versagt, dann hatte gemäß Richtlinie 1/82⁵² die Übermittlung der Ablehnung so zu erfolgen, „daß die Leiter der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie die zuständigen Funktionäre der gesellschaftlichen Organisationen keine Rückschlüsse auf eingesetzte operative Kräfte, Mittel und Methoden des MfS ziehen und die betreffenden Personen keine Überprüfungsverfahren des MfS erkennen können“.

Bevor also die Aufnahme in die Kadernomenklatur als Nomenklaturkader erfolgte, war ein verdecktes Verfahren abgelaufen, das nicht die fachliche Eignung, sondern nach umfassender Überprüfung des Arbeits-, Familien-, Wohn- und Freizeitbereiches die sicherheitspolitische Eignung des betreffenden Kandidaten feststellte. Nur wenn im Ergebnis dieser Sicherheitsüberprüfung die zuständige Diensteinheit des MfS die sicherheitspolitische Eignung des überprüften Kaders bestätigt hatte, erfolgte die Aufnahme in die Kadernomenklatur. Ergaben sich im Rahmen dieser Überprüfungsmaßnahmen geringste Zweifel, lehnte das MfS eine Bestätigung ab und es wurden weitere Schritte festgelegt. Mit dieser Verfahrensweise wurden im Sinne des MfS politisch unzuverlässige oder aus anderen Gründen nicht geeignete Personen von Führungs- oder andere bedeutsame Positionen ausgeschlossen.

52 Richtlinie 1/82 vom 17.11.1982 – GVS o008 – MS-Nr. 14/82 – BStU-Signatur 102 900; S. 37.

Zum Personenkreis der Nomenklaturkader wird im Lehrmaterial⁵³ der MfS-Hochschule „Die politisch-operative Sicherung zentralgeleiteter VE Kombinate“ folgendes ausgeführt:

„Aus den generellen Festlegungen solcher Personenkategorien wie Nomenklaturkader, Geheimnisträger, Reise-/Auslandskader, RGW- und ZZ-Kader sind entsprechend den konkreten Bedingungen im Industriebereich und seiner Stellung in der Gesamtwirtschaft die Personen und Personenkreise auszuwählen, die durch differenzierte Maßnahmen vor dem Mißbrauch des Gegners zu schützen und an die Spitze festzulegender Rang- und Reihenfolgen im Kombinat zu stellen sind. Dabei wäre es zweckmäßig, durch die verantwortlichen Leiter/Mitarbeiter der Fachabteilungen der Hauptabteilung zentrale Festlegungen für die Auswahl, Bestätigung und den Einsatz von Nomenklaturkadern der Fachminister zu treffen. In der Regel liegen über diesen Personenkreis umfassende Ergebnisse der Klärung der Frage „Wer ist wer?“ vor und sind Bestätigungsdokumente vorhanden. Die politisch-operative Zielstellung bei der Sicherung dieser Personen besteht darin, nicht zu gestatten, daß sie vom Feind mißbraucht werden. Jeder vorliegende operativ relevante Hinweis ist schnellstens gründlich zu prüfen und bis zur Entscheidung zu führen, ob ein vorbeugendes Gespräch, eine mögliche inoffizielle Nutzung, ein Herauslösen aus der Funktion wegen ernsthafter sicherheitspolitischer Probleme oder eine Bearbeitung in einem operativen Vorgang erfolgen muß.“

Im Klartext heißt das, die Nomenklaturkader waren keineswegs tabu, sondern wurden Wiederholungsüberprüfungen unterzogen. Traten dabei Zweifel an ihrer sicherheitspolitischen Eignung auf, führte dies zu den vorgenannten Konsequenzen.

Die Aufnahme in die Kadernomenklatur war Voraussetzung und Beginn einer Karriere in der DDR, deren Ende bei sicherheitspolitischen Bedenken, bei Feststellung eventueller sicherheitspolitischer Risiken im Ergebnis von Wiederholungsprüfungen oder bei Vorliegen aktueller Hinweise durch das MfS veranlaßt wurde.

Die grundlegenden Orientierungen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Anforderungen wurden mit der Richtlinie 1/82 des MfS vom 17.11.1982 „zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“ vorgegeben und das Procedere festgelegt. Gemäß dieser Richtlinie wurden nur solche Kader in die Kadernomenklatur aufgenommen, denen nach der Überprüfung durch das MfS attestiert wurde, daß sie

- der Partei treu ergeben,
- gut ausgebildet und in der Führungs- und Leitungstätigkeit sowie der Parteiarbeit erfahren,

53 Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b, S. 30 ff.

- charakterlich und moralisch vorbildlich
sind.

Aus Sicht des MfS bestand bereits ein sicherheitspolitisches Risiko in der Tatsache, wenn Kader oder deren Angehörige private Kontakte und Beziehungen zu Verwandten oder Bürgern im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes, sogenannte „Westkontakte“ unterhielten und bei der geforderten „Abgrenzung vom kapitalistischen Ausland“ die notwendige Konsequenz fehlen ließen. Folgende Dokumente, die als Anlagen beigefügt werden, verdeutlichen die Verfahrensweise z. B. bei „Westkontakten“:

- Fallbeispiel⁵⁴ – im Ergebnis einer Sicherheitsüberprüfung wurde wegen bestehender Westkontakte ein NSW-Reisekader nicht bestätigt und gleichzeitig ein weitgehender Maßnahmenkatalog zur weiteren Abklärung in Gang gesetzt.
- Eine Kollegiumsvorlage⁵⁵ des Ministeriums für Kohle und Energie der DDR zur „Einschätzung über die Erfüllung sicherheitspolitischer Forderungen in der Kaderarbeit“ aus dem Jahre 1978 mit ihren Festlegungen belegt dies exemplarisch. Die Verurteilung der politischen Sorglosigkeit bei der Auswahl von Kadern mit Westkontakten bzw. bei fehlender Konsequenz, wenn keine Bereitschaft zum Abbruch der bestehenden Kontakte vorliegt, zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Dokument. In diesem Zusammenhang wird u. a. folgender Entscheidungsvorschlag formuliert:

„Mit den Reserve- und Nachwuchskadern der Nomenklatur der Generaldirektoren, die noch private Kontakte und Beziehungen zu Bürgern des NSW unterhalten, sind letztmalig Gespräche zum Abbruch der Kontakte und Beziehungen zu führen. Bei Nichtbereitschaft zum Abbruch der Kontakte und Beziehungen sind diese Kader als Nachwuchs- oder Reservekader zu streichen.

verantwortlich: Generaldirektoren der Kombinate

Termin: 31.12.1978“

Handschriftlicher Kommentar des MfS auf dem vorgehefteten Blatt zu dieser Vorlage:

1. Vorbildliche Arbeit

ist auf der nächsten VS-Stellenleitertagung erläutern zu lassen

2. Gen. zur Analyse auswerten

Als Beispiel wie sich Minister Kohle und Energie und die Direktoren über ST (?) beschäftigt haben.

⁵⁴ Anlage 27: Fallbeispiel – Ablehnung eines NSW-Reisekaderns.

⁵⁵ Anlage 24: BStU-Signatur MfS – ZAGG Nr. 742.

Im Ergebnis des Auslese- und Überprüfungsprozesses der Kader entwickelte sich zwangsläufig eine gegenüber Partei und Staat loyale Funktionärskaste, eine weitgehend homogene soziale Gruppe, die ähnliche Schulungsmaßnahmen durchlief, sich auf propagandistischen Veranstaltungen traf, sich in der geschlossenen Gesellschaft der DDR persönlich kannte und sich gegenseitig stützte. Aus diesem Reservoir von angepaßten und überprüften Kadern rekrutierte sich die Führungsschicht der DDR. Neben dem hierarchisch gestuften System der Kadernomenklatur entwickelte sich auch ein hierarchisch gestuftes Privilegiensystem, das unter den Bedingungen der Mangelwirtschaft in der DDR und der stets postulierten „proletarischen Bescheidenheit“ ein wichtiges Anreizsystem⁵⁶ darstellte, u. a. durch:

- die Versorgung mit hochwertigen Konsumgütern aus dem westlichen Ausland bzw. von Exportartikeln, die der Normalbürger nicht kaufen konnte
- den Einkauf in gesonderten Einrichtungen mit guter Warendecke
- die vorrangige Bereitstellung von Wohnungen, Wochenendgrundstücken, Eigenheimen oder PKW's
- mit Auslandsreisen
- durch Studienplätze für die Kinder nach Wahl (Auslandsstudium)
- durch die Ausstattung mit Devisen u. a. m.

2.1.3. Kaderpolitische Prinzipien

In Abhängigkeit von der Stellung in der Nomenklaturhierarchie leiteten sich die kaderpolitischen Normen für die Auswahl der Nomenklaturkader ab. Grundlegendes Auswahlkriterium war für alle Kader, ob Nomenklatur-, Reise- oder Auslandskader, ihre politisch-ideologische Eignung, ihr Wohlverhalten gegenüber Partei und Staat, während die fachliche Kompetenz eher eine untergeordnete Rolle spielte.

Eine im März 1954 vom Ministerium des Innern der DDR – Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten – herausgegebene „Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader“ belegt dies exemplarisch. Sie bezieht sich auf einen Ministerratsbeschluß vom 28. August 1952 zu den personalpolitischen Richtlinien der Regierung der DDR und gibt leitenden Funktionären im Staatsapparat und der Verwaltung der volkseigenen Wirtschaft Hinweise zur Kaderarbeit. Für die Beschäftigung im Staatsapparat und im Bereich der volkseigenen Wirtschaft werden Anforderungen und Bedingungen aufgelistet. So heißt es u. a. in der Einleitung wie folgt:

„1. Aus der besonderen Rolle des Staatsapparates bei der Verwirklichung der Ziele unserer Regierung ergibt sich, daß die Tätigkeit im Staatsapparat

56 Bahrman/Fritsch; Sumpf – Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte.

und in der Verwaltung sowie in der Leitung der volkseigenen Wirtschaft eine gesellschaftliche Funktion und deshalb mit der Übernahme besonderer Verantwortung und besonderer Pflichten verbunden ist.“⁵⁷

Aus den Kaderdokumenten kristallisiert sich ein Kanon von Eigenschaften, Fähigkeiten und Verhaltensnormen heraus, durch die sich nach SED-Verständnis ein Nomenklaturkader auszuzeichnen hatte und die Gegenstand der Sicherheitsüberprüfungen durch das MfS waren, wie:

- unbedingte Treue zur Arbeiterklasse, ihrer Partei und zum Marxismus-Leninismus
- ständiges Bemühen, tiefer in die Theorie des Marxismus-Leninismus und die Beschlüsse der Partei einzudringen sowie um deren Verwirklichung zu kämpfen
- lebendige Propagierung des Marxismus-Leninismus
- kompromißloser Kampf gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie
- Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus
- Liebe zur sozialistischen Heimat
- unerschütterliche Freundschaft mit der KPdSU, zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft
- Treue zum proletarischen Internationalismus
- konsequente Erfüllung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Leitmotiv des Denkens und Handelns
- Förderung der sozialistischen ökonomischen Integration
- selbstlose Einsatzbereitschaft
- Förderung der sozialistischen Bewußtseinsbildung der Massen
- Herausbildung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und kommunistischen Moral
- Parteilichkeit und Sachkenntnis, Diszipliniertheit und schöpferische Initiative, Bescheidenheit und Vorbildwirkung in der Arbeit und im persönlichen Leben, menschliche Reife
- Selbstbewußtsein und Unversöhnlichkeit gegenüber Verletzungen von gesellschaftlichen Pflichten, Auftreten gegen Subjektivismus und Schönfärberei
- Entfaltung von Kritik und Selbstkritik

⁵⁷ Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader vom März 1954, S. 3.

- hohe politische und fachliche Kenntnisse, immer engere Verbindung zwischen Leiter und Kollektiv, ein richtiges Verhältnis von kollektiver Leitung und persönlicher Verantwortung
- ständige Arbeit mit den Menschen, die Entfaltung ihrer schöpferischen Initiativen und Fähigkeiten, umfassende Einbeziehung in die Leitung und Planung, Beachtung ihrer Hinweise und Vorschläge
- Beherrschung moderner Leitungsmethoden
- Wahrung von Partei- und Staatsgeheimnissen
- strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit, Ordnung und Sicherheit
- Bereitschaft, die familiären Beziehungen, Kontakte sowie Verbindungen entsprechend den Sicherheitserfordernissen des MfS zu gestalten und persönliche Beziehungen zu Verwandten und Bürgern im nichtsozialistischen Ausland abubrechen.

So sahen also „sozialistische Persönlichkeiten“ nach den Wunschvorstellungen von SED und MfS aus.

2.1.4. Politisch-operative Einflußnahme des MfS auf die Kaderarbeit

In Realisierung der ihr zugeordneten Aufgaben und Zielstellungen nahmen die Hauptabteilung XVIII, die Linie XVIII der Bezirksverwaltungen sowie der Kreis- und Objektdienststellen getreu dem Motto des MfS „Wer ist wer?“ entscheidenden Einfluß auf die Kaderarbeit in ihrem Sicherungsbereich. Dies erfolgte im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen, Überwachungen und der vorgangsmäßigen Bearbeitung von Leitungs-, Reise- und Auslandskadern. In deren Ergebnis wurde über die sicherheitspolitische Eignung des überprüften Kaders durch die zuständige Dienstseinheit des MfS entschieden.

Zur Durchsetzung der Prinzipien der sozialistischen Kaderpolitik wurde mit Hilfe des MfS gesichert, daß nur solche Kader, auf die sich Partei und Staat stützen konnten, in bedeutsame Funktionen eingesetzt und negativ-feindliche Personen ausgeschlossen wurden. Die im Zusammenhang mit der Klärung der Frage „Wer ist wer?“ durchgeführten

Überprüfungsmaßnahmen im Arbeits-, Familien-, Wohn- und Freizeitbereich gingen eklatant über die berechtigten Schutzinteressen von Wirtschaftsbereichen vor Wirtschafts- und Industriespionage hinaus, hier agierte das MfS als politische Polizei unter Nutzung der IM/GMS-Basis. Durch zielgerichtete Suche und den Einsatz von IM/GMS, die zu dem zu überprüfenden Kader entweder bereits vertrauliche Beziehungen hatten bzw. aufbauen konnten. Diese Methode wurde ebenso beim Einsatz im Operationsgebiet angewandt, um Informationen von der Zielperson im Operationsgebiet zu erhalten.

Hauptziel des Einsatzes der IM/GMS-Basis war das Eindringen in die Privatsphäre, insbesondere in den Schutzraum der Familie, zur „konkreten Aufklärung des subjektiven Bereiches der Zielpersonen und deren subjektiv motivierten Handlungs- und Verhaltensweisen, wodurch z. B. Rückschlüsse auf seine Einstellung zum Staat ermöglicht wurden“.

Sicherheitsüberprüfungen durch das MfS

Die Auswahl, Entwicklung und Verteilung der Nomenklaturkader sowie die Bestätigung von Reise- und Auslandskadern erfolgte grundsätzlich nach politisch-ideologischen Eignung.

Zur Sicherung dieses Anspruches wurden vor Aufnahme eines Kandidaten in die entsprechende Kadernomenklatur grundsätzlich eine Sicherheitsüberprüfung, nach erfolgter Aufnahme in die Kadernomenklatur eine Wiederholungsprüfung durch das MfS durchgeführt.

Die Richtlinie des MfS Nr. 1/88 vom 17.11.1982 regelt die Belange bei der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen und benennt die Personen bzw. die Personengruppen, bei denen Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen sind und welche grundsätzlichen Anforderungen erfüllt werden müssen. In der Richtlinie heißt es wie folgt:⁵⁸

„Das MfS hat durch den zielgerichteten Einsatz der erforderlichen operativen Kräfte und Mittel, durch die Zusammenführung im MfS gespeicherter Informationen und durch die Auswertung der von anderen Organen und Einrichtungen bzw. gesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten Überprüfungsergebnisse die Überprüfung der sicherheitspolitischen Eignung der Personen (Sicherheitsüberprüfungen) vorzunehmen. Damit ist entsprechend den konkreten sicherheitspolitischen Anforderungen die Frage „Wer ist wer?“ zu klären, um sicherheitspolitisch richtige Entscheidungen für oder gegen den vorgesehenen Einsatz bzw. die Erteilung einer Erlaubnis oder Genehmigung treffen zu können Die im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen zu treffenden Entscheidungen tragen einen zutiefst politischen Charakter..... Die Entscheidungen sind immer im Interesse der erfolgreichen Durchsetzung der Politik der Partei- und Staatsführung zu treffen..... In Übereinstimmung mit der politisch-operativen Zielstellung der Sicherheitsüberprüfungen sind an alle zu überprüfende Personen folgende grundlegende sicherheitspolitische Anforderungen zu stellen:

- positive oder zumindest loyale Einstellung zum sozialistischen Staat und zur gesellschaftlichen Entwicklung der DDR;
- ablehnende Einstellung gegenüber feindlichen und anderen negativen Aktivitäten, Erscheinungen und Einflüssen;

58 MfS-Richtlinie 1/82 vom 17.11.82 – GVS MfS o008-14/82 – BStU-Signatur 102 900, S. 7 ff.

- strikte Einhaltung des sozialistischen Rechts;
- keine Verhaltens- und Lebensweisen, die dem Gegner als Ansatzpunkte für Kontaktaufnahmen und subversiven Aktivitäten dienen könnten;
- keine engen Kontakte und Verbindungen zu Personen, die eine feindlich-negative Einstellung haben.

Wird unabhängig vom Grund der Einleitung eine zu überprüfende Person diesen grundlegenden sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht, ist keine Zustimmung zu erteilen. Eine weitere Prüfung der sicherheitspolitischen Eignung ist nicht erforderlich. Die Einleitung erforderlicher politisch-operativer Maßnahmen ist zu prüfen.“

Nach Einschätzung des MfS waren die Sicherheitsüberprüfungen die maßgeblichsten Prozesse, denn nur in deren Ergebnis konnte eine eindeutige Antwort auf die Frage „Wer ist wer?“ gegeben werden.

Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, daß an der Juristischen Hochschule des MfS das Thema „Sicherheitsüberprüfungen“ ein Schwerpunktthema sowohl in der Ausbildung als auch in der „Forschungsarbeit“ bildete und alle Facetten dieses Prozesses in Form von Forschungs- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen untersucht wurden.

Beispielhaft sei hier genannt:

- eine Dissertation⁵⁹ vom April 1989 zum Thema „Zur Qualifizierung der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen“. Nach Einschätzung der beiden Autoren stellt

„die Arbeit einen Beitrag zur Qualifizierung von Mitarbeitern [des MfS] zu operativen Personeneinschätzungen durch auf Effektivität und Qualität orientierte Ausführung erforderlicher geistig-praktischer Leistungen dar. Es wird davon ausgegangen, daß Einschätzungen der sicherheitspolitischen Eignung von Personen im Ergebnis vielfältiger zwischenmenschlicher Beziehungen in einem mehrstufigen, vieldimensionalen Prozeß geistig-praktischer Leistungen entstehen. Durch Aufarbeitung ausgewählter psychologischer Erkenntnisse und Methoden wird auf eine individuelle Vorgehensweise bei Sicherheitsüberprüfungen orientiert, die eine ausreichende, richtige und angemessene Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen ermöglicht.“

In diesem Dokument werden u. a. Mängel bei der Beschreibung von Bedingungen für das Verhalten der Zielperson durch die Quelle kritisiert, was im Ergebnis von Sicherheitsüberprüfungen zu falschen Schlußfolgerungen hinsichtlich der tatsächlichen Motivation führen könne. Anhand des auf Seite 41 der Dissertation⁶⁰ dargestellten Beispiel „Beflaggung“ kann abgeleitet werden,

59 Anlage 9: Auszug aus Dissertation; VVS o001 – MfS JHS 250/89/I – BStU-Signatur MfS JHS 20 093.

60 Ebenda.

von welchen Banalitäten z. B. eine Karriere in der DDR abhängig sein konnte. Es reichte die Feststellung der Tatsache „Beflagung“ nicht aus, im Vorfeld der Bestätigung der sicherheitspolitischen Eignung wurden weitergehende Differenzierungen hinsichtlich der Motivlage gefordert.

Anmerkung:

Das Promotionsverfahren wurde mit dem Prädikat cum laude abgeschlossen. Beide Autoren der Dissertation erhielten am 15.12.1989 den Grad Dr. jur. verliehen.⁶¹

- In einem Studienmaterial der Juristischen Hochschule⁶², das auf der Grundlage der „Richtlinie Nr. 1/82 des MfS zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“ erarbeitet wurde, heißt es im Zusammenhang mit der Besetzung von Nomenklaturpositionen generell und in der Wirtschaft wie folgt:

„Zur Durchsetzung unserer ökonomischen Strategie ist es z. B. wichtig zu wissen, daß an der Spitze unserer Kombinate, Betriebe, Forschungseinrichtungen, Außenhandelsbetriebe usw. solche Kader stehen, die echte Kampfpositionen besitzen, die diese nicht vortäuschen, die vor komplizierten Aufgaben nicht zurückweichen und sich auch nicht vom Gegner beeinflussen und mißbrauchen lassen..... Über die betriebliche Überprüfung hinausgehend, bei der vor allem die Einschätzung der fachlichen Eignung vorgenommen wird, hat das MfS eine Einschätzung aus sicherheitspolitischer Sicht durchzuführen..... Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung kann nur das MfS in vollem Umfang realisieren. Nur das MfS ist durch seine Kenntnisse über den Feind, dessen Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden in der Lage, mögliche feindliche Angriffe und ihre Wirksamkeit gegen die zu überprüfenden Personen einzuschätzen, z. B. ob bestimmte Persönlichkeitseigenschaften dem Gegner Ansatzpunkte bieten, sich einer Person zu nähern und diese für eine feindlich-negative Tätigkeit zu mißbrauchen. Nur das MfS verfügt mit seinen Inoffiziellen Mitarbeitern sowie weiteren operativen Kräften, Mitteln und Methoden über die erforderlichen Voraussetzungen, um die Frage „Wer ist wer?“ bei diesen Personen gründlich zu klären.....“

Im Prinzip geht es bei der Klärung der Frage „Wer ist wer?“ darum, festzustellen,

- wer Feind ist,
- wer eine feindlich-negative Haltung einnimmt,
- wer aufgrund des Wirkens feindlich-negativer und anderer Einflüsse zum Feind werden kann,

61 Dokumente BStU: Dissertationen an der Juristischen Hochschule des MfS, Reihe A; Nr. 2/94.

62 Studienmaterial, VVS o001 – MfS JHS 141/87 – BStU-Signatur St 865 a; S. 7 ff.

- wer den Feindeinwirkungen unterliegen und sich vom Feind mißbrauchen lassen könnte,
- wer eine schwankende Position einnimmt,
- welche äußeren Bedingungen, z. B. welche familiären Verhältnisse vorliegen,
- welche Haltung die in die Überprüfung einbezogenen Verwandten und anderen Verbindungspersonen einnehmen.

Im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfungen, die als ein System von politisch-operativen Aufklärungs-, Kontroll- bzw. Wiederholungs- und Ergänzungsüberprüfungsmaßnahmen zu verstehen sind, wird erreicht, daß nur solche Personen als Nomenklaturkader ausgewählt werden, die den sicherheitspolitischen Anforderungen entsprechen, auf die sich Partei und Staat verlassen und zuverlässig stützen können, und Personen, die feindlich-negativ eingestellt, politisch unzuverlässig oder aus anderen Gründen ungeeignet sind, von diesen Positionen ferngehalten werden.

Durch die Übergabe von Informationen zu negativ-feindlichen Personen bzw. Personen mit labilen, politischen schwankenden Einstellungen, die den ihnen übertragenen Aufgaben nicht gerecht werden, die Nichtbestätigung von Kadern für bestimmte Funktionen, leistet das MfS nicht nur einen Beitrag zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit, sondern zwingt die verantwortlichen staatlichen Leiter zur konsequenten Beachtung sicherheitspolitischer Erfordernisse in ihrer Kaderarbeit.“

Das grundlegende Ziel der Sicherheitsüberprüfungen bestand darin, zu gewährleisten, daß „sicherheitspolitisch bedeutsame Aufgaben, Funktionen, Befugnisse und Vollmachten bzw. Erlaubnisse Personen übertragen bzw. erteilt werden, die den mit diesen Aufgaben objektiv gestellten sicherheitspolitischen Anforderungen unter allen Lagebedingungen bewußt und zuverlässig im Interesse des sozialistischen Staates gerecht werden“.⁶³

Diesem Material aus dem Jahre 1980 ist zu entnehmen, daß zu dieser Zeit beispielsweise jährlich

- durch die Abteilung XX der Bezirksverwaltung Berlin ca. 8.000,
- durch die Kreisdienststelle Erfurt ca. bis zu 20.000

Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt wurden.

Auf Kombinatsebene konzentrierte sich die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen auf folgende Zielgruppen:

- leitende Funktionäre mit hoher Entscheidungsbefugnis, Nomenklaturkader, in der Regel General-, Betriebs- und Fachdirektoren

63 Forschungsergebnisse, VVS o001 – MfS JHS 233/80 – BStU-Signatur 21901; S. 75.

- NSW-Reise-, Auslands- und Verhandlungskader
- Mitglieder von Kommissionen, Arbeitsgruppen und anderen Gremien des RGW
- Geheimnisträger, wie z. B. Forschungsthemenleiter für ausgewählte Spitzenthemen oder für die militärische Forschung
- Spezialisten und operativ bedeutsame Personen aus den Bereichen Wissenschaft und Technik, Marktforschung, Produktions-, Investitionsvorbereitung und -realisierung, Materialwirtschaft
- Mitarbeiter in den Stabsorganen des Generaldirektors
- andere entscheidungsbefugte und entscheidungsvorbereitende Personen.

3. Der sozialistische Betrieb als Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR

Betriebe sind organisatorische Einheiten, deren Aufgabe in erster Linie darin besteht, Güter und Dienstleistungen für fremden Bedarf zu erstellen. Orientiert am Prinzip der Wirtschaftlichkeit, Rentabilität und Produktivität, setzt dies eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren im Rahmen des organisierten Arbeitsprozesses voraus. Menschliche Arbeitsleistung gehört neben Kapital, Rohstoffen und Betriebsmitteln zu den unabdingbaren Grundvoraussetzungen der betrieblichen Leistungserstellung. Der Betrieb ist ein soziotechnologisches System, d. h. ein System, in dem ökonomische Prinzipien und technisch organisatorische Faktoren sowie menschliche Belange und soziale Interessen zusammenwirken bzw. aufeinander abgestimmt werden müssen.

Für einen Erwerbstätigen bedeutet Betrieb unabhängig von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung:

1. Existenzgrundlage

hier verdient er das Einkommen für seinen Lebensunterhalt,

2. Berufsfeld und Arbeitsbereich

hier wird er entsprechend seiner beruflichen Qualifikation gefordert und kann er seine Fähigkeiten entfalten. Innerhalb des betrieblichen Sozialgefüges erfüllt er bestimmte vorgegebene Aufgaben, die je nach Stellung von der rein ausführenden bis hin zur Leitungsfunktion reichen.

3. Lebensraum und soziales Beziehungsfeld

hier verbringt er einen großen Teil seiner Lebenszeit. Innerhalb des Betriebes steht er in einem sozialen Beziehungsfeld, das durch die Sozialstruktur des Betriebes und die persönlichen Einstellungen von Vorgesetzten und Kollegen gekennzeichnet ist.

Über die innerbetrieblichen Funktionsabläufe hinaus ist ein Betrieb ein vielschichtiges Gebilde. Er steht in einem gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Gesellschaft, Volkswirtschaft und privater Lebensbereich stehen in Wechselbeziehung mit dem Betrieb.

Ein Betrieb kann nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Umfeld betrachtet werden, somit ist er nicht nur Wirksystem, in dem die innerbetriebliche Faktoren zusammenwirken, sondern auch Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Auf die DDR bezogen bedeutete das, daß mit Artikel 41 und 42 der DDR-Verfassung⁶⁴ die gesellschaftlichen Anforderungen an die Betriebe (Kombinate) fixiert wurden. Die sozialistischen Betriebe sind „im Rahmen der zentralen staatlichen Leitung und Planung eigenverantwortliche Gemeinschaften“, in denen „die Bürger arbeiten, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten, die persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen wirksam verbinden sowie ein vielfältiges gesellschaftlich-politisches und kulturell-geistiges Leben gesichert wird“.

Diese in der Verfassung verankerten und in die jeweiligen Parteiprogramme der SED übernommenen Aufgaben steckten den Rahmen der Erwartungen ab, die ein Betrieb (bzw. nach 1979 die Kombinate) in der Industrie oder Landwirtschaft in der DDR zu erfüllen hatte:

1. Sicherung der materiellen Produktion als eine der wichtigsten Voraussetzung für die Existenz der sozialistischen Gesellschaftsordnung,
2. Umsetzung der Kaderpolitik als Mittel zur Sicherung der Macht, Indoktrination, politische Überwachung und Erziehung der Werktätigen zu „sozialistischen Persönlichkeiten“,
3. nach DDR-Verständnis mußte ständig der latenten Gefahr von Angriffen des Klassegegners auf die Betriebe und Kombinate entgegengewirkt werden, es galt durch „revolutionäre Wachsamkeit“ und mit Hilfe der politisch-operativen Durchdringung und Sicherung die Angriffe auf diese Zielobjekte abzuwehren.

Die „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe“ vom 08.11.1979⁶⁵ fokussiert die Anforderungen, die den Kombinat mit ihren Betrieben sowie deren Leitungen von Partei und Regierung zugedacht waren. Die Betriebe und Kombinate in der DDR waren voll in das System der Herrschaftssicherung eingebunden.

Die folgende Übersicht zeigt eine Auswahl von Aufgabenfeldern, die über den eigentlichen Grundauftrag eines Betriebes hinausgehen:

64 Verfassung der DDR (in der Fassung vom 07.10.1974).

65 Kombinatverordnung: Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 38/1979 vom 08.11.1979.

§ 1, Abs. 2	„Das Kombinat übt seine Tätigkeit in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und im Auftrag des sozialistischen Staates auf der Grundlage der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften aus.“
§ 2, Abs. 2	„Das Kombinat verwirklicht die ihm von den zuständigen Organen übertragenen Aufgaben zur Stärkung der Landesverteidigung einschließlich der Unterstützung der sozialistischen Wehrerziehung der Werktätigen.“
§ 3, Abs. 1	„Das Kombinat ist Bestandteil der einheitlichen sozialistischen Volkswirtschaft. Es ist verpflichtet, das ihm anvertraute Volkseigentum zu schützen und zu mehren.“
§ 5, Abs. 1	„Der Generaldirektor trägt gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR die volle persönliche Verantwortung für die Entwicklung des Kombinats, für die Verwirklichung der in den Beschlüssen des Zentralkomitees und in den staatlichen Plänen sowie den Rechtsvorschriften festgelegten Aufgaben des Kombinats.“
§ 22, Abs. 1	„Der Generaldirektor und die Direktoren der Kombinatbetriebe sind für die Verwirklichung der Grundsätze sozialistischer Kaderarbeit verantwortlich. Sie sichern, daß durch eine planmäßige Auswahl, Verteilung, Qualifizierung und Erziehung der Kader, einschließlich der Entwicklung der Kaderreserve, die führende Rolle der Arbeiterklasse verwirklicht wird.“
§ 22, Abs. 3	„Der Generaldirektor und die Direktoren der Kombinatbetriebe gewährleisten die ständige Erhöhung der marxistisch-leninistischen und fachlichen Bildung der leitenden Mitarbeiter, die stete Vervollkommnung ihrer Kenntnisse und Eigenschaften sowie ihre kommunistische Erziehung.“
§ 24, Abs. 2	„Der Generaldirektor arbeitet nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, wirkt eng mit der Betriebsparteiorganisation, den zuständigen Gewerkschaftsorganen und den anderen gesellschaftlichen Organisationen zusammen und sichert die allseitige Einbeziehung der schöpferischen Initiativen der Werktätigen des Kombinats in die Leitung und Planung.....“

Im Unterschied zu einer demokratisch verfaßten Wirtschaftsordnung, in der die Wirtschaftseinheiten die Träger der ökonomischen Handlungsrationalität sind, waren den Betrieben und Kombinaten in der DDR politische Aufgaben zugewiesen, die zu einer Durchstaatlichung der Betriebe und Kombinate führten und dem eigentlichen Sinn und Zweck von Wirtschaftseinheiten entgegenstanden.

Als ein weiteres Feld der Indoktrination bestand neben der Besetzung aller Schlüsselpositionen mit den auf sicherheitspolitische Eignung überprüften und linientreuen Funktionären auf allen Leitungsebenen und dem Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern in Schlüsselstellungen der Auftrag für die Betriebe und Kombinate, den „Werktätigen in seiner Gesamtheit“ durch seine Arbeit im Betrieb zu einer „sozialistischen Persönlichkeit“ zu entwickeln. Aus diesen Aufgabenfeldern leiten sich folgerichtig besondere Anforderungen an die betriebliche Kaderarbeit ab.

3.1. Kaderpolitik und sozialistische Kaderarbeit auf betrieblicher/kombinatlicher Ebene

Die Auswahl und die Berufung der General- bzw. der Kombinatdirektoren (Nomenklaturkader) erfolgte entsprechend den einheitlichen und allgemein verbindlichen Kaderrichtlinien zum Zwecke der Machtsicherung im Bereich

der Wirtschaft und lag außerhalb der Entscheidungskompetenz des jeweiligen Betriebes. Sie waren in erster Linie politische Funktionäre, nachrangig war die Frage der fachlichen Kompetenz. Der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 15.02.1983 zur weiteren Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung unterstrich, daß „der Generaldirektor eines Kombines als Beauftragter der Arbeiter- und Bauern-Macht von den gesamtgesellschaftlichen und gesamtvolkswirtschaftlichen Interessen auszugehen und seine Leitungsentscheidungen diesen gesamtgesellschaftlichen und gesamtvolkswirtschaftlichen Zielen und Erfordernissen unterzuordnen hat“. Bei dem gesamten Beschluß wird deutlich, daß die „Lösung der ökonomischen Aufgaben im Kombinat in erster Linie politische Arbeit ist, die ein enges, festes Vertrauensverhältnis zu den Werktätigen bedingt. Die Funktionäre des Kombines, beginnend beim Generaldirektor, sind vor allem politische Funktionäre“.

Jedem Leitungsorgan und jedem Leiter oblag die Aufgabe, entsprechend dem obersten Grundsatz der sozialistischen Kaderarbeit, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen-leninistischen Partei zu sichern, dem entsprechend die Leitungsfunktionen mit ihr treu ergebenden Kadern zu besetzen.

Kaderarbeit wurde als untrennbarer Bestandteil der politischen Leitungstätigkeit verstanden und war ein Instrument zur Sicherung der Macht. Jedoch reduzierte sich die betriebliche/kombinatliche Kaderarbeit unter Beachtung aller vorgenannten Faktoren im wesentlichen auf folgende Schwerpunkte:

- die Umsetzung der Kaderpolitik der SED
- die Kontrolle der Einhaltung der kaderpolitischen Richtlinien der SED bei der Besetzung von Leitungs- oder sicherheitspolitisch relevanten Positionen. Das betraf aber nur die Positionen der auf das Kombinat bezogenen Kadernomenklatur des General- bzw. des Betriebsdirektors.
- die entsprechende Kaderverwaltung und die Führung der Kaderakten
- die Anfertigung von Kaderanalysen und Erarbeitung von Kaderprogrammen
- die Organisation von Schulungen entsprechend den betrieblichen Erfordernissen.

In allen o. g. analysierten Kaderdokumenten (soweit sie nach der Beschlußfassung der folgend genannten Beschlüsse erstellt wurden), wird auf zwei grundlegende Beschlüsse zur Kaderarbeit

- Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern⁶⁶ vom 07. Juni 1977
- Beschluß zum Bericht der Bezirksleitung der SED Gera über Erfahrungen bei der Auswahl, Entwicklung und Befähigung der Kader zur Verwirkli-

66 „Neuer Weg“ – Beilage zum Heft 13/1977.

chung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED⁶⁷ – Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 30. September 1986

sowie auf das „Gesetzbuch der Arbeit“ vom 12.04.1961⁶⁸ (bzw. in der jeweiligen überarbeiteten Fassung) Bezug genommen.

Das Gesetzbuch der Arbeit und die Beschlüsse waren für alle Bereiche verbindlich. Die Beschlüsse wurden als Beilage im Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens „Neuer Weg“ veröffentlicht.

Die Erfüllung der Aufgaben im Bereich der Volkswirtschaft und der Kombinate erforderte nach DDR-Verständnis, daß hohe sicherheitspolitische Standards gesetzt wurden. Die Leiter der staatlichen Organe, der wirtschaftsleitenden Organe und der Wirtschaftseinheiten hatten durch ständig politisch-ideologische Erziehung zu gewährleisten, daß diesen Forderungen im Rahmen der Kaderarbeit in hohem Maße Rechnung getragen und das Klassenbewußtsein ständig gefestigt wurde.

3.1.1. Die betriebliche Kaderorganisation

Im Auftrag des Leiters waren die Kaderabteilungen oder Abteilungen Kader und Bildung mit der Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet der Durchsetzung, Einhaltung und Kontrolle der Prinzipien der Kaderpolitik beauftragt, an deren Spitze besonders zuverlässige Funktionäre standen, die sich durch eine hohe politische und fachliche Bildung auszeichnen sollten.

Grundlage für die Tätigkeit der Kaderorgane waren die Beschlüsse des Zentralkomitees, die gesetzlichen Festlegungen sowie Weisungen der übergeordneten Organe. Sie waren das koordinierende und kontrollierende Organ zur Durchsetzung der Prinzipien der sozialistischen Kaderpolitik.

Darüber hinaus wurden zur Unterstützung in der Kaderarbeit, insbesondere bei der politisch-operativen Arbeit im Prozeß der Auswahl von Reise- und Auslandskadern Kaderkommissionen⁶⁹, als zusätzliche Kaderberatungs- oder Kontrollgruppen installiert, in denen u. a. die Leiter der Inspektionen bzw. die Sicherheitsbeauftragten ständige Mitglieder waren.

Die Kaderarbeit in den Betrieben/Kombinaten bestand darin, bei Einhaltung der kaderpolitischen Vorgaben zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Kader mit den notwendigen Kenntnissen, Fähigkeiten, Eigenschaften und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen sowie die dazu notwendigen Überprüfungen einzuleiten.

67 „Neuer Weg“ – Beilage zum Heft 20/19.

68 Gesetzblatt der DDR, I/Nr. 5/61 vom 12.04.61.

69 Siehe dazu Anlage 22: Übersicht über das Zusammenwirken der Staatsorgane bei der Kaderarbeit in den Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen.

In Erfüllung dieser Aufgaben wurden durch die Kaderabteilungen Kaderanalysen und Kaderprogramme erarbeitet.

Diese Kaderprogramme hatten folgende Maßnahmen zu enthalten:

- für die marxistisch-leninistische und fachliche Aus- und Weiterbildung
- zur Auswahl, Vorbereitung und Arbeit mit der Kaderreserve und mit Nachwuchskadern
- zur Vorbereitung von Kadern für einen Einsatz im Ausland
- zur rechtzeitigen Vorbereitung für Rekonstruktions- und Investitionsmaßnahmen
- zur Auswahl, Qualifizierung und den Einsatz von Frauen in leitende Funktionen
- zur Delegierung von Kadern zum Hoch- oder Fachschulstudium
- zur Ermittlung des prognostischen Kaderbedarfs für 10 Jahre und darüber hinaus.

Um zu erreichen, daß politisch unzuverlässige oder aus anderen Gründen ungeeignete Personen von wichtigen Positionen ferngehalten wurden, hatten die verantwortlichen Leiter bereits bei der Einstellung von Personen für bestimmte Bereiche und Funktionen sicherheitspolitische Anforderungen zu beachten. Dazu wurden die gründliche Prüfung der Kaderakten durch die Kaderorgane, eigenständige Überprüfungen im Rahmen von Kadergesprächen sowie Nachfragen bei der vorherigen Arbeitsstelle erforderlich. In einigen der analysierten Dokumenten wird im Zusammenhang mit der Arbeit mit den Kaderakten auf die Ordnung des Ministerrates der DDR „zur Führung von Personalakten“ vom 21.01.1967 verwiesen.

Den Kaderakten wurde ein hoher Stellenwert zugewiesen und die Arbeit mit ihnen als ein wesentlicher Bestandteil der Leitungstätigkeit eines jeden Leiters verstanden. Sie sollten ein möglichst objektives Persönlichkeitsbild des Betreffenden vermitteln und damit eine Entscheidungshilfe für alle zu treffenden Kaderentscheidungen sein.

Zur Widerspiegelung der Entwicklung eines Kaders wurden in regelmäßigen Abständen Leistungseinschätzungen und Kadergespräche geführt. Die Protokolle wurden zu den Kaderakten gegeben.

Zur Regelung der Modalitäten zur Begründung, Änderung und Lösung von Arbeitsrechtsverhältnissen wurden in Abstimmung mit den übergeordneten Organen betriebsinterne Kaderordnungen oder Disziplinarordnungen erarbeitet.

3.2. Reise-, Auslands- und Verhandlungskader

In den DDR-Betrieben und Kombinat^{en} sowie allen anderen Einrichtungen gab es zwei Kategorien von Reise- und Auslandskadern,

- die NSW-Reise-/Auslandskader und
- die SW-Reise-/Auslandskader.

NSW steht hier für nichtsozialistisches; SW für sozialistisches Wirtschaftsgebiet.

Vorschlagsrecht für die Auslands- und Reisekader hatten formal die staatlichen Leitungen der Betriebe und Kombinate, die tatsächliche Entscheidung traf jedoch wiederum das MfS nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung in Abhängigkeit vom Ergebnis der Überprüfung.

Da auch bei der Auswahl und Bestätigung von Reise- und Auslandskader sowie bei der Genehmigung von Auslandsdienstreisen die gleichen Persönlichkeitsanforderungen wie bei der Auswahl der Nomenklaturkader zugrundegelegt wurden, erfolgte die Bestätigung der Reise- und Auslandskader ebenso erst, nachdem die Überprüfung durch die zuständige Dienst^{ein}heit des MfS erfolgt war und keine Zweifel an deren sicherheitspolitischer Eignung bestand.

In einer MfS-Weisung zur Anordnung des Ministerrates der DDR „über die Auswahl, Bestätigung und Vorbereitung von Reise- und Auslandskadern“ von 1982⁷⁰, die die Unterschrift des Ministers für Staatssicherheit trägt, werden die politisch-operativen Aufgaben bei der Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Reise- und Auslandskader vorgeschrieben. Dabei werden folgende Forderungen formuliert, daß

1. die staatlichen Leiter stärker ihre Verantwortung bei der Auswahl von Reise- und Auslandskader wahrnehmen müssen und nur solche Kader vorschlagen, deren politische Zuverlässigkeit erwiesen ist und die die DDR im Ausland würdig vertreten,
2. die Grundsätze bei der Auswahl, Bestätigung, Vorbereitung und den Einsatz von Reise- und Auslandskadern sowie bei der Auswertung von Dienstreisen in allen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat^{en}, Betrieben und Einrichtungen einheitlich durchgesetzt werden,
3. mit einer veränderten personellen Besetzung der Kaderberatungsgruppen bzw. Kaderkommissionen, die als zusätzliche Kontrollgruppen in allen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Kombinat^{en}, Betrieben und Einrichtungen existierten, sollte u. a. die vorbeugende politisch-operative Arbeit im Prozeß der Auswahl, Bestätigung und Vorbereitung von Reise- und Auslandskader wirksamer gestaltet werden. Es wurde verbindlich fest-

⁷⁰ Zur AO des Ministerrates der DDR vom 13.01.1982 – VVS – o008 – MfS 46/82, BStU-Unterlage.

gelegt, daß die Leiter der Inspektionen, die Sicherheits- und die Kontrollbeauftragten als Mitglieder in diesen Kommissionen mitzuarbeiten haben.

Im diesem Zusammenhang wurde dem MfS eine Mitwirkungspflicht übertragen. Der antragsberechtigte staatliche Leiter hatte einen schriftlichen Antrag an die zuständige operative Dienstseinheit auf Zustimmung zu richten. Diesem Antrag mußten „Entscheidungsdokumente“ beigelegt werden, wie z. B. Kaderbogen, eine Verwandtenaufstellung sowie eine umfassende Einschätzung der Persönlichkeit des betreffenden Kaders. Ausgehend von diesem Antrag wurde eine entsprechende Sicherheitsüberprüfung durchgeführt. Über die sicherheitspolitische Entscheidung des MfS wurde der staatliche Leiter mündlich in Kenntnis gesetzt. Die Auflassung und Information über den Einsatz sowie die aktiven Vorbereitungen der Dienstreise durften erst nach erteilter Bestätigung durch das MfS erfolgen.

3.3. Vergleich von Kaderarbeit und Personalarbeit

Im Gegensatz zur Personalführung in Unternehmen in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung war die betriebliche Kaderpolitik in der DDR nicht vordergründig auf die wirtschaftlichen Erfordernisse der Unternehmen ausgerichtet, sie war mit gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen überfrachtet. Sie ist deshalb mit der betrieblichen Personalarbeit westlicher Prägung zur Bereitstellung qualifizierter und motivierter Arbeitskräfte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in keiner Weise vergleichbar.

Die folgende Übersicht stellt die Unterschiede bei ausgewählten Aufgabenfeldern bzw. Anforderungen gegenüber:

Kaderpolitik/-arbeit	Personalarbeit
– Sicherung des absoluten Machtanspruches der Partei (ideologische Indoktrination) unter Einbeziehung des Ministeriums für Staatssicherheit als politische Polizei in der Wirtschaft	– frei von gesamtgesellschaftlicher, ideologischer Indoktrination – Rahmenbedingungen durch Gesetze
– Einheitliche Kaderrichtlinien zur Verwirklichung der kaderpolitischen Anforderungen in allen Bereichen der Gesellschaft	– Zentrale Führungsaufgabe im Unternehmen – unternehmensorientierte Vorgaben
– auf gesamtgesellschaftliche, nicht auf betriebliche Erfordernisse orientiert	– auf wirtschaftliche Effizienz des Unternehmens ausgerichtet
– Zentrale Vorgaben für die Kaderarbeit und die Kaderentwicklung	– Bereitstellung von qualifiziertem Personal zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
– hohe Fremdbestimmtheit der Führungskader, – geringer Handlungsspielraum	– Eigenmotivation der Führungskräfte, – breiter Handlungsspielraum
– fehlendes Leistungsanreizsystem und ungenügende Motivation	– starkes Leistungsanreizsystem und Motivation

Kaderpolitik/-arbeit	Personalarbeit
– hoher Personalbestand	– rationeller Personalbestand
– unzureichende Mitbestimmung	– Mitbestimmung

4. Wende

Der real-existierende Sozialismus in der DDR ist nicht im Ergebnis eines politischen Kampfes beseitigt worden, sondern infolge von Mißwirtschaft, die die Machteliten der DDR selbst zu verantworten hat, von Enge, zunehmender Unglaubwürdigkeit und durch Akzeptanzverlust „implodiert“.

Die tragenden Strukturen des Herrschaftssystems sind jedoch nicht beseitigt worden. Die Kaderpolitik der SED, die prägend war für die Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger, überlebte in ihren Nachwirkungen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR, insbesondere über das Fortwirken der Nomenklaturkader, da kein grundsätzlicher Austausch der Macht- und Funktionseliten erfolgte.

Kaderpolitik der SED war ein Instrument zur Machtausübung und integraler Bestandteil des Gesamtsystems der Indoktrination und Disziplinierung der Menschen in der DDR.

- Die Kaderpolitik der SED hatte erklärtermaßen das Ziel, zur Sicherung ihres Führungsanspruches und zum Machterhalt nur solche Personen als Nomenklaturkader, Reise- und Auslandskader bzw. Kader in herausgehobenen Positionen auszuwählen und zuzulassen, die den sicherheitspolitischen Anforderungen entsprachen, auf die sich Partei und Staat verlassen und zuverlässig stützen konnten und Personen, die nach MfS-Verständnis feindlich-negativ eingestellt, politisch unzuverlässig (wie z. B. die mit dem Stigma der politischen Unzuverlässigkeit behafteten Personen mit Westkontakten) oder aus anderen Gründen ungeeignet waren, von diesen Positionen fernzuhalten. Im Auswahlverfahren waren sicherheitspolitische Eignung, Wohlverhalten und das richtige Parteibuch (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel) vorrangig, fachliche Kompetenz jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Im Prozeß des Übergangs wurde von den Machteliten der DDR versucht, die Nomenklaturkader als Beispiele für Karrierebewußtsein, Leistungs- und Einfüfungsbereitschaft darzustellen. Angesichts der tatsächlich abgelaufenen Auswahlverfahren sowie der durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen ist dies eine unhaltbare Schutzbehauptung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung der Kaderarbeit und der Funktionäre durch einen Kenner der Materie aus der Innenansicht, Prof. W. Leonhard⁷¹:

„Der Schlüssel des bürokratisch-zentralistischen Systems – und das halte ich für die zentrale Frage – liegt in der Kaderauswahl. Alle Funktionäre machten eine Parteischule durch. Sie waren das Sieb. Alle, die eigene Gedanken hatten, fielen heraus, weil sie irgendwo einmal kritisch wurden, Gedanken äußerten, diskutierten. Es blieben die gefügigen, disziplinierten Funktionäre, die Ja-Sager. Sie wurden gefördert. Gefördert wurden die knapp über dem Mittelmaß, fähig, die Ideologie zu verstehen, organisatorische Schlußfolgerungen zu ziehen, die Parteilinie durchzusetzen und sie offensiv zu vertreten. Wer lernte, ja zu sagen, sagt auch nach der Wende ja. So blieben nach der Wende die Ja-Sager, die Wendehälse.“

- Entsprechend der Kaderpolitik der SED erfolgte eine Einteilung der Menschen in ihrem Herrschaftsbereich in „gut“ und „böse“; in Menschen, die nach sicherheitspolitischer Überprüfung durch das MfS „würdig“ erschienen, eine Karriere machen zu dürfen, und Menschen, die den Versuch gar nicht erst antreten durften.

Mit dieser Kaderpolitik, deren Grundsätze für die gezielte Auswahl, die planmäßige Entwicklung und den Einsatz der Führungs- und Leitungskräfte nach parteipolitischem Kalkül zur Sicherung des Führungsanspruches der SED bis zum Ende der DDR sich nicht wesentlich änderten, wurde die Machtfrage „Wer wen?“ in der DDR von ihrem Beginn bis zu ihrem Untergang immer wieder im Interesse der Erhaltung der Macht der SED entschieden.

- Die Führungspositionen in der Wirtschaft der DDR, in den Betrieben und Kombinatn waren im Ergebnis dieser in 40 Jahren DDR praktizierten Kaderauslese mit politischen Funktionären besetzt, die als Beauftragte der Partei und Regierung deren Beschlüsse durchzusetzen und die Planerfüllung zu sichern hatten, keine Unternehmer. Die Nomenklaturkader waren Produkt einer Negativauslese, systemloyal, extrem angepaßt und mit einem „aktuellen Feindbild“ ausgestattet.

Laut Definition des MfS-“Wörterbuches zur politisch-operativen Arbeit“ ist unter dem Begriff „Feindbild“⁷² folgendes zu verstehen:

„Gesamtheit von Kenntnissen und Vorstellungen über das Wesen und die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, seine subversiven Pläne und Zielstellungen gegen den Sozialismus, über die Erscheinungsformen der subversiven Tätigkeit und deren Angriffsrichtungen, die feindlichen Zentren, Organisationen und Kräfte, die Abwehrmaßnahmen des Feindes, die Mittel und Methoden des feindlichen Vorgehens sowie der darauf beruhenden

71 Wolfgang Leonhard, Interview mit der Berliner Zeitung vom 21./22.12.91.

72 Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit; Dokumente Reihe A; BStU – Nr. 1/93; S. 111.

Wertungen, Gefühle und Überzeugungen im Kampf gegen den Feind. Das tschekistische Feindbild ist eine spezifische Erscheinungsform des auf der marxistisch-leninistischen Analyse des Klassenkampfes und der Arbeiterklasse und dem Sozialismus antagonistisch gegenüberstehenden feindlichen Klassenkräfte beruhenden wissenschaftlichen Feindbildes der Arbeiterklasse.....“

Während die SED bei ihrem Machtantritt einen radikalen Wandel mit brutalen Mitteln, mit Repression und Terror betrieb, alle gewachsenen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen zerstörte und damit der „Bourgeoisie“ die Basis ihrer Macht entzog, sie außer Landes trieb, fortwirkendes bürgerliches Gedankengut und Verhalten mit lautem und leisem Terror bekämpfte und ihre Diktatur des Proletariats errichtete, ist nach dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems in der DDR eine völlig andere Situation festzustellen.

Zwar hat sich auf der politischen Ebene ein Elitenwandel vollzogen und die totalitären Macht- und Sicherheitsstrukturen wurden aufgelöst, die Funktionäre und Entscheidungsträger im Bereich der Wirtschaft jedoch, die den wirtschaftlichen Bankrott im mitzuverantworten hatten, sind im wesentlichen in ihren Funktionen verblieben.

Gleichzeitig setzte sich ein Kaderkarussell der Nomenklaturkader in Bewegung. Mit dieser Kaderrotation wurde es möglich, die aus dem sich auflösenden Partei- und Staatsapparat ausscheidenden Funktionäre, wie z. B. aus den Industrieministerien oder dem Ministerium für Staatssicherheit, in äquivalenten Führungspositionen unterzubringen. So mutierten in den Kombinat u. a. die Parteiorganisatoren des Zentralkomitees der SED über die Zwischenstufe Kaderleiter zu Personalchefs, die Sicherheitsbeauftragten des Ministeriums für Staatssicherheit in den Kombinat zu Leitern der Abteilungen Sicherheit, suggerierend, daß Sicherheit gleich Sicherheit sei, ein Mitglied der SED-Betriebsleitung Berlin zum Finanzvorstand der Treuhandanstalt Berlin, Minister oder Staatssekretäre der ehemaligen DDR-Ministerien zu Branchendirektoren in der Treuhandanstalt.

Nachdem am 01. Dezember 1989 durch Beschluß der Volkskammer der DDR die führende Rolle der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen wurde, bestand ein Legitimationsdefizit hinsichtlich des Verbleibs der Funktionäre in ihren Positionen. In Kenntnis der Auswahl von Nomenklaturkadern nach ideologischen Kriterien und der Situation in den Betrieben und Kombinat aus eigenem Erleben wurde angesichts der zu lösenden Aufgaben bei der Umgestaltung der Wirtschaft davor gewarnt, die Funktionseliten im Bereich der Wirtschaft in ihren Positionen zu belassen und ihnen unkontrollierte Handlungsvollmacht zu geben.

So wandte sich das NEUE FORUM am 12.03.1990 aus diesem Grunde mit folgenden Forderungen an den Zentralen Runden Tisch in Berlin:

- Die Nomenklaturkader, Leiter sowie leitende Angestellte von Staatsbetrieben sollen sich einem Vertrauensvotum ihrer Belegschaften stellen, Kompetenz und Vertrauen sollen dabei ausschlaggebende Kriterien sein,
- die Belegschaften vor willkürlichen Entlassungen zu schützen,
- zu verhindern, daß die Funktionäre nach Gutdünken mit dem Volkseigentum verfahren und private Ausgründungen vornehmen,
- die Vernichtung von Kaderakten sofort zu stoppen,
- das Bereinigen der Kaderunterlagen und die Erstellung neuer Kaderdokumente mit neuen Lebensläufen zu untersagen,
- die Parteizugehörigkeit weiterhin in den Kaderunterlagen auszuweisen.

(Auslöser für die Forderungen bezüglich der Kaderunterlagen war die vom Ministerrat der DDR erlassene Verordnung „zur Arbeit mit Personalunterlagen“⁷³ vom 22.02.1990, durch die die im Interesse der Nomenklaturkader und anderer Systemträger bereits ablaufenden Bereinigungsaktionen von Kaderakten legitimiert wurden.

Dieser Antrag fand die Unterstützung nahezu aller Parteien und Gruppierungen des Runden Tisches, PDS ausgenommen. Die Umsetzung dieses Beschlusses erfolgte zögerlich. Im wesentlichen kam es zu keinen Vertrauensabstimmungen durch die Belegschaften. Zwar hat die Regierung der DDR unter de Maizière die Generaldirektoren aller Kombinate formell im Mai 1990 von ihren Posten abberufen, sie aber gleichzeitig kommissarisch wieder eingesetzt. In dieser Zeit wurden die Weichen für die Umwandlung der ehemals volkseigenen Kombinate und Betriebe in Kapitalgesellschaften gestellt.⁷⁴

Am 13. September 1990 wurde von der Volkskammer ein Gesetz⁷⁵ „über die Ausschreibung der Stellen der Geschäftsführer bzw. Vorstandsmitglieder in den durch die Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen“ beschlossen, in dem mit §3 folgendes festgelegt war, „die Auswahl ist nach persönlicher Integrität und fachlicher Kompetenz zu treffen. Wichtig sind das Ansehen und die Akzeptanz bei der Belegschaft.“

Bereits bei seiner Verkündung im Gesetzblatt der DDR vom 26.09.1990 war dieses Gesetz mit folgendem Vermerk versehen: „Dieses nach Unterzeichnung des Einigungsvertrages erlassene Gesetz wurde zwischen den Vertragsparteien nicht als fortgeltendes Recht der DDR vereinbart“. Es war zum Zeitpunkt seiner Verkündung bereits gegenstandslos und kam nicht zum Tragen.

Angesichts der zu lösenden Aufgaben bei der Umgestaltung der Wirtschaft beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war das Belassen der Nomenklaturkader in ihren Funktionen aus zwei Gründen falsch:

73 Gesetzblatt der DDR, Teil I/ Nr. 11/1990 vom 22. Februar 1990.

74 Gesetzblatt der DDR, Teil I/ Nr. 14/1990 vom 1. März 1990.

75 Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 63/1990 vom 13. September 1990.

1. sie waren politisch diskreditiert, damit fehlte das Vertrauen in die ablaufenden Umgestaltungsprozesse,
2. ihnen fehlten wichtige fachlichen Voraussetzungen für den Umbau der Wirtschaft.

Zu 1.

Die Funktionseliten verdankten dem Herrschaftssystem und der SED Funktion und Stellung, sie haben sich voll mit dem System in der DDR identifiziert, „außerdem fehle es ihnen vielfach an Unrechtsbewußtsein“, wie der Vertrauensbevollmächtigte beim Vorstand der Treuhandanstalt⁷⁶ in seinen Reflexionen über seine Tätigkeit in der Treuhandanstalt einschätzt.

Zu 2.

Unter den Bedingungen der Planwirtschaft waren an die Funktionäre in der Wirtschaft andere Anforderungen gestellt, sie hatten Verhaltens- und Denkmuster entwickelt, die nach der politischen Wende und unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht verwertbar waren. So reduzierten sich die bisherigen Funktionen im wesentlichen auf Anleitung, Kontrolle, Überwachung, also auf die fachlich-beaufsichtigenden Seiten der Führung im Auftrag der Partei. Die für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei der Einführung der Marktwirtschaft erforderlichen Konzepte fehlten, die notwendigen Tugenden, wie Entfaltung von Initiative, Selbständigkeit und Verantwortung waren unterentwickelt. Zweifel an der Qualifikation dieser in ihren Führungspositionen verharrenden Funktionäre waren angesichts des wirtschaftlichen Bankrotts der DDR mehr als berechtigt.

1991 hat der zu dieser Zeit amtierende Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern sich zu dieser Thematik wie folgt geäußert:

„Es sind 40 Jahre Planwirtschaft, die diese Leute geprägt haben und von denen sie geprägt worden sind. Und jetzt wollen diese Spitzenkräfte des Sozialismus ihre Betriebe in die freie Marktwirtschaft führen? Das muß scheitern. Man kann Nichtschwimmer doch nicht per Handschlag zum Rettungsschwimmer befördern.“⁷⁷

Wie recht sollte er bekommen. Ist es doch nur wenigen der Generaldirektoren, den „kühnen Kapitänen“, insbesondere von Vorzeigekombinaten, den „Flaggschiffen der DDR-Wirtschaft“, gelungen, ihre Unternehmen erfolgreich in die Marktwirtschaft zu führen und sie am Markt zu halten.

Die Treuhandanstalt entwickelte für die Personalfragen im Zusammenhang mit den Nomenklaturkadern weder auf der Ebene ihrer Beteiligungsunternehmen noch in ihrem eigenen Hause Problembewußtsein. Sie wollte und konnte ihre Verantwortung hinsichtlich eines notwendigen Elitenwechsels nicht wahrneh-

⁷⁶ Dr. Albrecht Krieger, 1990 – 1992 Vertrauensbevollmächtigter beim Vorstand der Treuhandanstalt Berlin; Manuskript „Begegnung mit der politischen Vergangenheit im Osten“; 1992; S. 24 ff.

⁷⁷ Conrad-Michael Lehment; Der Spiegel Nr. 27/1991; S. 13.

men, war sie selbst doch zum Hort von Funktionären aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat der DDR geworden, die den wirtschaftlichen Bankrott der DDR mitzuverantworten hatten.

Während der Personalvorstand der Treuhandanstalt 1990 auf einer Tagung des Arbeitskreises „Unternehmen und Gesellschaft“ des Arbeitgeberverbandes das Verbleiben der Nomenklaturkader in ihren Positionen mit folgendem Argument rechtfertigte:⁷⁸

„Der Grund dafür ist einfach: Wenn ein Flugzeug vom Himmel fällt, in dem der Vorstand eines großen Unternehmens sitzt, dann wird in einem solchen Unternehmen die zweite und dritte Ebene die Ärmel hochkrepeln und die Geschäfte führen, und wahrscheinlich gar nicht mal so schlecht.

Das gilt nicht für die ehemalige DDR. Wenn man hier die Geschäftsführung und Vorstände abgesetzt und es dabei hätte bewenden lassen, hätte man eine paralysierte zweite und dritte Führungsebene vor sich gehabt, weil diese nämlich nie an die Übernahme von Verantwortung gewöhnt worden sind, weil sie nie gelernt haben, Entscheidungen eigenständig zu treffen und zu verantworten.“

(Die Quelle dieser Erkenntnisse konnte nicht ergründet werden.)

revidierte er knapp ein Jahr später seine Auffassung.

In einem Interview angesprochen auf die Nomenklaturkader in den Ost-Unternehmen wird er wie folgt zitiert⁷⁹:

„Es wäre besser gewesen, man hätte es bei der Entlassung der Führungskräfte (gemeint ist die Abberufung vom Mai 1990 durch de Maizière) belassen und hätte dafür Führungskräfte aus der zweiten und dritten Ebene nachrücken lassen, die auch in der Vergangenheit die Praktiker in den Betrieben waren.... Von den übernommenen Altkadern gingen keinerlei Impulse aus..... Auch auf die mangelhaften Managementqualifikationen in bestimmten Segmenten, wie z. B. Finanzwesen, wird verwiesen. Fazit seines Interviews: Die Qualität der Führungsebene entscheidet über das Überleben zahlreicher Ost-Unternehmen.“

Wiederum ein Jahr später liest es sich in der Berichterstattung des Bundesfinanzministeriums vor dem Unterausschuß Treuhandanstalt des 12. Deutschen Bundestages am 16. Oktober 1992 wie folgt⁸⁰:

- die Treuhandanstalt sei von Anfang an bestrebt gewesen, im Hinblick auf die Mitarbeit politisch belasteter Personen jeden Einzelfall sorgfältig zu überprüfen. Dabei werde auch der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes des ehemaligen DDR eingeschaltet. Das habe dazu

78 Dr. Alexander Koch, bis 1992 Personalvorstand der THA, Vortrag auf Symposium des Arbeitskreises „Unternehmen und Gesellschaft“ am 19./20.11.1990 in Berlin – Dokumentation, S. 29.

79 Anlage 28: Wirtschaftswoche vom 25.10.1991, Dr. Alexander Koch „Qualität der Führungsebene entscheidet über das Überleben zahlreicher Ost-Unternehmen“.

80 Kurzprotokoll Nr. 30. vom 16.10.1992 – Berichterstatter für BMF, PStS Dr. Grünewald.

geführt, daß sich die Treuhandanstalt zwischenzeitlich von über 500 belasteten Mitarbeitern getrennt habe.....

- die Treuhandanstalt ursprünglich die Meinung vertreten habe, selbst belastete Mitarbeiter seien wegen ihrer Qualifikation, ihrer Kenntnisse der Betriebe und des Umfeldes unverzichtbar. Danach sei dieses Thema im Treuhanduntersuchungsausschuß beraten worden, mit dem Ergebnis, das Argument der Treuhandanstalt nicht mehr gelten zu lassen. Diese habe dann entsprechend gehandelt. So seien mittlerweile aus dem Bereich der Treuhandunternehmen über 550 und aus dem unmittelbaren Bereich der Treuhandanstalt 58 leitende Mitarbeiter entlassen worden. Außerdem gebe er zu bedenken, daß es zwangsläufig auch zu Fehlentscheidungen komme, wenn in sehr kurzer Zeit für eine befristete Aufgabe etwa 4.000 Mitarbeiter eingestellt werden müßten. Man sei gleichwohl bemüht, diese Fehlentscheidungen zu korrigieren.“

In der Übergangszeit kamen aus vielen ehemaligen volkseigenen Betrieben und Kombinat, die auf der Grundlage der „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften“⁸¹ umgewandelt wurden, Klagen, daß die Funktionäre, obwohl nicht mehr legitimiert, weiterhin Zugriff auf das „volkseigene Vermögen“ hatten, sich der Betriebe wie einer „Beute“ bemächtigten, sich ihrer zur persönlichen Bereicherung bedienen und sie ausplünderten und sich so den Sprung in die Marktwirtschaft organisierten.

Nahtlos und wendig hätten sie den Übergang vom sozialistischen zum marktwirtschaftlichen System vollzogen, sich der neuen Spielräume geschickt bedienend. Das neue System habe ihnen eine große Machtfülle beschert. Sie bestimmen über das Geschick der Unternehmen und der Mitarbeiter stärker als vorher. Nicht mehr an staatliche Kommandos gebunden, konnten sie als Unternehmer ohne demokratische Kontrolle frei schalten und walten. Das gab ihnen einen Ermessens- und Handlungsspielraum, den sie in der DDR nicht hatten.

Da in fast allen Unternehmen ein Personalabbau erforderlich wurde, hatten sie ein Disziplinierungsmittel in der Hand, das sie nutzten, um ihre Herrschaft unter den neuen Bedingungen zu festigen. Vorrangig wurden die entlassen, die sich gegen die Funktionäre von damals auflehnten oder sie mit ihrer Vergangenheit konfrontierten.

Allgemein war zu registrieren, daß bestimmte Prozesse DDR-weit abliefen, wie z. B.

- Besetzung der strategisch wichtigsten Positionen mit Kadern, die das Überleben der Funktionäre und deren Sprung in die Marktwirtschaft nicht behindern

81 Gesetzblatt der DDR, Teil I/ Nr. 14/90 vom 1.3.1990.

- Umstrukturierungen aller Art und Umwidmungen von Volkseigentum durch Ausgründungen in Privateigentum
- Grundstücksdeals
- Entlassungen von unliebsamen und kritischen Mitarbeitern bei gleichzeitiger Neueinstellung hoher Funktionäre aus dem sich auflösenden Partei-, Staats- bzw. Staatsapparat
- Kauf der Firmen mittels Management-buy-out (MBO) von der Treuhandanstalt und Bezahlung aus beiseite geschafften Mitteln dieses Unternehmens.

In diesem Prozeß des Übergangs von der zentralistisch gesteuerten Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und der Überführung der ehemals volkseigenen Betriebe und Kombinat in Kapitalgesellschaften wurde enorme kriminelle Energie zum Schaden des Allgemeinwohls freigesetzt. Die Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und die Staatsanwaltschaft haben sich mit diesen Machenschaften auseinanderzusetzen. Bei den Taten handelt es sich um das Beiseiteschaffen von Vermögenswerten in unterschiedlicher Form, selten um ausgesprochene Einzeltatsachverhalte, sondern um zentralgesteuerte Abläufe, dabei wirken informelle Personenbezüge aus DDR-Zeiten, eine feine Umschreibung des Vorwurfs der Seilschaften.⁸²

Abkürzungsverzeichnis

AO	Anordnung
BStU	Bbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR
DA	Dienstanweisung
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Gbl.	Gesetzblatt
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilungen im MfS
HIM	Hauptamtlicher IM
HVA/SWT	Hauptverwaltung Aufklärung, Sektor Wissenschaft/Technik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
JHS	Juristische Hochschule des MfS Potsdam-Eiche
KC	Zentralkomitee der PVAP
KD	Bezirkskomitee der PVAP
KM	Stadtkomitee der PVAP
KP	Kreiskomitee der PVAP

82 Kriminalistik 8-9/93; S. 521 – Uwe Schmidt, bis 1995 Leitender Kriminaldirektor ZERV 1

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KW	Wojewodschaftskomitee der PVAP
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OibE	Offiziere im besonderen Einsatz
PZPR	polnische Abkürzung für Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RL	Richtlinie
SED	Sozialistisch Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZK	Zentralkomitee der SED
ZZ-Kader	Kader für zweiseitige Zusammenarbeit zwischen UdSSR-DDR

Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv (Hrsg.): Kinze; Hans-Heinrich/Knop, Hans/Seifert, Eberhard: Sozialistische Volkswirtschaft, Hochschullehrbuch, Berlin (Ost) 1983
- Autorenkollektiv (Hrsg.), Ökonomisches Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission: Intensivierung, 100 Begriffe zur ökonomischen Strategie, Berlin (Ost) 1986
- Bahrnann, Hannes/Fritsch, Peter-Michael: Sumpf, Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte, Berlin 1990
- Baßeler, Ulrich u. a.: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, Schulausgabe, Köln 1989
- Bastian, Uwe: Auf zum letzten Gefecht ..., Dokumentation zur Vorbereitung des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft; Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin – Nr. 9/1994
- Bastian, Uwe: Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit am Beispiel des Operativvorganges „Entwurf“; Die Staatssicherheit gegen unabhängige linke Politikansätze in der DDR; Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin – Nr. 8/1993
- Broder, Henryk M.: Erbarmen mit den Deutschen; Hamburg 1994
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (Hrsg.): Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen; Abmachungen und Erklärungen; Bonn, 1989
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft; Bilanz und Perspektive; Bonn, 1988 (?)
- Czada, Peter/Tolksdorf, Michael/Yenal, Alparslan: Wirtschaftspolitik – Aktuelle Problemfelder; Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Aktualisierte Auflage von 1992
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), Referat Öffentlichkeitsarbeit: Fragen an die deutsche Geschichte; Wege zur parlamentarischen Demokratie; Katalog zur Ausstellung Bonn, 1996
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.): Handbuch der DDR-Wirtschaft; Reinbek 1984
- Deutschland Archiv: Heft 6/1995; Heft 11/1995; Zeitschrift für das vereinigte Deutschland
- Elm, Ludwig/Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard u. a.: ANSICHTEN zur Geschichte der DDR; Band VI: Wirtschaft; Berlin 1996

- Faulenbach, Bernd/Meckel, Markus/Weber, Hermann (Hrsg.): Die Partei hatte immer Recht – Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur; Essen 1994
- Fest, Joachim C.: Das Gesicht des Dritten Reiches; Profile einer totalitären Herrschaft; München/Zürich 1993
- Fricke, Karl Wilhelm: Akteneinsicht; Rekonstruktion einer politischen Verfolgung; Berlin 1995
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.): Bautzen Forum Nr. 3; Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der DDR; Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter – Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes; Dokumentation, 1992
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hrsg.): Bautzen Forum Nr. 4; Der 17. Juni 1953 – Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums; Deutsche Teil-Vergangenheiten; Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung in der DDR; Dokumentation, 1993
- Gauck, Joachim: Die Stasi-Akten; Das unheimliche Erbe der DDR; Reinbek 1991
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands; Bundeszentrale für politische Bildung; Bonn, 1996
- Gesetzbuch der Arbeit: Staatsverlag der DDR Berlin (Ost), 1974
- Giordano, Ralph; Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein; München 1990
- Giordano, Ralph: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte; Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg; München 1991
- Grundriß Wirtschaftsrecht: Autorenkollektiv des Lehrstuhls Wirtschaftsrecht an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Leitung Ludwig Penig); Berlin (Ost) 1986
- Hacker, Jens: Deutsche Irrtümer; Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen; Frankfurt/Main 1994
- Heidenreich, Martin (Hrsg.) u. a.: Krisen, Kader, Kombinate; Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben; Berlin 1992
- Hertle, Hans-Hermann: Vor dem Bankrott der DDR; Dokumente des Politbüros des ZK der SED aus dem Jahre 1988 zum Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Die Schürer/Mittag-Kontroverse); Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 63; Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin
- Holm, Knut: Treuhand oder Ramschhand? Zitate – Fakten – Gedanken; Berlin 1991
- Janka, Walter: Die Unterwerfung. Eine Kriminalgeschichte aus der Nachkriegszeit; München/Wien 1994
- Klier, Freya: Penetrante Verwandte. Kommentare, Aufsätze und Essays in Zeiten deutscher Einheit; Frankfurt/M – Berlin 1996
- Köhler, Otto: Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte; München 1994
- Krömke, Claus: Das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag; Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte; Hefte zur Geschichte der DDR 37; Berlin, 1996
- Krömke, Claus/Friedrich, Gerd: Kombinate. Rückgrat sozialistischer Planwirtschaft; Berlin (Ost) 1987
- Kuby, Erich: Deutschland. Von verschuldeter Teilung zur unverdienten Einheit; Rastatt 1990
- Lampert, Heinz: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland; München 1988
- Lenke, Werner: Kölner Texte & Thesen. Strukturwandel Ost; Personalentwicklung – Qualifizierung – Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung; Ergebnis einer Umfrage bei ostdeutschen Unternehmen; Köln 1992

- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder; Köln 1990
- Linke, Hermann/Niedenhoff, Horst Udo/Vetter, Wilfried (Hrsg.): Kölner Texte & Thesen; Unternehmertum. Wirtschaftlicher Aufschwung und sozialer Fortschritt in einem vereinigten Deutschland; Köln 1991
- Linke, Hermann (Hrsg.)/Niedenhoff, Horst-Udo/Schenk, Fritz/Vetter, Wilfried u. a.: Kölner Texte & Thesen. Die Chance nutzen. Angebote für Praktiker zur Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands; Köln 1992
- Luft, Christa: Die nächste Wende kommt bestimmt. Auf der Suche nach wirtschaftlichen und sozialen Alternativen; Berlin 1994
- Maaz, Hans-Joachim: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR; Berlin 1990
- Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit; Berlin 1991
- Maaz, Hans-Joachim: Die Entrüstung. Deutschland, Deutschland. Stasi, Schuld und Sündenbock; Berlin 1992
- Mathiopoulos, Margarita: Rendezvous mit der DDR. Politische Mythen und ihre Aufklärung; Düsseldorf/Wien 1994
- Michas, Joachim (Hrsg.) u. a.: Sozialistisches Recht. Lehrbuch für das Grundlagenfach; Berlin (Ost) 1989
- Myritz, Reinhard (Hrsg.): Manager in Ostdeutschland; Dokumentation von Chancen und Risiken in der betrieblichen Personalarbeit von Unternehmen in den neuen Bundesländern; Köln 1992
- Nitz, Jürgen: Länderspiel. Ein Insider-Report; Berlin 1995
- Ökonomisches Wörterbuch: Autorenkollektiv – Übersetzung aus dem Russischen für deutsche Ausgabe; Heininger/Kunz/Tuchscheerer; Berlin (Ost) 1962
- Pfeiffer, Dietrich: Die Erbschaft: Marktwirtschaftliche Neugestaltung in den Betrieben der neuen Länder; Bonn 1992
- Rüping, Hinrich: Staatsanwälte und Parteigenossen. Haltungen der Justiz zur national-sozialistischen Vergangenheit zwischen 1945 und 1949 im Bezirk Celle; Baden-Baden 1994
- Schädlich, Hans Joachim (Hrsg.): Aktenkundig; Berlin 1992
- Schenk, Fritz: Mein doppeltes Vaterland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines geborenen Sozialdemokraten; Würzburg 1989
- Schmalen, Helmut: Grundlagen und Probleme der Betriebswirtschaft; Lehrgrundlagen für Studium und Weiterbildung; Köln 1987
- Siebert, Bernd/Mätzig, Carla/Engelhardt, Helga/Böttcher, Gerhard: Ökonomik. Lehrbuch für das Grundlagenfach Betriebsökonomik; Autorenkollektiv; Berlin (Ost) 1989
- Sinn, Gerlinde/Sinn, Hans Werner: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung; München 1993
- Statistisches Taschenbuch der DDR: Berlin (Ost) 1987; 1988; 1989
- Sühl, Klaus (Hrsg.) u. a.: Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich? Eine Diskussion; Berlin 1994
- Thalheim, Karl C.: Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – Tatsachen und Zahlen; Opladen 1988
- Turner, Henry Ashby: Die Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1945; München/Zürich 1989
- Verfassung der DDR: Fassung vom 07.10.1974; Berlin (Ost) 1985
- Voigt, Dieter/Voss, Werner/Sabine Meck: Sozialstruktur der DDR; Eine Einführung; Darmstadt 1987
- Weber, Hermann: DDR – Grundriß der Geschichte 1945 – 1990; Hannover 1991
- Weber, Jürgen/Piazolo, Michael (Hrsg.): Eine Diktatur vor Gericht. Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz; München u. a. 1995
- Weber, Jürgen (Hrsg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur; München 1994

- Wilke, Manfred: Die Gründung der SED-Diktatur. Zusammenschluß oder Zwangsvereinigung von KPD und SPD? Referat auf der Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „50 Jahre SED/PDS“ am 19.04.96 in Berlin
- Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden; München 1995
- Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat: Heft 1/1996 und 2/1996; Beiträge und Informationen des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin

Zusammenfassung

- Mit der Errichtung eines Gesellschafts- und Wirtschaftssystems nach sowjetischem Modell auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone wurde die Zerstörung aller gewachsenen ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen eingeleitet. Kernstück dieses Modells war die Schaffung des zentralisierten Eigentums an den Produktionsmitteln und dessen Kombination mit der politischen Macht unter Führung der kommunistischen Partei. So wurde die Machtfrage „Wer Wen?“ im ökonomischen Bereich frühzeitig entschieden
- Der Marxismus-Leninismus war die alleingültige ideologische Grundlage und der „Demokratische Zentralismus“ das grundlegende Leitungs- und Organisationsprinzip für alle Bereiche des öffentlichen Lebens, für Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Staatsapparat und Wirtschaft. Die SED gab die politischen Richtlinien für das Handeln aller Elemente des Systems aus, traf die grundlegenden Entscheidungen zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse in allen Politikbereichen, kontrollierte deren Durchführung und schuf mit ihrer Kaderpolitik bei der Auswahl, Förderung und Einsatz der Kader die personellen Voraussetzungen zur Sicherung ihrer politischen Macht. Durch weitgehende Personalunion von Partei- und Staatsfunktionen wurde garantiert, daß politische Akte durch die staatlichen Organe nur auf Veranlassung und im Sinne der SED gesetzt wurden.
- Wie in allen kommunistischen Parteien hatte die Kaderpolitik der SED einen außerordentlich hohen machtpolitischen Stellenwert, sie war eine erst-rangig politische Aufgabe jedes Leiters. Auch nach DDR-Verständnis waren Kaderfragen „Klassenfragen“. Mit ihr wurden getreu dem Motto „Kader entscheiden alles!“⁸³ die personellen Voraussetzungen zur Sicherung des Herrschaftsanspruches der SED geschaffen.
- Dazu war der Aufbau eines gigantischen und perfektionierten speziellen Überwachungs- und Repressionsapparates in Form des Ministeriums für Staatssicherheit erforderlich, der als „Schild und Schwert der Partei“ das Funktionieren des Machtapparates und den Erhalt des Machtmonopols der SED zu gewährleisten und die Frage „Wer ist wer?“ zu klären hatte.

83 Rede J. Stalins am 04.05.1935 vor Absolventen der Akademie der Roten Armee in Moskau.

- Nach DDR-Verständnis war die sozialistische Wirtschaft die ökonomische Basis der politischen Macht.

„Die Leitung der Wirtschaft durch den sozialistischen Staat ist Ausdruck einer der wesentlichsten Seiten der Diktatur des Proletariats und damit der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse in der sozialistischen Gesellschaft. Die sozialistische Wirtschaft ist die ökonomische Basis der politischen Macht der Arbeiterklasse, sie bietet der Herausbildung, Entwicklung und Festigung sozialistischer Verhaltensweisen breiten Raum.“⁸⁴

- Aus der zentralen Bedeutung der Wirtschaft für die Errichtung und die ständige Festigung der Macht der SED erklärt sich, daß abgeleitet vom „Klassenauftrag der SED an das MfS zur Realisierung der Sicherheitserfordernisse der sozialistischen Gesellschaft“ die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft seit Bestehen des Ministeriums für Staatssicherheit eine wesentliche Schwerpunktaufgabe bildete.
- Erklärtes Ziel der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR bestand „in der Vorbeugung, rechtzeitigen Aufdeckung, konsequenten Bekämpfung und Verhinderung aller subversiven Angriffe, in der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie in der Unterstützung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe zur Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Zweigen, Wirtschaftseinheiten und -prozessen.“⁸⁵
- Für den Schutz der Volkswirtschaft war die Hauptabteilung XVIII des MfS zuständig und darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Aufklärung/Kommerzielle Koordinierung mit der Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und Embargo-Hochtechnologie befaßt. Eine weitere wesentliche Aufgabe bestand darin, insbesondere die Kader zu schützen, „die durch staats- und wirtschaftsleitende Organe oder Kombinate zur Unterlaufung von Embargomaßnahmen, zur Mitarbeit in Gemischten Gesellschaften oder zur Wahrnehmung anderer spezieller Aufgaben eingesetzt werden.“⁸⁶ Sie nahm getreu dem Motto des MfS „Wer ist wer?“ entscheidenden Einfluß auf die Kaderarbeit in ihrem Sicherungsbe- reich.

„Im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen, Überwachungen und der vorgangsmäßigen Bearbeitung von Leitungs-, Reise- und Auslandska- dern manifestierte sich ihre Rolle als politische Polizei in der Wirt- schaft.“⁸⁷

In ihrer Arbeit stützte sie sich wie alle Bereiche des MfS auf drei Säulen:

⁸⁴ Grundriß Wirtschaftsrecht; S. 20.

⁸⁵ Dienstanweisung Nr. 1/82 des MfS vom 30.03.1982 – BStU-Signatur 102 836.

⁸⁶ Lehrmaterial, VVS – o001 MfS JHS – Nr. 74/84 – BStU-Signatur SA 667 b ebenda, S. 14 ff.

⁸⁷ Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft.

1. Das offizielle politisch-operative Zusammenwirken (POZW) der hauptamtlichen Mitarbeiter mit den fachlich korrespondierenden staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsebenen.
 2. Das engmaschige Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) sowie der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), die z. B. als stellvertretende Minister, Generaldirektoren, Abteilungsleiter in Schlüsselpositionen der Wirtschaft saßen.
 3. Die in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen im Staatsapparat, in der Volkswirtschaft oder in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingesetzten hauptamtlichen Sicherheitsbeauftragten, die in der Regel Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) der Linie XVIII waren, verdeckt agierten und mit einer legendierten Biographie ausgestattet waren.
- DDR-Wirtschaft war gemäß Artikel 9 der Verfassung der DDR⁸⁸ eine „sozialistische Planwirtschaft“, die nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ mittels eines zentralistischen und hierarchisch gegliederten Planungs- und Leitungssystems geleitet wurde, das ein Instrument zur Beförderung der gesellschaftlichen Vorstellungen der SED im Bereich der Wirtschaft „von oben nach unten“ darstellte.

Ab 1979 erfolgte die durchgängige Kombinatbildung, um die immer komplexer und komplizierter werdenden Planungs-, Bilanzierungs- und Abstimmungsprozesse effektiver zu gestalten.

„Die Kombinate besitzen also ein bedeutendes politisches und soziales Gewicht. Ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse ist in den Kombinaten vorhanden, so daß im Produktionsprozeß ihre revolutionäre Funktion für die weitere Gestaltung des realen Sozialismus unter Führung der Partei der Arbeiterklasse durchgesetzt wird. Aus diesem Grunde muß die Unantastbarkeit der politischen und sozialen Funktion eines Kombinates durch das MfS gesichert werden.“⁸⁹

Der Versuch, im Rahmen einer Organisationsreform eigenverantwortliche und leistungsfähige Kombinate als selbsttragende Säulen eines dynamischen Wirtschaftsorganismus zu schaffen, mußte unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen zwangsläufig scheitern.

- Die SED verstand sich als „der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“. Sie war eine Kaderpartei (mit dem System der Nomenklaturen), die zum Zwecke der Machtsicherung die Schlüsselpositionen in allen Lebensbereichen mit Parteimitgliedern oder mit ihr treu ergebenden und zuverlässigen Anhängern besetzte. Mit fast totaler Machtfülle ausgestattet, indoktrinierte die SED alle Lebensbereiche.

⁸⁸ Verfassung der DDR (Fassung vom 07.10.1974).

⁸⁹ Forschungsergebnisse, VVS o001 - MfS JHS 232/83 – BStU-Signatur 219335, S. 11 ff.

-
- Mit der Kaderpolitik, deren Grundsätze für die gezielte Auswahl, die planmäßige Entwicklung und den Einsatz der Führungs- und Leitungskräfte nach Sicherheitsüberprüfungen durch das MfS sich bis zum Ende der DDR nicht wesentlich änderten, wurde die Machtfrage „Wer wen?“ in der DDR von ihrem Beginn bis zu ihrem Untergang immer wieder im Interesse der Erhaltung der Macht der SED entschieden.
 - Mit dem System der Kadernomenklaturen beherrschte die SED die gesamte Gesellschaft. In diesem hierarchisch gegliederten Stellenplansystem, waren alle Führungs- und Leitungsfunktionen im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat, in der Armee und den Massenorganisationen, der Blockparteien, im Bereich Kultur, Medien, Bildung, Justiz, Gesundheitswesen, Sport, also aller Bereiche der Gesellschaft verzeichnet, über deren Besetzung die SED direkt entschied oder für die sie verbindliche Festlegungen traf bzw. sich die Kontrolle vorbehielt.
 - Zur Sicherung des Führungsanspruches der Partei wurden alle kaderpolitischen Prozesse langfristig geplant, damit eine bei Bedarf entsprechend sicherheitsüberprüfte und systemloyale Kaderreserve zur Verfügung stand, aus der die notwendigen Kader zur Besetzung von Führungs- und Leitungspositionen rekrutiert werden konnten.
 - Die Aufnahme in die Kadernomenklaturen war Voraussetzung und Beginn einer Karriere in der DDR. Grundlegendes Auswahlkriterium für diese Kader war ihre politisch-ideologische Eignung, ihr Wohlverhalten gegenüber Partei und Staat, während die fachliche Kompetenz eher eine untergeordnete Rolle spielte. Getreu den kaderpolitischen Prinzipien wurden nur solche Kader in die Kadernomenklatur aufgenommen, denen das MfS attestierte, daß sie sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen:
 - der Partei treu ergeben,
 - gut ausgebildet und in der Führungs- und Leitungstätigkeit sowie der Parteiarbeit erfahren,
 - charakterlich und moralisch vorbildlich.
 - Zur Auswahl und Bestätigung systemloyaler Kader bediente sich das MfS der Sicherheitsüberprüfungen, Überwachungen und der vorgangsmäßigen Bearbeitung von Leitungs-, Reise- und Auslandskadern unter Nutzung der zur Verfügung stehenden inoffiziellen Basis. In deren Ergebnis wurde durch die zuständige Dienststelle des MfS über die sicherheitspolitische Eignung des überprüften Kaders entschieden. Es wurden nur solche Kader bestätigt und in bedeutsame Funktionen eingesetzt, auf die sich Partei und Staat stützen konnten. Bei geringsten Zweifeln an der sicherheitspolitischen Eignung, bei politisch unzuverlässigen oder aus anderen Gründen ungeeigneten Personen, bei negativ-feindliche Personen wurde eine Aufnahme ausgeschlossen.

-
- Auf Kombinatsebene konzentrierte sich die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen auf folgende Zielgruppen eines Kombinates:
 - leitende Funktionäre mit hoher Entscheidungsbefugnis, Nomenklaturkader, in der Regel General-, Betriebs- und Fachdirektoren
 - Reise-, Auslands- und Verhandlungskader
 - Mitglieder von Kommissionen, Arbeitsgruppen und anderen Gremien des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe
 - Geheimnisträger, wie z. B. Forschungsthemenleiter für ausgewählte Spitzenthemen oder für die militärische Forschung
 - Spezialisten und operativ bedeutsame Personen aus den Bereichen Wissenschaft und Technik, Produktions-, Investitionsvorbereitung und -realisierung, Marktforschung und Materialwirtschaft
 - Mitarbeiter in den Stabsorganen des Generaldirektors
- andere entscheidungsbefugte und entscheidungsvorbereitende Personen.

Verzeichnis von Dokumentationen

BStU – Reihe A: Dokumente-Nr. 1: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven (I/II). Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin; Redaktionsschluß 10.04.1992

BStU – Reihe A: Dokumente-Nr. 1/93: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur politisch-operativen Arbeit. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

BStU – Reihe A: Dokumente-Nr. 2/93: Die Organisationsstruktur des MfS 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand vom Juni 1993

BStU – Reihe A: Dokumente-Nr. 2/94; Günter Förster: Die Dissertationen der Juristischen Hochschule des MfS. Eine annotierte Bibliographie. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin; Redaktionsschluß 1994

BStU – MfS-Handbuch Anatomie der Staatssicherheit; Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Geschichte Struktur Methoden. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin; Redaktionsschluß 1995

BStU – MfS-Handbuch Anatomie der Staatssicherheit; Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. Geschichte Struktur Methoden. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Redaktionsschluß 1997

BStU; BF informiert: 3/1993; Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985 – 1989

BStU; BF informiert: 5/1994; Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapital aus dem Spätherbst 1989

Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989; BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Berlin 1990

Gill, David/Schröder, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums; Rohwohlt Berlin GmbH, Berlin 1991

Verzeichnis von MfS-Dokumenten

<u>1953</u>	
Staatssekretariat für Staatssicherheit Dienstanweisung Nr. 43/53	Richtlinien für Kader- und Schulungsarbeit BStU-Signatur 100885
<u>1969</u>	
Ordnung vom 01.04.1969	über die Arbeit mit den Personalakten der Angehörigen und der Zivilbeschäftigten des MfS – Personalaktenordnung - MfS 016 – 187/69
<u>1976</u>	
Anordnung des Ministerrates der DDR vom 10.11.76	über die Sicherheit und Geheimhaltung bei der Erfüllung der Aufgaben der Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Frieden VVS B2 – B 120 – P/309/76
<u>1978</u>	
Ministerrat der DDR Ministerium für Kohle und Energie vom 06.11.1978	Vorlage zur Kollegiumssitzung Einschätzung über die Erfüllung sicherheitspolitischer Forderungen in der Kaderarbeit VVS B 150-240/78 BStU-Signatur MfS-ZAGG Nr. 742
<u>1979</u>	
Richtlinie Nr. 1/79 vom 08.12.79	für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) GVS 0008 MfS Nr. 1/79 mit Durchführungsbestimmungen
Richtlinie Nr. 2/79 vom 08.12.79	für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet GVS 0008 MfS Nr. 2/79 mit Durchführungsbestimmungen

 1981

Richtlinie Nr. 1/81
vom 25.02.81
1982

Über die operative Personenkontrolle (OPK)
GVS o008 MfS Nr. 10/81

Ministerrat der DDR
Sekretariat des Ministerrates
vom 13.01.1982

Anordnung über die Auswahl, Bestätigung und Vorbereitung von Reise- und Auslandskader und die Durchführung ihrer dienstlichen Reisen
VVS B 2 – 1034/81

Richtlinie Nr. 1/82
vom 17.11.82

zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen
GVS o008 MfS Nr. 14/82

Weisung des MfS
vom 06.07.82

Politisch-operative Aufgaben bei der Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Reise- und Auslandskader und der Durchführung ihrer dienstlichen Reisen
VVS o008 MfS Nr. 46/82

1982

Dienstanweisung 1/82

zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR
vom 30.03.1982
VVS MfS o008-19/82

1. DB zur DA 1/82 vom 08.07.83
Die Aufgaben der kombinarsverantwortlichen und der kombinarsbetrieblichverantwortlichen Leiter und operativen Mitarbeiter bei der einheitlichen und straffen politisch-operativen Sicherung zentralgeleiteter Kombinate
VVS MfS o008-5/83

2. DB zur DA 1/82 vom 03.01.83
Arbeit mit den Sicherheitsbeauftragten
VVS MfS o008 – 6/83
und 1. Änderung vom 22.12.86
VVS MfS o008 – 76/86

3. DB zur DA 1/82 ?

4. DB zur DA 1/82 vom 03.01.83
Qualifizierung der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung von Bränden, Havarien und anderen Störungen in der Volkswirtschaft der DDR
VVS MfS o008 – 8/83

5. DB zur DA 1/82 vom 03.01.83
Politisch-operative Sicherung in der Volkswirtschaft der DDR eingesetzter ausländischer Werkträger
VVS MfS o008 – 9/83

6. DB zur DA 1/82 vom 03.01.83
Politisch-operative Sicherung der Auswertung und Nutzung politisch-operativ beschaffter wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Volkswirtschaft der DDR
VVS MfS o008 – 10/83

1983

Forschungsergebnisse
(Entwurf)
vom 15.01.83

zum Thema:
Die einheitliche politisch-operative Sicherung der zentralgeleiteten VE Kombinate
VVS o001 MfS JHS – Nr. 232/83
BStU-Signatur Archiv 0169

Lektion für die politisch-operative
Fachschulung
vom Februar 1983

zum Thema:
Die weitere Qualifizierung von Sicherheitsüberprüfungen
VVS o001 MfS JHS Nr. 11/83

 1984

Forschungsergebnisse
vom Juni 1984

zum Thema:
Entwicklung einer zielgerichteten Zusammenarbeit von Sicherheitsbeauftragten mit Organen der Finanzkontrolle als Bestandteil einer wirkungsvollen Sicherung von zentralgeleiteten volkseigenen Kombinat der DDR

VVS 0001 MfS JHS – 243/84

Fachschul-
abschlußarbeit
vom 26.05.84

Die politisch-operativen Aufgaben der IM/GMS zur Sicherung von Geheimnisträgern in volkswirtschaftlich bedeutenden Bereichen, Kombinate, Betrieben und Einrichtungen

GVS JHS 0001 – 234/84

Lehrmaterial
vom März 1984

Die einheitliche politisch-operative Sicherung zentralgeleiteter VE Kombinate

VVS 0001 MfS JHS – Nr. 74/84

 1985

MfS/JHS
Studienmaterial für
das Fachschulstudium
Oktober 1985

Aufgaben der objektverantwortlichen operativen Mitarbeiter bei der politisch-operativen Sicherung der Reise- und Auslandskader für nichtsozialistische Staaten und Westberlin

VVS 0001 MfS JHS Nr. – 162/85

Forschungsergebnisse
vom Juni 1985

zum Thema:
Die politisch-operative Sicherung der Reise- und Auslandskader für nichtsozialistische Staaten und Westberlin

VVS 0001 MfS JHS Nr. – 242/85

MfS/JHS
Studienmaterial 1985
VVS 00001
MfS JHS-Nr. 182/85

Teil I:
Die Einflußnahme auf die staatlichen Leiter zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Auswahl und Bestätigung von Reise- und Auslandskadern

Teil II:

Die Verantwortung für die Einleitung und Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen zu Reise- und Auslandskadern

Teil III:

Die ständige Aktualisierung und Vervollkommnung der Aufklärungsergebnisse zu bestätigten Reise- und Auslandskadern

Teil IV:

Grundsätze und Bedingungen für den Einsatz von und die Zusammenarbeit mit Reise- und Auslandskader-IM

Forschungsergebnisse
vom Juni 1985

zum Thema:
Die politisch-operative Sicherung der Reise- und Auslandskader für nichtsozialistische Staaten und Westberlin

VVS 0001 MfS JHS – Nr. 242/85

Diplomarbeit
vom 29.09.1985

zum Thema:
Probleme der politisch-operative Sicherung des Exportes von Anlagen und Ausrüstungen während der Realisierungsphase im NSW insbesondere des Schutzes der in diesen Prozeß einbezogenen NSW-Reisekader und Auslandskader der DDR

VVS 0001 MfS JHS – Nr. 368/84

 1986

Hauptabteilung XVIII
Der Leiter

Struktur- und Stellenplan
der Hauptabteilung XVIII
für den Zeitraum von 1987 – 1990
GVS 0010-1845/86

Abschlußarbeit
vom 01.08.86

zum Thema
Anforderungen an die Entscheidungsdokumente der staatlichen Leitung für die Einleitung von Sicherheitsüberprüfungen zu Reise- und Auslandskader

Ordnung 6/86 vom 17.03.86	VVS o001- MfS JHS Nr. 1257/86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des MfS – OibE-Ordnung - GVS MfS o008 – 09/86 1. DB vom 17.03.86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des MfS GVS MfS o008 – 10/86 2. DB vom 17.03.86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des MfS GVS MfS o008 – 11/86
Ordnung 10/86 vom 22.04.86	über den Einsatz von U-Mitarbeitern im MfS GVS MfS o008 – 32/86
1987	
Studienmaterial	Juristische Hochschule des MfS – Rechtswissenschaft – Wesen und Rolle der Sicherheitsüberprüfung in der politisch-operativen Arbeit VVS MfS JHS o001 – 141/87
Studienmaterial	Wesen und Rolle der Sicherheitsüberprüfung in der politisch-operativen Arbeit VVS JHS o001 – 141/87
1988	
Diplomarbeit vom 31.03.88	zum Thema: Politisch-operative Erfahrungen bei der Realisierung effektivitätsfördernder Maßnahmen zur Durchsetzung der ökonomischen Strategie der SED in Schlüsselbereichen der Volkswirtschaft, dargestellt am Sicherungsgegenstand Embargo im Bereich des Ministeriums Elektrotechnik/Elektronik GVS o010 MfS 714/88
Studienmaterial vom Januar 1988	Spezielle Probleme zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Sicherung strategisch bedeutsamer Vorhaben der Volkswirtschaft VVS JHS o001 – 7/88
1989	
Ordnung Nr. 9/89	Über die Arbeit mit den Angehörigen im MfS – Kaderordnung – BStU-Signatur 103613
Diplomarbeit vom 20.04.89	zum Thema: Anforderungen an ausgewählte operative Grundprozesse, insbesondere an die OV/OPK-/IM- und Dossierarbeit zur politisch-operative Sicherung der Hochtechnologien GVS o001 MfS JHS 74/89
Dissertation vom 26.04.89	zum Thema: Zur Qualifizierung der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen VVS o001 MfS JHS – 250/89/I

Gesetzestexte/Anordnungen/Sonstiges

Ministerrat der DDR vom 21.01.1967	Ordnung zur Führung von Personalakten
VEB Kombinat Robotron vom 15.10.1974	betriebsinternes Handbuch über die Arbeit mit den Kadern für staatliche Leiter im VEB Kombinat Robotron

Ministerrat der DDR vom 21.01.1967	Ordnung zur Führung von Personalakten
Beschluß des Sekretariats des ZK vom 07.6.1977	über die Arbeit mit den Kadern
Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 30.09.1986	Beschluß zum Bericht der Bezirksleitung der SED Gera über Erfahrungen bei der Auswahl, Entwicklung und Befähigung der Kader bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED (Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 30.09.1986)
Gbl. der DDR Teil I Nr. 5/1961 vom 12.04.61	Gesetzbuch der Arbeit
Gbl. der DDR Teil I Nr. 38/1979 vom 08.11.1979	Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe – Kombinatverordnung -
Gbl. der DDR Teil I Nr. 11/1990 vom 22.02.1990	Verordnung zur Arbeit mit Personalunterlagen
Ministerium für Innere Angelegenheiten der DDR vom März 1954	Anleitung zur Auswahl, Entwicklung und Förderungen der Kader (Hinweise für leitende Funktionäre im Staatsapparat und in der Verwaltung der volkseigenen Wirtschaft)

Anlagenverzeichnis

Wirtschaft

Anlage 1:	Betriebswirtschaftliche Tatbestände im Vergleich
Anlage 2:	Wirtschaftsordnungen ausgewählte Ordnungselemente im Vergleich
Anlage 3:	Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR
Anlage 4:	Organe der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR entnommen aus Hochschullehrbuch Sozialistische Volkswirtschaft
Anlage 5:	Übersicht über Kombinate in der DDR (Stand 1988)
Anlage 6:	Planungssystem der DDR – Ablaufschema entnommen aus Hochschullehrbuch Sozialistische Volkswirtschaft
Anlage 7:	Leitungsprinzip der Volkswirtschaft der DDR (vereinfacht)
Anlage 8:	Grundstruktur der Leitung eines Kombinates Entnommen Krömke/Friedrich Kombinate – Rückgrat sozialistischer Planwirtschaft

Hauptabteilung XVIII

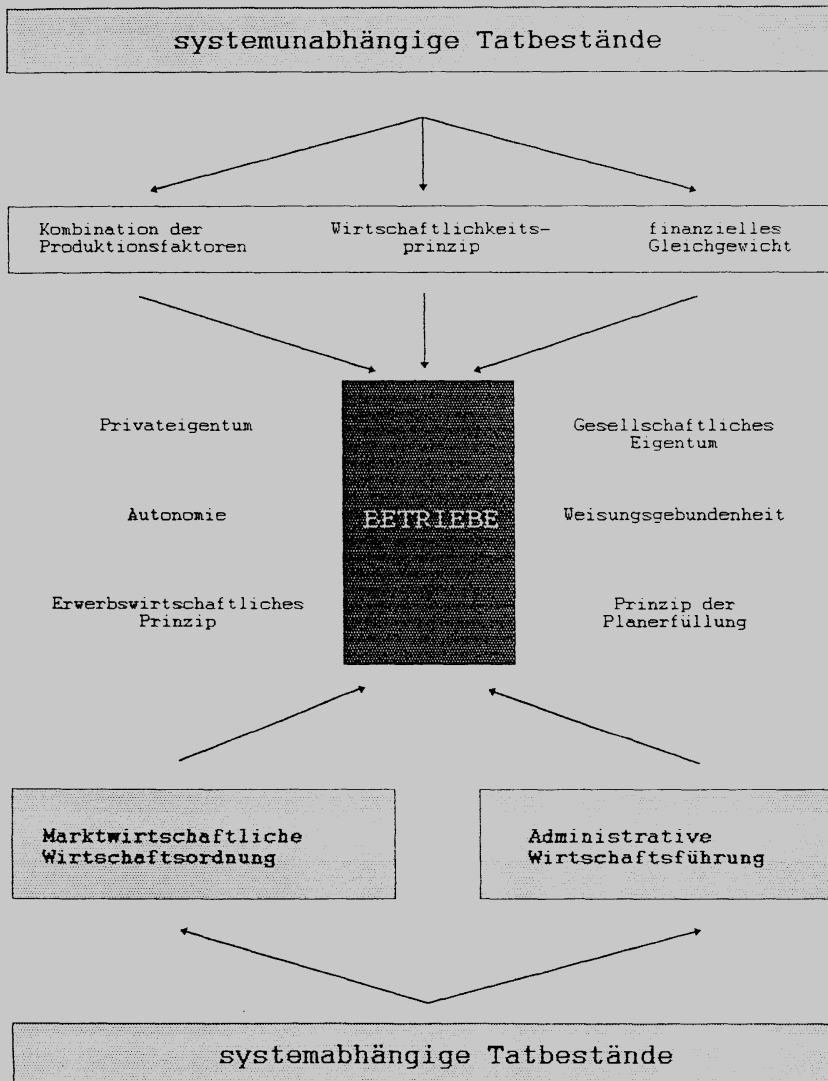
Anlage 9:	Auszug aus Dissertation an der Hochschule des MfS vom 26.04.1989 zum Thema: Zur Qualifizierung der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen
-----------	---

-
- Anlage 11: BStU-Signatur MfS JHS 20093
Übersicht über Personalbestand
(hauptamtlich)
der MfS-Zentrale Berlin
- Anlage 12: Übersicht über Struktur und Aufgabe
der Hauptabteilung XVIII
- Anlage 13: BStU-Dokumente: Die Organisationsstruktur des MfS
Übersicht über die Mitarbeiter der Abteilungen
der Hauptabteilung XVIII
- Anlage 14: Hauptamtliche Mitarbeiter der Linie XVIII
der MfS-Bezirksverwaltungen
- Nomenklatura
- Anlage 15: Übersicht über Nomenklaturstufen
- Anlage 16: Kadernomenklatur des ZK der SED
- Anlage 17: Kadernomenklatur des ZK der SED
Bereiche Wissenschaft und Volksbildung
BStU-Dokumente:
MfS-Handbuch: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS
- Anlage 18: Kadernomenklatur für Leitungsfunktionen im MfS
- Anlage 19: Kadernomenklatur der Kreisleitung Greifswald der SED
Teilbereich Wirtschaft
vom 14.07.1989
- Anlage 20: Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur
der Kreisleitung Greifswald
vom 04.08.1989
- Anlage 21: Richtlinie aus Polen von 1972
Richtlinien des Politbüros im Bereich der Nomenklatura der Kader der Parteinstanzen
mit einer Liste der Führungsstellen,
die der Nomenklatura von KC, KW, KP (KM, KD) unterstehen
- Kaderpolitik/Kaderarbeit
- Anlage 22: Zusammenwirken der Staatsorgane bei der Kaderarbeit
in den Betrieben/Kombinaten und Einrichtungen
- Anlage 23: AO über die Sicherheit und Geheimhaltung bei der Erfüllung der Aufgaben der
Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung
im Frieden
Teil: Einstellungs- und Kaderbestimmungen
vom 10.11.1976
VVS B 2 – B 120 – P/309/76
BStU-Signatur: 102 317
- Anlage 24: Ministerrat der DDR
Ministerium für Kohle und Energie
Vorlage für die Kollegiumssitzung am 06.11.78
Einschätzung über die Erfüllung sicherheitspolitischer
Forderung in der Kaderarbeit
BStU-Signatur: MfS – ZAGG Nr. 742
- Anlage 25: Fallbeispiel:
Ablehnung eines NSW-Reisekaders im Ergebnis einer politisch-operativen Sicherheitsüberprüfung durch das MfS und die weiteren Folgerungen aus der Überprüfung

Anlagenteil

Anlage 1

Betriebswirtschaftliche Tatbestände im Vergleich



Wirtschaftsordnungen - ausgewählte Ordnungselemente im Vergleich -		
dezentrale Planung mit marktwirtschaftlicher Koordination	Möglichkeiten der Organisation einer Volkswirtschaft	zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung
- Autonomie der Unternehmen - rechtliche Stellung gesetzlich geregelt - Rahmenbedingungen durch Staat gesetzt	Rechtsstellung der Unternehmen	- Weisungsgebundenheit der Betriebe - keine rechtlich durchsetzbare Autonomie - Eingriffe des Staates jederzeit möglich - überdimensionaler Planungs-, Steuerungs- und Kontrollapparat erforderlich - zentrale Planungsvorgaben
Privateigentum	dominierende Eigentumsformen an den Produktionsmitteln	- gesellschaftliches Eigentum - Staatseigentum - genossenschaftliches Eigentum
- Wettbewerb und Markt - auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt Vielzahl konkurrierender Unternehmen - dezentrale Außenhandelsbeziehungen	Steuerung der Güterverteilung	- Versorgung und Verteilung über ein zentralgeleitetes Bilanzierungssystem (MAN-Bilanzen) - staatsmonopolistische Betriebe ohne Konkurrenz - Außenhandelsmonopol des Staates
- unternehmensorientiert - Erwirtschaftung von Gewinn (Überschuß) - Sicherung der Liquidität	Planungsziel	- gesamtgemeinschaftliche Bedarfsorientierung - Erfüllung der zum Gesetz erhobenen Pläne mit seinen Kennziffern
- Wertmaßstab für den Austausch von Gütern - Wirtschaftlichkeitsdenken der Unternehmen - Konvertibilität	Rolle des Geldes	- Planungsgröße - kein Effizienzdruck - Wertkennziffer - nicht konvertibel - Binnenwährung
auf dem Markt über Angebot und Nachfrage	Preisbildung	administrativ durch den Staat mittels Preisbildungsorgane
Personalführung	Arbeitskräfte	- Kaderpolitik/-arbeit - Zentrale Vorgaben für die Kaderarbeit und Kaderentwicklung zur Sicherung der führenden Rolle der Partei - hohe Fremdbestimmtheit und ideologische Indoktrination
- unternehmerisches Risiko - gute Versorgung mit Gütern - Gewinnenreiz - Prosperität der Unternehmen oder - Zahlungsunfähigkeit - Insolvenz	Konsequenz des wirtschaftlichen Handelns	- Erfüllungsmentalität - kein unternehmerisches Risiko - Änderung des Planes - Subventionierung durch den Staat - Verkrustung ineffektiver Wirtschaftsstrukturen - Mangel- und Schattenwirtschaft

Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln in der DDR

Durch den Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 30.10.1945 wurden etwa zehntausend gewerbliche Unternehmen beschlagnahmt und später in "volkseigene Betriebe" umgewandelt. Sie bildeten mit einem Anteil von ca. 40 % der Bruttoproduktion (Gesamtheit der produzierten Güter und materiellen Dienstleistungen eines Jahres) die Basis für die künftige sozialistische Wirtschaftsordnung mit volkseigenen Betrieben unter staatlicher Leitung und Planung.

Der noch bestehende private Sektor in der DDR wurde durch repressive Maßnahmen behindert und entwickelte sich ständig rückläufig. Nach dem Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft ("Sieg des sozialistischen Frühlings auf dem Lande") im Jahre 1960 und der Restverstaatlichung, d. h. der Überführung der halbstaatlichen Betriebe in volkseigene Betriebe, im Jahre 1972 war die Sozialisierung bzw. Kollektivierung soweit vorangetrieben, daß der private Sektor in der DDR nur noch eine untergeordnete Rolle spielte.

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil der Eigentumsformen an der Bruttoproduktion der DDR in ausgewählten Jahren. Die Betriebe wurden in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis nach der Erfüllung der Bruttoproduktion bewertet. Dies hatte zwar in den Anfangsjahren der Mangelsituation den Vorteil, daß alle Betriebe angehalten wurden, alle verfügbaren Kapazitäten, Ressourcen und Arbeitskräfte voll zu nutzen, begünstigte aber auch die Verschwendung von Ressourcen sowie eine Mehrfachzahlung und verfälschte damit die Grundlagen für die Entscheidungsfindung auf zentraler Ebene.

Angaben in %	volkseigene	halbstaatliche Betriebe	private
1950	61,8	-	38,2
1955	73,3	-	26,7
1960	84,4	5,5	10,1
1965	86,9	6,6	6,5
1967	86,8	7,2	6,0
1970	85,5	8,9	5,6
1973	95,2	0,9	3,9
1977	96,1	0,7	3,2
1984	96,5	0,6	2,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR
1966. S. 37; 1968. S. 37; 1974. S. 39; 1978. S. 73; 1985. S. 99

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil der sozialistischen Betriebe am Nettoprodukt, einer Kennziffer, die seit 1980 als Hauptkennziffer der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate angesehen wurde. Sie umfaßte die eigenen realen Leistungen der Kombinate und Betriebe ohne den Produktionsverbrauch an Material, produktiven Leistungen und Grundmitteln und sollte auf das Wachstum der Produktion von Endprodukten mit hohen Gebrauchseigenschaften und auf die Erneuerung der Erzeugnisse bei Senkung

Anlage 3

des Produktionsverbrauchs orientieren, was einer Leistungssteigerung auf dem Wege der Intensivierung entsprach.

Angaben in %

sozialistische
Betriebe

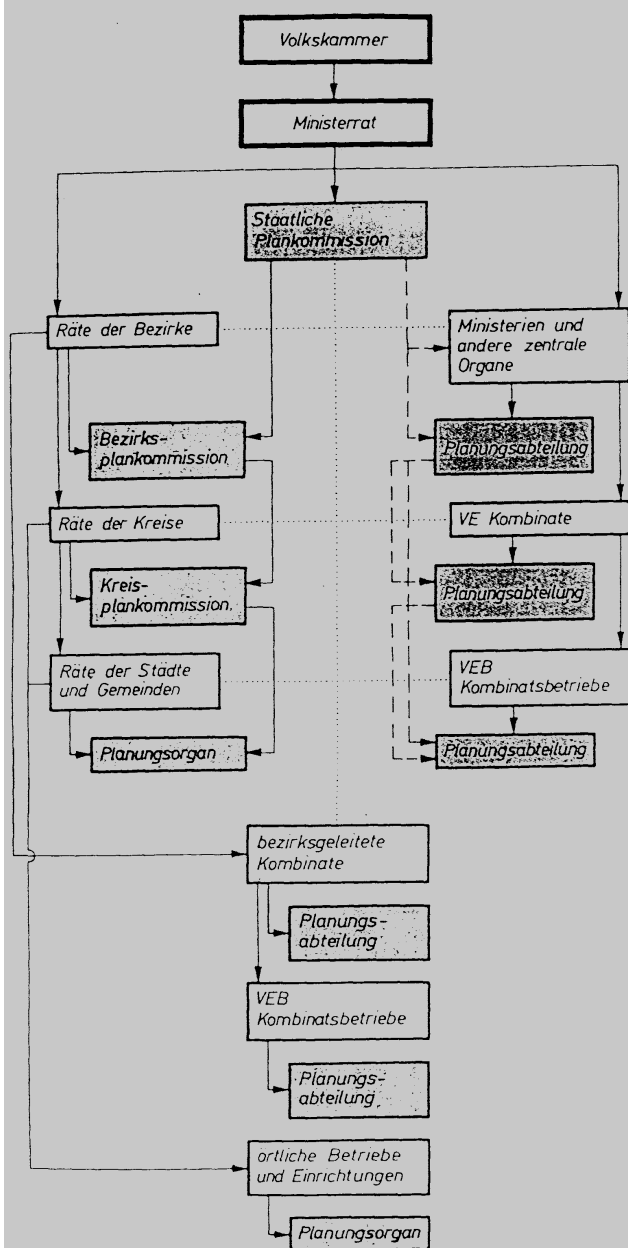
1950	56.8
1970	85.9
1975	95.8
1980	96.5
1985	96.6
1986	96.5
1987	96.5
1988	96.4

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR
1987, S. 27; 1988, S. 27; 1989, S. 27

Anlage 4

91

3.2.1. Die Stellung der Leitungs- und Planungsorgane

Abbildung 3.1
Organe der
Leitung und
Planung der
Volkswirt-
schaft

—— Weisungsrecht - - - - fachliche Anleitung Zusammenarbeit

Übersicht über Kombinate (Stand 1988)

	Produktion	Industrie	Bauwesen	Verkehrswesen	Landwirtschaft	Handel/Verkehrsg.	Sonstige	Summe
zentralgeleitete Kombinate								
Anzahl		126	21	3	15		8	173
Arbeiter und Angestellte	1.000	2.686,7	250,8	36,9	101,9		60,8	3.137,1
Grundmittelbestand	Mrd. M	634,4	34,2	16,1	28,3		7,3	720,3
Industrielle Warenproduktion	Mrd. M	442,7	26,7	7,1				476,5
bezirksgeleitete Kombinate								
Anzahl		95	31	17	0		0	143
Arbeiter und Angestellte	1.000	197,3	154,6	149,5	0		0	501,4
Grundmittelbestand	Mrd. M	19,5	12,0	19,5	0		0	51,0
Industrielle Warenproduktion	Mrd. M	24,3	16,4	10,9	0		0	51,6
S u m m e								
Anzahl		221	52	20	15		8	316
Arbeiter und Angestellte	1.000	2.884,0	405,4	186,4	101,9		60,8	3.638,5
Grundmittelbestand	Mrd. M	653,9	46,2	35,6	28,3		7,3	771,3
Industrielle Warenproduktion	Mrd. M	467,0	43,1	18,0	0,0		0,0	528,1

Quelle:
Statistisches Taschenbuch der DDR 1989
Staatsverlag der DDR, Berlin 1989, S. 29

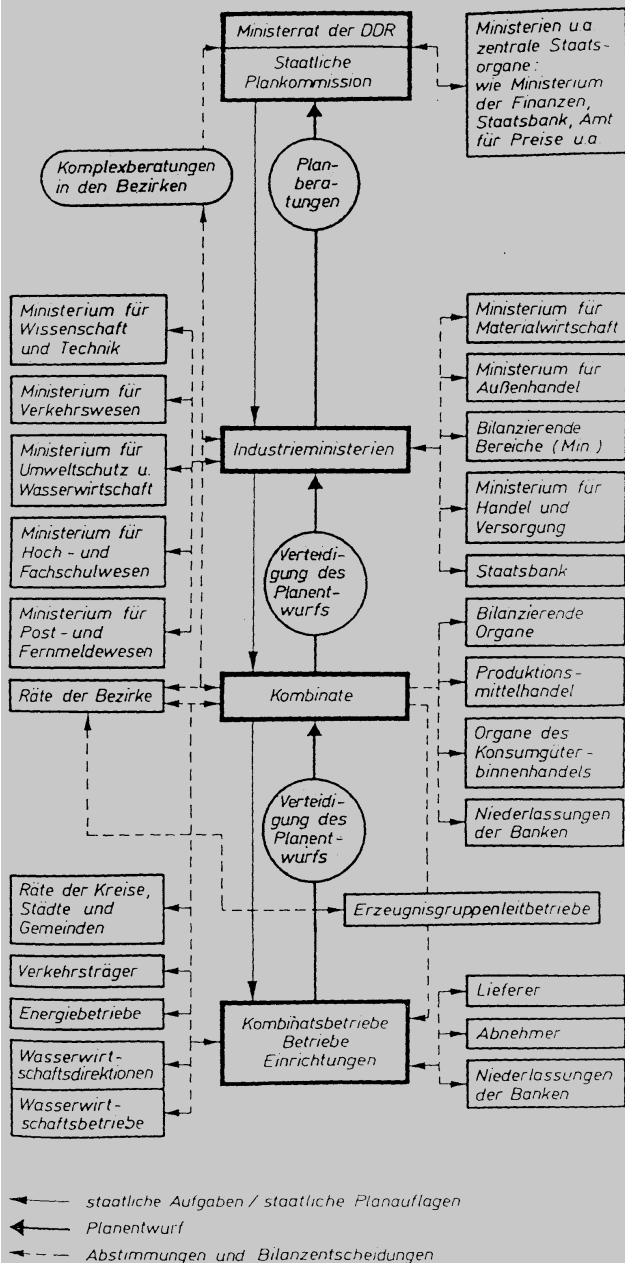
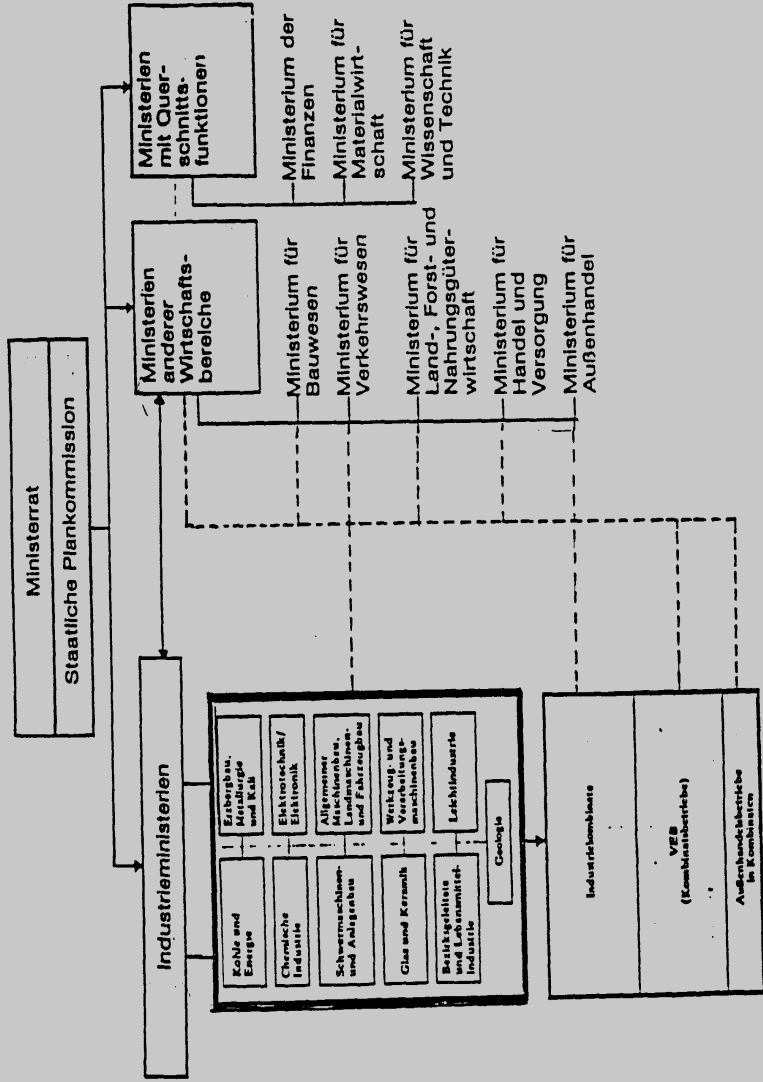


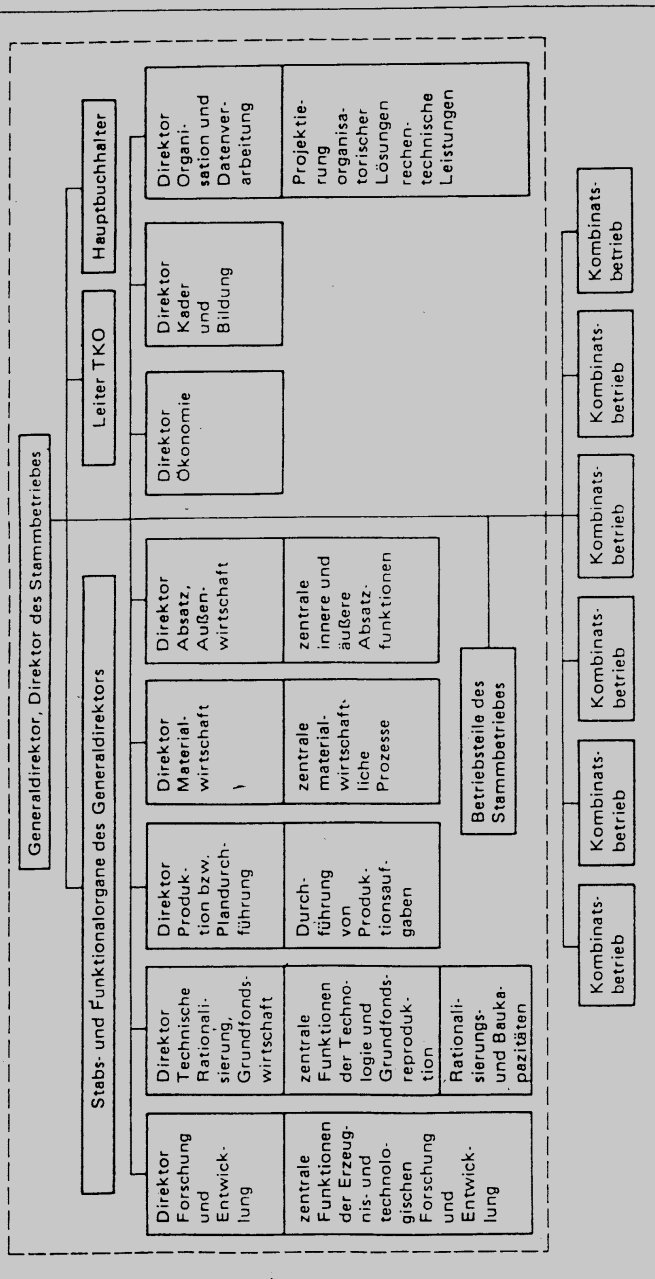
Abbildung 3.4
Grundsätzlicher
Ablauf der
Ausarbeitung
des Fünfjahres-
planes und des
Jahresplans
wirtschaftsplan-
nach dem Prinzip
der Zweigplanung
(am Beispiel
der Industrie)

Leitungsprinzip der Volkswirtschaft der DDR (vereinfacht)



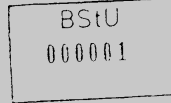
Grundstruktur der Leitung des Kombimates über den Stammbetrieb

Abb. 1



Anlage 9

Hochschule des MfS



Vertrauliche Verschlusssache

VVS-0001

MfS JHS-Nr.: 250/89/I

3. Aufl. Bl. 1 bis 275

(Blatt 266 und 267
doppelseitig)

(Zusatzblätter:
1/1, 111/1, 111/2, 186/1,
186/2, 186/3, 186/4, 186/

Franklin?

Dissertation

zum Thema:

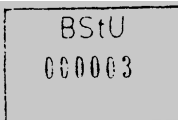
"Zur Qualifizierung der Einschätzung der sicher-
heitspolitischen Eignung von Personen"

eingereicht von: Oberstleutnant Martin
Hauptabteilung VII, Abteilung 1
Hauptmann Schmeißer
Hochschule des MfS, Lehrstuhl II

Betreuer: Oberst Jonak
Hochschule des MfS, Lehrstuhl II

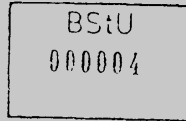
Potsdam, 26. April 1989

VWS JHS o001 - 250/89/I

2
1. AustauschblattInhaltsverzeichnisSeite

Einleitung	6
1. Problemlage, Untersuchungsgegenstand, Untersuchungsmethoden und -bereiche	10
1.1. Zu den Anforderungen an Umfang und Qualität der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen durch das MfS	10
1.2. Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen als eine spezifische Form der Personeneinschätzung	13
1.3. Zur Notwendigkeit einer einheitlichen Methodik der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen als wesentliche Grundlage der weiteren Erhöhung ihrer Qualität und Effektivität	17
1.4. Zu den theoretischen Grundlagen und zur Methodik der praktischen Untersuchungen	21
2. Psychologische Grundlagen der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen	26
2.1. Einschätzungen der sicherheitspolitischen Eignung von Personen im Ergebnis vielfältiger zwischenmenschlicher Beziehungen	27
2.1.1. Die direkten Beziehungen zwischen der Zielperson und dem Erstbeurteiler	33
2.1.2. Die direkten Beziehungen der Quellen (Erstbeurteiler) zu den mit der Informationsgewinnung beauftragten operativen Kräften (Sekundärbeurteiler)	57
2.1.3. Zu Aspekten der Beziehungen des mit der Sicherheitsüberprüfung beauftragten operativen Mitarbeiters	68

VVS JHS 0001 - 250/89/I



3

Seite

2.2.	Einschätzungen der sicherheitspolitischen Eignung von Personen im Ergebnis mehrstufiger Informationsübertragungen	72
2.2.1.	Die mehrstufigen Informationsübertragungen zur mittelbaren Informationsgewinnung	72
2.2.2.	Die Informationsübertragung infolge der arbeitsteiligen Beziehungen zwischen den Sachgebieten Sicherheitsüberprüfungen/Ermittlungstätigkeit und den objektivmäßig zuständigen Referaten	81
2.3.	Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen im Ergebnis subjektiver Verarbeitungsleistungen von Informationen	88
3.	Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen in Sicherheitsüberprüfungen	108
3.1.	Zur Aufdeckung geistig-praktischer Leistungen bei der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen in Sicherheitsüberprüfungen	108
3.2.	Die Phasen der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen	113
3.2.1.	Einleiten der Sicherheitsüberprüfung	113
3.2.2.	Informationsgewinnung	136
3.2.3.	Die politisch-operative Einschätzung der Einzelinformation	175
3.2.4.	Erarbeitung der operativen Personeneinschätzung	189
3.2.5.	Abschluß der Sicherheitsüberprüfung	208
3.3.	Zur Abfolge geistig-praktischer Leistungen bei der Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen	213

VVS JHS 0001 - 250/89/I

BStU

000005

4

Seite

4.	Schlußfolgerungen für die Qualifizierung operativer Kräfte zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen bei Sicherheitsüberprüfungen und zu weiteren Personeneinschätzungen	218
4.1.	Grundlagen der Qualifizierung von operativen Kräften zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen	218
4.1.1.	Bestimmung leistungsbestimmender Anteile bei der Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen	218
4.1.2.	Prinzipielle Ansatzpunkte einer Qualifizierung von Mitarbeitern zur Personeneinschätzung bei Sicherheitsüberprüfungen	223
4.2.	Vorschläge zur Qualifizierung von Mitarbeitern zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen bei Sicherheitsüberprüfungen	228
4.2.1.	Vorschläge zur Qualifizierung von Mitarbeitern der operativen Dienstseinheiten zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen bei Sicherheitsüberprüfungen	228
4.2.2.	Vorschläge zur Qualifizierung von Mitarbeitern in der Ausbildung an der Hochschule des MfS zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen bei Sicherheitsüberprüfungen	239
4.3.	Vorschläge zur Qualifizierung von Mitarbeitern zu weiteren Personeneinschätzungen	241
4.3.1.	Vorschläge zur Qualifizierung von Mitarbeitern der operativen Praxis zu weiteren Personeneinschätzungen	241
4.3.2.	Vorschläge zur Qualifizierung in der Ausbildung an der Hochschule des MfS zu weiteren Personeneinschätzungen	243
	Literaturverzeichnis	247

VVS JHS 0001 - 250/89/I

BStU
000006

5

SeiteAnlagenTeil A: Entwurf eines Formblattes Sicherheits-
überprüfungen

265

Teil B: Untersuchungsergebnisse
als VVS JHS 0001 - 250/89/IITeil C: Handmaterial
"Die Einschätzung der sicherheitspoli-
tischen Eignung von Personen" (Textvorlage)
als VVS JHS 0001 - 238/89

KOPIE BStU

VVS JHS 0001 - 250/89/I

BStU

000029

28

derlicher Informationen selbst oder durch weitere einbezogene operative Kräfte Beziehungen zu jenen Personen herstellen, die über erforderliche Informationen verfügen. Häufig stellt sich dann die indirekte Beziehung zwischen der Zielperson und dem mit der Sicherheitsüberprüfung beauftragten Mitarbeiter als mehrstufige Abfolge von direkten Beziehungen zwischen verschiedenen Personen dar. (vgl. Abb. 1)

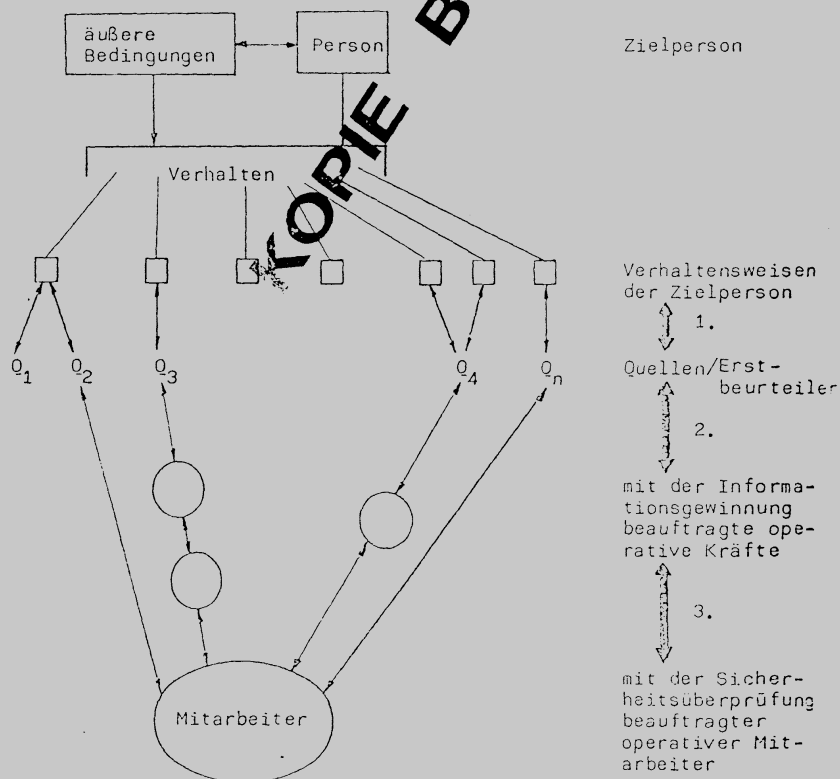


Abb. 1: Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen im Ergebnis vielfältiger zwischenmenschlicher Beziehungen

Kopie

VVS JHS 0001 - 250/89/I

 BStU
 000042

41

 Tabelle 1: Bedingungen des Verhaltens und ihre beispielhafte
 Beachtung für die Bewertung von Verhaltensweisen

Bedingungsklasse	Bedingungen	Beispiel
	(bedingungslos)	"B. flaggt an Staatsfeiertagen."
gegenstands- und aufgabenbezogene Bedingungen	- Art des Gegenstandes - Vorgeschriebensgrad des Vorgehens - Normen, Erwartungen, Toleranzen	rote und Staatsflagge aus dem Fonds der Hausgemeinschaft Beflaggungsordnung nach Beschluß der HGL Beflaggung ist u. a. Bewertungsgrundlage für Prämienmittel der HG
Bedingungen der interpersonellen Beziehungen	übliche/besondere Kooperations-/Kommunikationsformen . teilnehmende Personen . direkte Beziehungen	alle Personen beteiligen sich; B. mehrfach dazu aufgefordert
Bedingungen der äußeren Situation	räumliche, zeitliche, Umweltbedingungen (Ort, Tages-, Uhrzeit, Licht, Beleuchtung, Lärm, Klima u. a.)	kurzzeitige Beflaggung

Die Untersuchungen zeigten eine Vielzahl von Personeneinschätzungen für und im Ergebnis von Sicherheitsüberprüfungen mit Mängeln in der Bedingungsbeschreibung des Verhaltens.

Häufig werden die Bedingungen des Verhaltens durch die Quelle nicht oder nicht vollständig wahrgenommen, vergessen, nicht reproduziert und durch die Informationen aufnehmenden operativen Kräfte nicht erfragt. Nur durch die Klärung der Bedingungen des Verhaltens ist aber Sicherheit zu erzielen, ob es sich um tatsächliche Verhaltensweisen des Objektes handelt oder um unzulässige Verallgemeinerungen oder Erklärungsversuche der Quellen.

VVS JHS 0001 - 250/89/1

Wesentliche durch operative Kräfte zu vollziehende geistige Teilleistungen im Prozeß der mehrstufigen Informationsgewinnung und -verarbeitung bei Sicherheitsüberprüfungen am Beispiel der Informationsgewinnung durch operative Ermittlungen

Tabelle 3:

Bezeichnung der Teilleistung

Mitarbeiter

(Beauftragung operativer Kräfte)¹

beauftragter Mitarbeiter

Ermittler

Auskunftsperson Akp.

1 Aufgaberteilung

unterschiedliche Formen: mündlich, (teil-)standardisiert, schriftlich

Unkodierung des Auftrages als Auftrag für den Ermittler, Beauftragung und Instruierung des E.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

beeinflußt durch die Information auf die Nutzung weiterer Akpn., Hinweise auf weitere Akpn.

2 Arbeitsplanung

Einordnung eines Ermittlungsauftrages in vielfältige Aufgaben

Einordnung in Ermittlungssituation für mehrere Ermittler

Übernahme Ergänzung, Reduzierung der Informationen zur Durchführung des Ermittlungsgesprächs

Nutzung der Übermittelten Informationen zur Zielperson zur Durchführung des Ermittlungsgesprächs

Anwendung einer Gesprächslegende, Wahl von Gesprächsthemen

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

3 Auswahl und Nutzung von vorliegenden Informationen zur Zielperson

selektive Auswahl und Übermittlung vorliegender Informationen zur Zielperson an -->

Auswahl des bestmöglichen Ermittlers mit Berücksichtigung der Wahl der Gesprächslegende

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

4 Legendenbildung

Hinweise auf mögliche Legendierung und Gesprächslegende

Auswahl des bestmöglichen Ermittlers mit Berücksichtigung der Wahl der Gesprächslegende

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

5 Auswahl und Nutzung von Akpn.

Hinweise auf mögliche Akpn.

Auswahl des bestmöglichen Ermittlers mit Berücksichtigung der Wahl der Gesprächslegende

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

(Kenntnisnahme der Einzelinformation)²

6 Verarbeitung der Informationen zum Objekt

Entgegennahme und Auswertung des Berichtes

Überarbeitung des Berichtes, Wertung des Berichtes, Ableitungen für Nachermittlung, schriftliche Weitergabe

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

7 Verarbeitung von Informationen über Ermittlungsbedingungen

erfährt in der Regel nichts über Ermittlungsbedingungen

Überarbeitung des Berichtes, Wertung des Berichtes, Ableitungen für Nachermittlung, schriftliche Weitergabe

Nutzung der anzutreffenden vorgegebenen Akpn., Auswahl und Nutzung weiterer Akpn.

Entgegennahme des mdl./schr. Auftrages mit individueller Ausrichtung zur Umsetzung, Ausführung des Auftrages nach eigener Bedingungsanalyse

Auskunft über die Zielperson nach eigener Bedingungsanalyse

keine Planung, zur sofortigen Einschätzung gefordert

Verarbeitung der Aussagen des Ermittlers;
--> Einfluß auf eigene Aussagen

muß Legendierung und Gesprächslegende akzeptieren/oder nicht

1. Austauschblatt

70

BSU
000077

Kopf BSU
APR 8

1. Abschnitt 3.1. als Leistung 1.10. dargestellt
2. im Abschnitt 3.1. als Leistung 3.1. dargestellt

VVS JHS 0001 - 250/89/I

BStU
000275

266

Dienststeinheit

Datum

SICHERHEITSÜBERPRÜFUNG/WIEDERHOLUNGSÜBERPRÜFUNG

Name: _____ Vorname: _____

PKZ: _____ geb. in: _____

Wohnanschrift: _____

Arbeitsstelle: _____

Tätigkeit/Funktion: _____

Parteizugehörigkeit: _____ Erfassung Abt. XII: _____

1. Einleitungsgrund:1.1. Sicherheitserfordernisse:1.2. Anforderungen:2. Maßnahmenplanung:

Durchführender: _____

Abschlußtermin: _____

InformationsbedarfMaßnahmen zur RealisierungTerminBStU
250

VVS JHS o001 - 250/89/I

267

BStU
0002773.1. Operativ zu beachtende Punkte:3.2. Weitere Maßnahmen:weiterführende Maßnahmen zur Person:Inoffizielle Sicherung durch:Hinweise an andere Dienstseinheiten:Wiederholungsüberprüfung Termin:

4. Im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung/Wiederholungsüberprüfung wird dem Einsatz

des/der: _____ als: _____

zugestimmt/nicht zugestimmt.

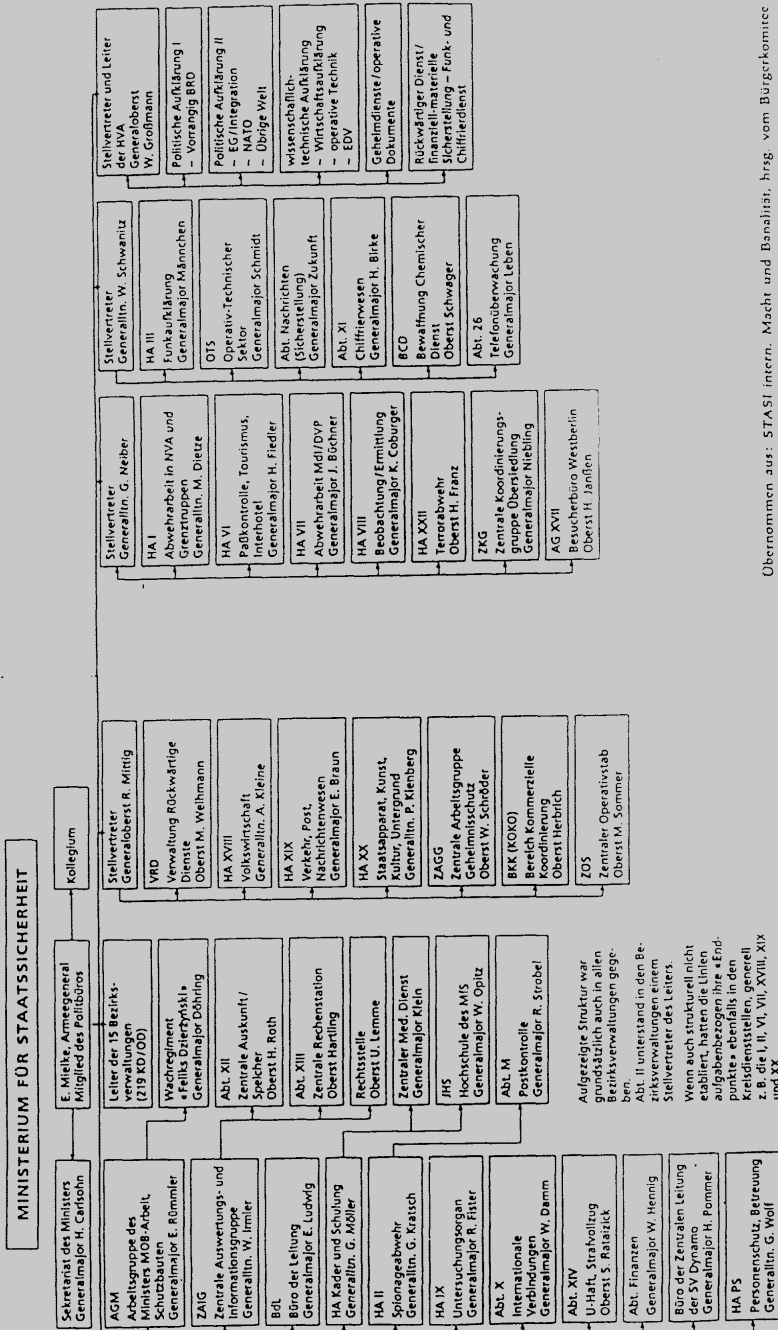
Anlage: keine / Entscheidungsvorschlag / Auskunftsbereich

5. Mitteilung der Entscheidung am: _____

an: _____

Bestätigt:



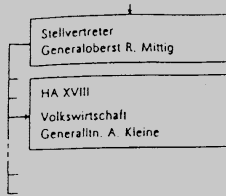


Übernommen aus: STASI intern. Macht und Banalität, hrsg. vom Bürgerkomitee Leipzig, Forum Verlag, Leipzig 1991.

Anlage 11

Übersicht über Personalbestand (hauptamtlich) der MfS-Zentrale Berlin

Strukturbereich	Abkürzung	Mitarbeiter
Arbeitsgruppe Minister	AGM	700
Wachregiment "Feliks Dzierzynski"	WR	10.211
Zentrale Auswertungs- u. Informationsgruppe	ZAIG	422
Zentrale Auskunft / Speicher	Abt. XII	350
Zentrale Rechenstation	Abt. XIII	447
Rechtsstelle	RS	12
Büro der Leitung	BdL	823
Hauptabteilung Kader und Schulung	HA KuSch	1.077
Zentraler Medizinischer Dienst	ZMD	1.144
Hochschule des MfS, Potsdam-Eiche	HS	761
Spionageabwehr	HA II	1.408
Postkontrolle	Abt. M	500
Untersuchungsorgan	HA IX	518
Internationale Verbindungen	Abt. X	250
U-Haft und Strafvollzug	Abt. XIV	250
Abteilung Finanzen	Abt. Fin.	150
Büro der Zentralen Leitung der Sportvereinigung Dynamo	BdZL	1.400
Hauptabteilung Personenschutz	HA PS	3.772
Arbeitsgruppe E	AG E	4
Verwaltung Rückwärtige Dienste	VRD	3.733
Volkswirtschaft		672
Verkehr, Post, Nachrichtenwesen	HA XIX	242
Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund	HA XX	400
Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz	ZAGG	55
Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung	AG BKK	106
Zentraler Operativstab	ZOS	21
Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen	HA I	2.457
Paßkontrolle, Tourismus, Interhotel	HA VI	2.150
Abwehrarbeit Mdl / DVP	HA VII	364
Beobachtung / Ermittlung	HA VIII	1.500
Terrorabwehr	HA XXII	540
Zentrale Koordinierungsgruppe Übersiedlung	ZKG	190
Besucherbüro Westberlin	AG XVII	294
Funkaufklärung	HA III	3.000
Operativ-technischer Sektor	OTS	1.080
Abteilung Nachrichten / Sicherstellung	Abt. N	1.500
Chiffrierwesen	Abt. XI	500
Abteilung Bewaffnung / Chemischer Dienst	Abt. BCD	157
Telefonüberwachung	AG 26	420
Hauptverwaltung Aufklärung	HV A	4.126
ca.		47.706



3. Dem Stellvertreter General-
oberst Mittig unterstellte
Diensteinheiten

3.3. Hauptabteilung XVIII (HA XVIII)

3.3. HAUPTABTEILUNG XVIII

Dienstsitz: Berlin-Lichtenberg, Normannen-/Gotlindestraße

Aufgabenstellung

- Sicherung der zentralen volkswirtschaftlichen Objekte und Einrichtungen entsprechend der Struktur der Industriezweige der DDR einschließlich der Leitungs- und Planungsorgane des Staatsapparates, insbesondere der Industrie-, Landwirtschafts-, Finanz- und Handelsministerien (ohne den Bereich Kommerzielle Koordinierung/KoKo), sowie der Einrichtungen der naturwissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung (einschließlich Akademie der Wissenschaften der DDR, Bauakademie der DDR, Kammer der Technik u.ä.)
- Wirtschaftsspionageabwehr, Gewährleistung eines umfassenden Geheimnisschutzes sowie Schutz spionagegefährdeter Personen und Sachen
- Aufklärung und Bestätigung von Nomenklaturkadern, Auslands- und Keisekadern, Führung von Personendossiers
- Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW), sowie Maßnahmen zum Unterlaufen von Embargobestimmungen
- Verhinderung bzw. Aufklärung von Bränden, Havarien und Störungen zur Aufdeckung etwaiger "Feindeinwirkung"
- Aufdecken von Fällen schwerer Wirtschaftskriminalität
- Sicherung des FDGB
- Informationstätigkeit zu volkswirtschaftlichen Prozessen

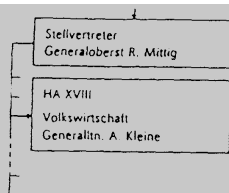
Führung von IM und Arbeit mit OibE

Personalbestand: 672 hauptamtliche Mitarbeiter

Leiter der Hauptabteilung XVIII: Generalleutnant Dr. KLEINE, Alfred

3 Stellvertreter: Oberst BOHM, Gerhard (1. Stellvertreter)
Oberst LEHMANN, Erich
Oberst WUNDERLICH, Hilmar

SED-Grundorganisation der HA XVIII



3. Dem Stellvertreter Generaloberst Mittag unterstellte Dienstseinheiten

3.3. Hauptabteilung XVIII (HA XVIII)

Sekretariat des Leiters: Sekretariatsarbeit und Rückwärtige Dienste
ca. 40 Mitarbeiter

Arbeitsgruppe des Leiters (AGL): Stabsorgan
7 Mitarbeiter

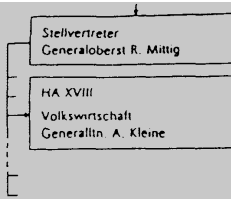
Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG): Grundsatzdokumente, Planung und Kontrolle, Koordinierung, Auswertung und Informationstätigkeit, EDV
ca. 35 Mitarbeiter

Abteilung 1: Sicherung des Bauwesens einschließlich des Spezialbauwesens, Ministerium für Bauwesen, Bauakademie der DDR
5 Referate, 25 Mitarbeiter

Abteilung 2: Sicherung des Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbaus (MALF) und der Ministerien für Schwermaschinen- und Anlagenbau, für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau bzw. für Allgemeinen Maschinen- und Landmaschinenbau sowie einiger zentralgeleiteter VEB
Sicherung der im FDGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften einschließlich deren Objekten und Einrichtungen
Sicherung des Staatssekretariats für Berufsbildung und nachgeordneter Einrichtungen
3 Referate, 32 Mitarbeiter

Abteilung 3: Sicherung der Grundstoffindustrie, Kohle und Energie und der Ministerien für Erzbergbau, Metallurgie und Kali bzw. für Kohle und Energie sowie des Staatssekretariats für rationelle Energieanwendung und zentralgeleiteter VEB
4 Referate, 39 Mitarbeiter

Abteilung 4: Sicherung der Planungs- und Finanzorgane einschließlich der Staatlichen Plankommission und der Ministerien für Finanzen bzw. für Materialwirtschaft, der Zentralverwaltung für Statistik, des Bankwesens und der Banken, insbesondere der Staatsbank der DDR, sowie weiterer zentraler Organe wie der Ämter für Arbeit und Löhne bzw. für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung bzw. für Erfindungswesen und des Staatlichen Vertragsgerichts
6 Referate, 65 Mitarbeiter



3. Dem Stellvertreter Generaloberst Mittig unterstellte Dienststeinheiten

3.3. Hauptabteilung XVIII (HA XVIII)

Abteilung 5: Sicherung der Grundlagenforschung, insbesondere der naturwissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklungen, des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, der Akademie der Wissenschaften der DDR, weiterer Forschungseinrichtungen, der Kammer der Technik (KdT)
5 Referate; 55 Mitarbeiter

Abteilung 6: Sicherung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, des Umweltschutzes und der Wasserwirtschaft und der Ministerien für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bzw. für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL), der Lehr- und Leistungsschau "agra"
5 Referate, 50 Mitarbeiter

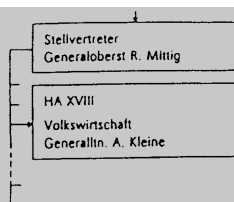
Abteilung 7: Sicherung des Außenhandels und des Ministeriums für Außenhandel (ohne den Bereich Kommerzielle Koordinierung/KoKo) sowie von Außenhandelsbetrieben und des Lizenzhandels
4 Referate; 28 Mitarbeiter

Abteilung 8: Sicherung der Elektrotechnik, Elektronik und des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik sowie direkt unterstellte Betriebe und Einrichtungen
9 Referate; 70 Mitarbeiter

Abteilung 9: Sicherung der Reise- und Auslandskader, des Dienstreiseverkehrs sowie Koordinierung mit Geheimdiensten sozialistischer Staaten
3 Referate; 21 Mitarbeiter

Abteilung 10: Sicherung des Schwermaschinen- und Anlagenbaus sowie des Werkzeugmaschinen- und Verarbeitungsmaschinenbaus und der Ministerien für Schwermaschinen- und Anlagenbau bzw. für Werkzeugmaschinen- und Verarbeitungsmaschinenbau
5 Referate; 41 Mitarbeiter

Abteilung 11: Sicherung der Leichtindustrie, der Lebensmittelindustrie, des Handels und der Versorgung sowie der Glas- und Keramikindustrie, der Ministerien für Leichtindustrie, für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie, für Handel und Versorgung sowie für Glas- und Keramikindustrie, der Hauptdirektion der Handelsorganisation (HO) und des Verbandes der Konsumgenossenschaften
4 Referate; 36 Mitarbeiter



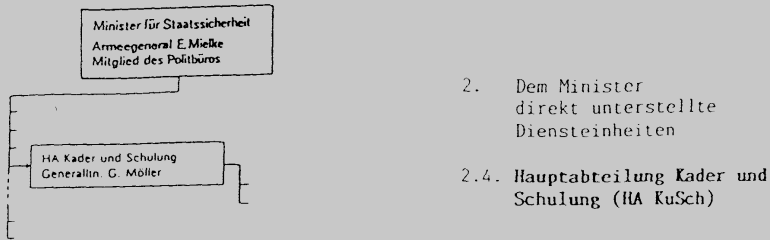
3. Dem Stellvertreter Generaloberst Mittig unterstellte Dienstseinheiten

3.3. Hauptabteilung XVIII (HA XVIII)

Abteilung 12: (Ist im Rahmen der Umorganisation der HA XVIII nicht eingerichtet worden)

Abteilung 13: Sicherung der chemischen Industrie und des Ministeriums für Chemische Industrie

Abteilung 14: Koordinierung der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet (vornehmlich Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West): "Aufklärung von gegen die Industrie und Einrichtungen der DDR gerichteten Plänen, Absichten, Maßnahmen, Potentialen und Methoden, Spionageabwehr", Fahndungs- und Vergleichsarbeit sowie Sicherung der Handelsbeziehungen
7 Mitarbeiter



2.4. HAUPTABTEILUNG KADER UND SCHULUNG

Dienstsitz: Berlin-Lichtenberg, Normannen-/Gotlindestraße

Aufgabenstellung:

- Zentrale Planung und Bilanzierung des Kaderbestandes des MfS
- Gewinnung, Einstellung und Schulung neuer hauptamtlicher Mitarbeiter
- Kaderwerbung und Betreuung des militärischen Berufsnachwuchses
- Gewährleistung von Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des MfS
- MfS-interne Anleitung der Kaderarbeit in den anderen Dienstseinheiten einschließlich der HV A und der Kreisleitung der SED im MfS
- Entwicklung des Bestandes an Führungskadern und Zusammenarbeit mit dem Sektor MfS der Abteilung Sicherheit des ZK der SED
- Disziplinararbeit
- Gewährleistung der inneren Sicherheit im MfS

Personalbestand: 1 077 Mitarbeiter

Leiter der HA KuSch: Generalleutnant Dr. MÖLLER, Günter

Dem Leiter der HA KuSch unterstanden die Anleitungsbereiche AKG, AGL, AG Planung, das Sekretariat, der Bereich Disziplinar, die Abteilungen Kader 10 und 15 sowie die Bezirksverwaltung Berlin

1. Stellvertreter: Generalmajor Dr. WELLSCHMIED, Lothar

(Anleitungsbereiche: Abteilungen Kader 1, 2, 3, 4, 5, 12, SV Dynamo sowie die Bezirksverwaltungen Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Frankfurt/Oder)

Stellvertreter: Oberst Dr. SCHMIDT, Gunter

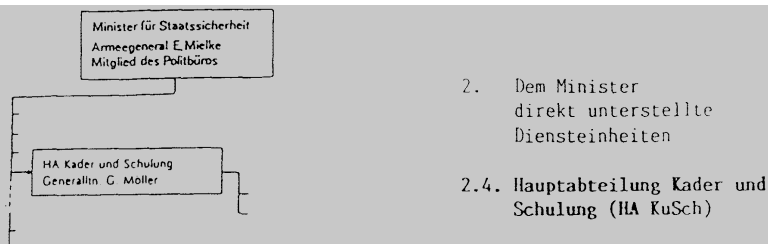
(Anleitungsbereiche: Abteilungen Kader 6, 7, 11, 13, AG Rückwärtige Dienste sowie die Bezirksverwaltungen Magdeburg, Halle und Leipzig)

Stellvertreter: Oberst GANSSAUKE, Gunter

(Anleitungsbereiche: Abteilung Kader 8 sowie die Bezirksverwaltungen Cottbus, Erfurt, Gera, Suhl, Dresden und Karl-Marx-Stadt)

Stellvertreter und Leiter Bereich Schulung: Oberst HENPEL, Manfred

(Anleitungsbereiche: Bereich Schulung, Hochschule des MfS, Wachregiment sowie Bezirksverwaltung Potsdam)



SED-Parteiorganisation der HA KuSch

Anleitungsbereich Leiter der HA KuSch:

=====

X Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG): Auswertungs- und Informations-
tätigkeit; Erfassung und Speicherung von Informationen; Erarbeitung
von Grundsatzdokumenten für die Kaderarbeit; Führung der Zentralkartei
(zentrale Mitarbeiterkartei)

44 Mitarbeiter
Kontrollgruppe
Bereich EDV
Eingabenstelle
Zentralkartei
VS-Stelle

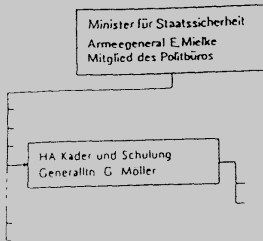
Arbeitsgruppe des Leiters (AGL): Mobilmachungsplanung; Ausbildungspla-
nung; Diensthabendengruppe

32 Mitarbeiter
AG Personelle Planung und Ergänzung
AG Mobilmachung
AG militärische und sportliche Ausbildung
OdH-Gruppe

Sekretariat des Leiters der HA KuSch:

33 Mitarbeiter
Referat 1: Auszeichnungen
Referat 2: Paß- und Meldewesen/Visa- und Meldestelle; Dienstauss-
weise und Wehrdokumente
AG Betreuung (Organisation von Bestattungen; Traditionsarbeit;
Öffentlichkeitsarbeit)

Abteilung Planung: Zentrale Planung und Bilanzierung des Kaderbedarfes des
MfS, Analyse zur quantitativen und qualitativen Entwicklung des
Gesamtkaderbestandes, Sicherung des Kaderersatzbedarfes, Stellen-
plannachweisführung
12 Mitarbeiter



2. Dem Minister
direkt unterstellte
Diensteinheiten

2.4. Hauptabteilung Kader und Schulung (HA KuSch)

Arbeitsgruppe Kader: Instruktorentätigkeit zur Kaderarbeit, Planung und Analyse
der Kaderarbeit
10 Mitarbeiter

Bereich Disziplinar:
141 Mitarbeiter

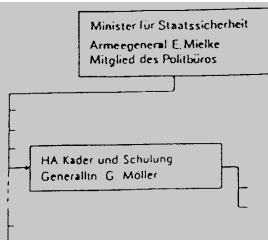
- Abteilung 1: Disziplinalgeschehen auf der Linie des 1. Stellvertreters
des Leiters der HA KuSch
16 Mitarbeiter
- Abteilung 2: Disziplinalgeschehen auf der Linie des Anleitungsbereiches
des Stellvertreters Oberst SCHMIDT
13 Mitarbeiter
- Abteilung 3: Disziplinalgeschehen auf der Linie des Anleitungsbereiches
des Stellvertreters Oberst GANSSAUGE
13 Mitarbeiter
- Abteilung 4: operativ-technische und materielle Sicherstellung der Arbeit
des Bereiches
74 Mitarbeiter
- Referat A/I (Auswertung und Information)
18 Mitarbeiter

Abteilung Kader 10: Entwicklung des Bestandes an Führungskadern, Zusammenar-
beit mit dem Sektor MfS der Abt. Sicherheit des ZK der SED, Arbeit
mit der Kaderreserve für Führungskader
(10 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 15: Innere Sicherheit im Personalbestand des Wachregiments
Berlin "Felix E. Dzierżyński"
(6 Referate; 43 Mitarbeiter)

Anleitungsbereich 1. Stellvertreter:
=====

Abteilung Kader 1: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in den Dienst-
einheiten Sekretariat des Ministers, SED-Kreisleitung, BdL, Abt.
XIII, ZAIG, Abt. XII, Abt. X, Rechtsstelle, HA IX, Abt. 26 und
Abt. XIV
(3 Referate; 31 Mitarbeiter)



2. Dem Minister
direkt unterstellte
Dienststeinheiten

2.4. Hauptabteilung Kader und Schulung (HA KuSch)

Abteilung Kader 2: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in den Dienst-
einheiten HA VI, HA VII, HA VIII, HA XXII, ZKG, AG XVII und Sekre-
tariat des Generalleutnant Neiber
(3 Referate; 46 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 3: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in der HVA
(4 Referate; 30 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 4: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit der HA I
(2 Referate ; 30 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 5: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in der
HA PS (Personenschutz)
(16 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 12: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in der
HA II, der Abt. M, des ZMD und der AGM
(49 Mitarbeiter)

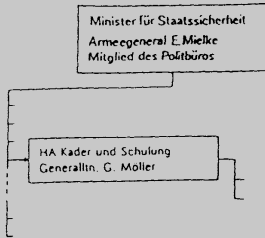
Anleitungsbereich Stellvertreter (Dr. Schmidt):
=====

Abteilung Kader 6: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in den Dienst-
einheiten OTS, Abt. N, Abt. IX, Abt. BCD und Sekretariat General-
leutnant Schwanitz
(3 Referate; 43 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 7: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in den Dienst-
einheiten HA XVIII, HA XIX, HA XX, AG BKK, ZOS, ZAGG, AGE, VRD,
Abt. Finanzen und Sekretariat Generaloberst Mittag
(4 Referate ; 51 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 11: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit in der
HA III
(4 Referate; 33 Mitarbeiter)

Abteilung Kader 13: Zuständig für die Anleitung der Kaderarbeit im Spezial-
hochbaubetrieb (SHB) des MFS
(3 Referate; 25 Mitarbeiter)



2. Dem Minister
direkt unterstellte
Diensteinheiten

2.4. Hauptabteilung Kader und
Schulung (HA KuSch)

Abteilung Rückwärtige Dienste: materiell-technische und finanzielle Sicher-
stellung, Kfz-Wesen
25 Mitarbeiter
Referat 1: Finanzen
Referat 2: materiell-technische Sicherstellung

Anleitungsbereich Stellvertreter (GANSSAUGE):
=====

Abteilung Kader 8: Zuständig für die Kaderwerbung, Sicherung der Berufsoffi-
ziers- und Berufsunteroffiziersbewerber, Betreuung des militärischen
Berufsnachwuchses
(4 Referate; 55 Mitarbeiter)

Anleitungsbereich Stellvertreter und Leiter Bereich Schulung:
=====

Bereich Schulung:
21 Mitarbeiter

Abteilung Fachschulausbildung
Abteilung Studienangelegenheiten
Abteilung militärische Ausbildung
Abteilung Fremdsprachenausbildung
Schule Gransee

Die Abteilung Kader 9 wurde im Januar 1989 aufgelöst.

Abteilung		Sicherungsmaßnahme		Polizei	Militär	GDR	NSD	Summe
Leitung	Leiter				1			1
	Stabschef				3	4	1	8
	Stabschef des Leiters				40	0		40
	Arbeitsgruppe des Leiters	AKG			7	1	1	9
	Arbeitsgruppe - Kontrollgruppe	AKG			35	11	1	53
ZGD-Grundorganisation								
Akt 1	Sicherung des Bauwesens	Sozialbauwesen, Ministerium für Bauwesen, Bauprogramm der DDR		5	25	3	1	29
Akt 2	Sicherung des Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbaus	Ministerium für Schwermaschinen und Anlagenbau Ministerium für Allgemeinen Maschinen- und Landmaschinenbau Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau Zentralplanische Kontrolle Sicherung der FDGB Zusammenfassenden Gewerkschaften mit ihren Ortsstellen und Einrichtungen Sicherung des Staatseinkaufs für Beschaffung und nachgelagerter Einrichtungen		3	32	1	4	39
Akt 3	Sicherung der Grundstoffindustrie und Energiewirtschaft	Ministerium für Kohle und Energie Ministerium für Erdöl, Gas, Wärme und Kraft Staatsplanische Kontrolle für industrielle Energieversorgung Zentralplanische Kontrolle		4	39	10		49
Akt 4	Sicherung der Planung- und Finanzorgane und des Bankwesens zentralisierte Organe	Staatliche Plankommission Ministerium der Finanzen Ministerium für Volkswirtschaft Zentralverwaltung für Statistik Statistik Kasse für Arbeit und Löhne Amt für Zensurierung Amt für Maßnahmen und Warenprüfung Amt für Erdölvergessen Staatliches Vermögensamt		6	55	22	3	90
Akt 5	Sicherung der Grundlagenforschung, der Naturwissenschaftlichen Forschung	Ministerium für Wissenschaft und Technik Akademie der Wissenschaften der DDR Forschungsinstitutionen Kammer der Technik		5	55	12	4	71
Akt 6	Sicherung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, des Umweltschutzes und Wasserwirtschaft	Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Ministerium für Lebensmittel- und Wasserwirtschaft Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR VPE- und Landwirtschafts-Verträge		5	50	12	9	68
Akt 7	Sicherung der Außenhandels	Ministerium für Außenhandel Volkswirtschaftliche Koordinationsstelle Außenhandelsbank Zentralbank		4	28	2	2	35
Akt 8	Sicherung der Elektrotechnik Elektronik	Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik Zentralisierte Betriebe und Einrichtungen		9	70	4	2	81
Akt 9	Sicherung der Rüst- und Außenhandels	Rüst- und Außenhandelsamt Einrichtung für den Export von Rüstungsgütern Koordinierung der Gefährdungen aus anderen Ländern		3	21	1	0	28
Akt 10	Sicherung des Schwermaschinen- und Anlagenbaus, des Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbaus	Ministerium für Schwermaschinen und Anlagenbau Ministerium für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau		5	41	6	4	51
Akt 11	Sicherung der Leicht- und Lebensmittelindustrie, Handel und Versorgung, Glas- und Keramik	Ministerium für Leichtindustrie Ministerium für Leichtindustrie Industrie und Lebensmittelindustrie Ministerium für Glas- und Keramik Ministerium für Handel und Versorgung Hauptstellen der Handelsorganisationen (HGO) Zentralplanische Kontrolle		4	36	4	5	49
Akt 12	offene Situation				0	0	0	0
Akt 13	Sicherung der chemischen Industrie	Ministerium für Chemische Industrie		4	29	3	0	32
Akt 14	Koordinierung der Arbeit in und nach dem Operationsgebiet vornehmlich Bundesrepublik und West-Berlin	Ausführung von gegen die Industrie und Einrichtungen der DDR gerichteten Plänen, Absätzen, Maßnahmen, Protesten, Methoden Sicherungsmaßnahmen Friedens- und Versöhnungsarbeit Sicherung der Handelsbeziehungen			7	0	0	7
Akt 15	Hochwertige Dienstleistungen				47		13	50
Summe				87	811	122	47	1009

Bezirksverwaltungen des MfS**Hauptamtliche Mitarbeiter der Linie XVIII**

Berlin	130
Cottbus	47
Dresden	84
Erfurt	57
Frankfurt / Oder	47
Gera	56
Halle	66
Karl-Marx-Stadt	102
Leipzig	97
Magdeburg	73
Neubrandenburg	43
Potsdam	70
Rostock	79
Schwerin	48
Suhl	36
Summe	1035

Übersicht über Nomenklaturen				
Nomenklaturstufe	Parteiapparat	Staatsapparat	Wirtschaftsapparat	Anlage
Politbüro	- ZK-Mitglieder - Sekretäre des ZK - 1. Sekretäre der Bezirksleitungen - Leiter zentraler Parteiinstitutionen	- Staatsrat - Ministerrat - Vorsitzender der Staat. Plankommission	- Fachminister	
I	- Abteilungsleiter und deren Stellvertreter des ZK-Apparates - Leitende Mitarbeiter zentraler Partei-Institutionen - Sekretäre der Bezirksleitungen - Parteiorganisatoren von Kombinat und wichtigen Großbetrieben - 1. Sekretäre der Kreisleitungen - Leiter der Bezirksparteischulen	- Minister - Stellvertretende Minister - Stellv. Vors. der Staat. Plankommission - Leiter und Stellvertreter zentraler Staatsorgane - Vorsitzender des Rates des Bezirkes - 1. Stellv. des Vors. des Rates des Bezirkes - Mitglieder der Räte der Bezirke - Leiter der Bezirksinspektionen der Arbeiter- und Bauinspektion (AB) - Vorsitzender der Räte der Kreise	- Generaldirektoren von Kombinat und Außenhandelsunternehmen - Direktoren wichtiger Großbetriebe - Leiter von Großbaustellen - Vorsitzende der Bezirkswirtschaftsräte	
II	- Sekretäre von Kreisleitungen - Sekretäre von Grundorganisations wichtiger Betriebe bzw. Bereiche - Leiter von Kreis- und Betriebschulen des Marxismus-Leninismus	- Abteilungsleiter, Sektorenleiter, Leiter von Fachabteilungen zentraler Organe - Leiter von Stabsabteilungen zentraler Staatsorgane - Leiter von ökonomisch bzw. juristisch selbständigen Einrichtungen - z. B. Reisebüro - Abteilungsleiter der Räte der Bezirke - 1. Stellv. des Vors. des Rates des Kreises - Mitglieder der Räte der Kreise	- Fachdirektoren und Abteilungsleiter von Kombinat - Fachdirektoren wichtiger Großbetriebe - Betriebsdirektoren und deren Stellvertreter mittelgroßer Betriebe - Leiter von Betriebsteilen - Hauptbuchhalter - Stellv. Vorsitzende und Abteilungsleiter der Bezirkswirtschaftsräte	
III	- hauptamtliche Mitarbeiter der Kreisleitungen - Sekretäre von Grundorganisations	- Kreisbaudirektoren - Stadtbauinspektoren - Abteilungsleiter der Räte der Kreise	- Betriebsdirektoren kleiner Betriebe - Fachdirektoren und Abteilungsleiter von mittelgroßen Betrieben - Fachdirektoren und Meister	

Kadernomenklatur des ZK der SED

Beschlußorgane des ZK der SED

Stand 23.04.1987

Abteilungen des ZK der SED	Politbüro	Sekretariat	Kaderkommission	Kontrollnomenklatur der Abt. des ZK der SED	Summe
Agitation	5	227	35	350	617
Agitationskommission	18	0	2	0	20
Auslandsinformation	3	44	13	31	91
Bauwesen	3	64	13	112	192
Befreundete Parteien	7	14	5	36	62
Büro des Politbüros	1	9	34	32	76
Finanzverwaltung und Parteibetriebe	1	10	22	77	110
Forschung und technische Entwicklung	2	39	10	113	164
Frauen	2	15	7	47	71
Gesundheitspolitik	3	37	9	152	201
Gewerkschaften und Sozialpolitik	3	92	11	40	146
Grundstoffindustrie	5	144	18	37	204
Handel, Versorgung, Außenhandel	3	181	17	53	254
Internationale Politik und Wirtschaft	2	7	41	6	56
Internationale Verbindungen	5	316	56	557	934
Jugend	2	75	9	78	164
Kaderfragen	2	86	18	19	125
Arbeitsgruppe Kirchen	2	1	3	6	12
Kultur	3	71	22	178	274
Landwirtschaft	3	100	23	221	347
Leicht-, Lebensmittel u. bezirksgel. ind.	4	124	15	132	275
Maschinenbau u. Metallurgie	6	170	25	52	253
Parteiorgane	17	550	71	16	654
Parteorganisationen / BGL	0	5	4	0	9
Planung und Finanzen	14	190	25	85	314
Propaganda	2	42	71	324	439
Redaktion "Einheit"	13	7	17	0	37
Redaktion "Neuer Weg"	18	5	13	0	36
Sicherheitsfragen	6	19	30	275	330
Sozialistische Wirtschaftsführung	2	19	7	283	311
Sport	3	20	4	162	189
Staats- und Rechtsfragen	52	96	16	80	244
Transport- u. Nachrichtenwesen	4	80	14	216	314
Verkehr	1	8	11	0	20
Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe	1	9	6	0	16
Volksbildung	3	26	13	35	77
Wissenschaft	4	51	22	231	308
Zentrale Parteikontrollkommission	0	19	7	0	26
Zentrale Revisionskommission	0	18	8	6	32
Akad. für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED	1	12	222	0	235
Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED	1	13	286	0	300
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED	1	12	172	0	185
Dietz Verlag	1	12	62	0	75
Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED	1	4	74	0	79
Gesamt	230	3043	1563	4042	8878

Stand 23.04.89			
Abteilung des ZK der SED:		Wissenschaft	Volkbildung
Politbüro		4	3
Partei			
Leiter der Abt.		1	1
Staatsapparat			
Minister			
Präsident der Akademie der		1 für Hoch- und Fachschulwesen	1 für Volkbildung
Generalsekretär der		1 Wissenschaft der DDR	1 Pädagogischen Wissenschaften der DDR
		1 Akademie der Wissenschaften der DDR	
		4	3
Sekretariat		51	26
Partei			
Stellvertreter des Leiters der Abteilung		2	1
Stellvertreter des Leiters der Abteilung und Sektorenleiter		4	1
Sektorenleiter			
Sekretäre der Bezirksleitungen der SED für		3 Wissenschaft und Volkbildung	
Sekretäre der Grundorganisation der SED im		1 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	1 Ministerium für Volkbildung
Sekretäre der Grundorganisation der SED in			1 der Akademie der Pädagogischen W. der DDR
		10	4
Staatsapparat			
Ministerium			
Staatssekretär		1 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	1 Ministerium für Volkbildung
Stellvertreter des Ministers		8 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	5 Ministerium für Volkbildung
weitere Nomenklaturfunktionen			1 Leiter der Hauptschulinspektion
		1 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz	1 Vorsitzender des Ausschusses für Volkbildung der
		1 Präsident (Staatssekretär)	1 Leiter der Inspektion Bildung und Kultur beim Komitee der
		1	1 ABI
		1 Repräsentant der Nationalen Mitgliederorganisation (NMO)	1 Vorsitzender des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe
			1 der DDR
Wissenschaftliche Einrichtungen			
Vizepräsidenten		1 der Akademie der Akademie der Wissenschaften der DDR	1 1 Stellvertreter des Präsidenten und Vize- präsident der
Rektoren der		4 Universitäten, Hochschulen und Fachschulen	1 Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
		28	9 Pädagogischen Hochschulen
		41	20
Kaderkommission		22	13
Politische Mitarbeiter		21	12
Sachbearbeiter für Kadertagen		1	1
		22	13
Kontrollnomenklatur		231	35
Partei			
Sekretäre der Grundorganisation der SED für		an Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien	25 VE Verlag "Volk und Welt"
Sekretäre der Grundorganisation der SED		des Zentralinstituts für Hochschulbildung	1 Pionierpalast
			1 Zentraler Ausschuss für Jugendweihe der DDR
			10 Pädagogische Hochschulen
Staatsapparat			
Ministerium			
Hauptabteilungsleiter		32	8 Hauptabteilungsleiter
Leiter der Studentenabteilung bei der Botschaft der DDR in Moskau		1	1 Leiter Kader und Schulung
		1 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz	1 Zentraler Ausschuss für Jugendweihe der DDR
		3 Vizepräsidenten	2 Sekretäre
			1 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission
Wissenschaftliche Einrichtungen			
Akademie		der Wissenschaften der DDR	der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
		1 Leiter der Forschungsbereiche	6 Generalsekretär der Akademie der Pädagogischen
			1 Wissenschaften der DDR
		1 Stellvertreter des Leiters des Forschungsbereiches	
		2 Gesellschaftswissenschaften	
		1 Direktor für Kader und Schulung	
		12 Direktoren der gesellschaftswiss. Zentralinstitute-Institute	
		1 Universitäten, Hochschule, Medizinische Akademie	
		28 1. Prorektoren	
		28 Prorektoren für Gesellschaftswissenschaften	
		26 Prorektoren für Naturwissenschaften und Technik	
		8 Prorektoren für Medizin	
		28 Prorektoren für Erziehung und Ausbildung	
		9 Direktoren der Sektionen für Marxismus-Leninismus der	
		1 Universitäten	
		1 Direktor des Zentralinstituts für Hochschulbildung	
weitere Kontrollnomenklaturfunktionen			
		1 Direktor des Franz-Mehring-Instituts Leipzig	1 VE Verlag "Volk und Welt"
		1 Direktor des Museums für Deutsche Geschichte	1 Hauptdirektor
		1 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Räte für die	3 Direktoren
		1 gesellschaftswissenschaftlichen Forschung	
		14 Vorsitzender der Historiker-Gesellschaft der DDR	
		1 Vorsitzender der Gesellschaft für Psychologie	
Presse		4 Chefredakteure wissenschaftlicher Zeitschriften	1 Chefredakteur der "Deutschen Lehrerzeitung"
		231	35
Gesamt		308	77

Abbildung 1. Kadernomenklatur für Leitungsfunktionen im MfS¹¹

Institution	Positionen 1953/54	1957	1960	Institution	1981	ab 1985
Politbüro	Staatssekretär Stellv. Staatssekretär Leiter von Hauptabteilungen im Generalstab Leiter der Bezirksverwaltungen Leiter der HA Trapa sowie alle Ernennungen und Beförderungen von Generalen (nur Dienstgrad)	Minister Stellv. Minister Ernennungen und Beförderungen von Generalen (nur Dienstgrad)	Minister Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Generalen (nur Dienstgrad)	Politbüro	Minister Ernennung, Beförderung und Entlassung von Generalen (nur Dienstgrad)	ab 1981 wie 1981
Sicherheitskommission beim ZK bzw. ab 1960 Nationaler Verteidigungsrat	keine Angabe	Leiter von Hauptabteilungen Leiter von Bezirksverwaltungen 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Leiter der Hochschule des MIS Kommandeur des Wachregiments Politstellvertreter des Kommandeurs des Wachregiments	Stellv. Minister Leiter der HV B Stellv. Leiter der HV A Stellv. Leiter der HV B Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen Leiter der Bezirksverwaltungen und Objektwahlverwaltung Wismut Kommandeur des Wachregiments Politstellv. des Kommandeurs des Wachregiments	Nationaler Verteidigungsrat	Stellv. Minister Stellv. Leiter der HV A Leiter der AGM Leiter der ZAIG Leiter der HA I, II, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KaSch Leiter der VRD Rektor der Hochschule des MIS Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltung Wismut Kommandeur des Wachregiments	Stellv. Minister nur 1. Stellv. Leiter der HV A Leiter der AGM Leiter der ZAIG Leiter der HA I, II, XVIII, XIX [Leiter der VRD gestrichen] Rektor der Hochschule des MIS Leiter der Bezirksverwaltungen [Verwaltung Wismut entfällt] Kommandeur des Wachregiments
Sekretariat des ZK	Leiter von Hauptabteilungen 1. Sekretär der SED-Parteioorganisation Leiter von Schulen des MIS Kommandeur des Wachregiments Politstellv. des Kommandeurs des Wachregiments Stellv. Leiter der HA Trapa	keine Angabe	keine Angabe	Sekretariat des ZK	1. Sekretär der SED-Kreisleitung 2. Sekretär der SED-Kreisleitung	wie 1981
Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK (Kontrollnomenklatur)	Stellv. Hauptabteilungsleiter Parteiorganisation der Bezirksverwaltungen	Stellv. Leiter von Hauptabteilungen Leiter von selbständigen Abteilungen Leiter der Schule Tietzow Stellv. Leiter von Bezirksverwaltungen Sekretär der SED-Kreisleitung Parteiorganisator der Hochschule des MIS, der HV A und der HA I Beförderungen zum Dienstgrad Oberst	keine Angabe	Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK (Kontrollnomenklatur)	Stellv. Leiter der VRD Stellv. Leiter der HA I, II, III, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KaSch Leiter des OTS, Abt. XI, Abt. XII, Abt. M, Abt. N, ZAIG, Abt. Finanzen, ZMD Leiter der HV A-Abteilungen Leiter der SWT der HV A Leiter der Schule der HV A 1. Stellv. Leiter der AGM Sekretär für Propaganda der SED-KL Stellv. des Kommandeurs und Stabschef des Wachregiments Stellvertreter der BVA-Leiter	Stellv. Leiter der VRD Stellv. Leiter der HA I, II, III, VI, VII, VIII, IX, XVIII, XIX, XX, PS, KaSch Leiter des OTS, Abt. N, ZAIG, Abt. Finanzen, ZMD 3. Stellv. Leiter der AGM Sekretär für Propaganda der SED-KL Politstellv. und 1. Stellv. des Kommandeurs des Wachregiments 2. Stellv. Leiter der BVA-Leiter ¹⁾

¹¹ Anlage 4 zum Protokoll 68/5 der Sitzung des Politbüros am 8.9.1953, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (künftig: SAPMO) im Bundesarchiv (künftig: BA), Zentrales Parteiarchiv (künftig: ZPA), 1 IV 22/322, Bl. 77; Anlage 2 zum Protokoll 11/54 der Sitzung des Politbüros am 23.2.1954, SAPMO-BA, ZPA, 1 IV 22/349, Bl. 33-38, Vorschlag für eine Nomenklatur der leitenden Kadern des Ministeriums für Staatssicherheit vom 3.4.1957, BA, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (künftig: MZAP) VA 01/39557, Bl. 19-20, Protokoll der 1. Sitzung des NVR, 16.3.1960, S. 3, BA, MZAP-VA 01/79458, Briefwechsel zwischen Mielke und Hager sowie Beschlußprotokolle des NVR vom 1980, BStU, ZAM, 26, Bl. 38-72.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Anstome der Staatssicherheit-Geschichte, Stützpunkt Methoden
MIS-Handbuch: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit

K a d e r n o m e n k l a t u r

der Kreisleitung Greifswald der SED

Greifswald, den 14.07.1989

Nach folgender Reihenfolge: - Staatl.Organe
- Sicherheit
- Jugend und Sport
- Frauenkommission
- Parteiorgane und Sekretariat
- Wirtschaft
- Landwirtschaft
- WGVK
- Agit./Prop.

Nomenklatur Abt. Wirtschaft1. Kader, die zur Nomenklatur des ZK gehören:

<u>Funktion:</u>	<u>beschließendes Organ:</u>	<u>abzustimmen mit:</u>	<u>Bemerkungen:</u>
Sekretär der XL Wirtschaft	Sekretariat BL	ZK	
Parteiorganisator des ZK VEK KKW "Bruno Leuschner"	Sekretariat ZK	ZK	
Parteiorganisator des ZK Bauvorhaben KKW "Nord"	Sekretariat ZK	ZK	
Mitglieder u. Kandidaten des ZK der SED	Sekretariat ZK	ZK	
Teilnehmer am Studium PHS, Akademie, RPS	Kaderkommission ZK/BL	BL/ZK	
Abgeordnete u. Nachfolge- kandidaten Volkskammer Mandat SED	Sekretariat ZK	ZK	
Generaldirektor des VE K KKW "Bruno Leuschner"	Sekretariat ZK	ZK	
Präsident RbU Greifswald	Sekretariat ZK	ZK	
Direktor für Produktion VE K KKW "Bruno Leuschner"	Sekretariat ZK	ZK	

2. Kader, die zur Nomenklatur der BL gehören:

<u>Funktion:</u>	<u>beschließendes Organ:</u>	<u>abzustimmen mit:</u>	<u>Bemerkungen:</u>
Mitglieder der BL und Kandidaten der BL	Sekretariat BL	BL	
Leiter der Politabt. RbU und Reichsbahnbaudirektion Greifswald	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft BL	

<u>Funktion:</u>	<u>beschließendes Organ:</u>	<u>abzustimmen mit:</u>	<u>Bemerkungen:</u>
Stellv. Parteisekretär der ZPL VE K KKW "BL"	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft BL	
Stellv. Parteisekretär der GO Großbaustelle KKW "Nord" Lubmin	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft BL	
1. Stellv. des Generaldirektors des VE K KKW "BL"	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft BL	
Vizepräsidenten der Rbd für - Ökonomie - Bahnanlagen - Transport u. Fahrzeuge - Prozeßautomatisierung - Führverbindungen	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft ZK	
Direktor Bauvorhaben KKW "Nord" Lubmin	Sekretariat BL	Abt. Wirtschaft ZK	
Abteilungsleiter Wirtschaft SED KL Greifswald	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft BL	
Direktor der Industriebank- filiale Kernkraftwerke	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft BL	
Direktoren des KKW "BL" - Kader/Bildung - Forschung/Entwicklung - Technik/Investitionen	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft BL	
Direktor VEB Nachrichten- elektronik Greifswald	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft BL	

3. Kader, die zur Nomenklatur der KL gehören:

Funktion:	beschließendes Organ:	abzustimmen mit:	Bemerkungen:
Partei- u. AP0-Sekretäre des Bereiches Wirtschaft	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
Kaderleiter Rbd Greifswald	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
Großbaustelle der DSF	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL/BL	
KKW Nord Lubmin			
- 1.Stellv.d.Baustellendir.			
- Direktor Kader u.Bildung des GAN			
- Direktor Sicherheit			
VE K KKW "Bruno Leuschner"	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL/BL	
- Direktor Ökonomie			
- <i>Direktor der Betriebskader</i>			
VEB NEG	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL/BL	
- Direktor Forschung und Entwicklung			
- Direktor Maritime Technik			
- Direktor Kader/Bildung			
Sekretäre des FDGB-KV	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
- Stellv.Vorsitzender			
- Arbeit u. Löhne			
- Kultur u. Bildung			
- Agit./Prop.			
- Sozialpolitik			
Vorsitzender der IG und Gewerkschaften	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
- Bau-Holz			
- Metall			
- Land-u.Forstwirtschaft			
- Handel,Nahrung u.Genuß			
- Staatsorgane und Kommunalwirtschaft			
- Gesundheitswesen			
- Unterricht u. Erziehung			
- Transport u. Nachrichtenwesen			

Funktion:	beschließendes Organ:	abzustimmen mit:	Bemerkungen:
Bgl-Vorsitzende	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
- KKW "Bruno Leuschner"			
- Vorsitzender KRK d.FDGB-KV			
+ Kaderspiegel des KV und KRK des FDGB			
Betriebsdirektoren	Sekretariat KL	Abt. Wirtschaft KL	
- WRK Pt 6 Greifswald			
- BMK Industriebau			
- BMK Ausbau			
- DR Kraftwagenausbesserungswerk			
- Kfz-IKR "Ostseetrans"			
- Post- und Fernmeldeamt			
- HO Greifswald			
- GHG Greifswald			
- Konsumvorstandsvorsitzender			
- RWN Gützkow			
- VEB Ostseetrans Pt Greifswald			
- Beton Nord			
- AER Betrieb Instandhaltung u. Rationmittelbau			
- VEB Wohnraummöbel Pt 2 Greifsw.			
VEB Kleiderwerke Greifswald			
- Kreisbauhof Gützkow			
- Energiekombinat Pt Greifswald			
- Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Greifswald			
- VEB Kohlehandel Ndlg.Greifswald			
- VEB Gebäudewirtschaft			
- Vorsitzender der AWG Greifswald			
- Kreisfiliale der Staatsbank der DDR			
- Greifswalder Brauerei des VEB			
- Getränkekombinates Rostock			
- VEB Kombinat Dienstleistungen			
- Baumechanik Nord			
- VEB Ostseedruck			
- VEB Bau Greifswald			

Funktion: _____ beschließendes Organ: _____ abzustimmen mit: _____ Bemerkungen:

Betriebsdirektoren Sekretariat KL Abt. Wirtschaft KL

- Leiter der Zentral-
verwaltung für Statistik
Greifswald

- Vorsitzender der Geschäfts-
stelle der Handwerks-
kammer Greifswald

Kontrollnomenklatur der Abteilung Wirtschaft

Kaderspiegel der Parteilösungen und APO-Leitungen

Kaderleiter der Betriebe

- FMK Kohle/Energie
- KKW "EL" (Bereichsdirektoren)

- NEG

- FMK IHB Industriebau

- FMK IHB Ausbau

- KAW

- Post- und Fernmeldeamt

- HO Greifswald

- Konsumentgenossenschaft

- Getränkekombinat

Leiter der staatlichen Bauaufsicht
Stadt und Kreis Greifswald

Leiter der Technischen Überwachung Greifswald

Leiter der Außenstelle DR Entwurf u. Vermessung

Direktor Staatliche Versicherung Greifswald

Direktor Kreissparkasse Greifswald

Direktor der Bank für Handwerk und Gewerbe

Direktor VEB Wittenberger Kinderbekleidung BT Greifswald

Leiter des Reisebüros Greifswald
 Bereichsleiter der Volkswerft Stralsund, BT Greifswald

- . Schiffsreparaturen
- . Schiffsanlagenbau

Vorsitzende der PCH

- . Farbenskala
- . Einheit
- . Friseure
- . Bauhütte

Direktoren

- . DR Rechenstation Greifswald
- . Maschinelles Rechnen, BT Greifswald
- . GHG WtB Greifswald
- . VEB Hafen Greifswald
- . SCB Textil, NL Greifswald
- . VEB Gartengestaltung
- . GHG Haushaltswaren

Vorsitzender des Kreisaktivs der KdF Greifswald

Kreisleitung Greifswald der SED
- 20 -

Greifswald, den 4.08.1989

O r d n u n g

zur Arbeit mit der Kadernomenklatur der Kreisleitung
Greifswald

I. Zur Arbeit mit den Kadern

1. In die Kadernomenklatur sind die entscheidenden Funktionen der Partei, des Staates, der Wirtschaft und anderer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens entsprechend der Festlegungen durch das Sekretariat der Kreisleitung aufzunehmen.
Die Besetzung der Nomenklaturfunktion und die Arbeit mit den Nomenklaturkadern erfolgen auf der Grundlage dieses Beschlusses.

Die Kadernomenklatur gliedert sich in

- Kadernomenklatur des ZK
- Kadernomenklatur der BL
- Kadernomenklatur der KL

2. Nomenklaturkader dürfen nur mit Zustimmung des für die Nomenklatur verantwortlichen Parteiorgans bestätigt oder abberufen werden.
Übergeordnete Parteiorgane dürfen den Einsatz von Kadern in Nomenklaturfunktionen oder ihre Abberufung nur auf Beschluß bzw. mit Zustimmung der Parteiorgane vornehmen, in deren Nomenklatur die Kader sind.
Die Kreisleitungen sind für die kaderpolitischen Prüfungen ihrer Nomenklaturkader verantwortlich.

3. Im Auftrage des Sekretariats der Kreisleitung haben die Verantwortung für die Einhaltung des Beschlusses über die Arbeit mit der Kadernomenklatur die Abt. Parteiorgane, Pol.Mitarbeiter für Kader und Kaderregistratur für das Gesamtgebiet und alle anderen Abteilungen der Kreisleitung für ihre Teilgebiete.

Jeder Abteilungsleiter ist für die Besetzung der Nomenklaturfunktion entsprechend diesem Beschluß verantwortlich. Das trifft zugleich für die Kader der Kontrollnomenklatur ihrer Verantwortungsbereiche zu.

Es gilt, die Nomenklaturkader politisch-ideologisch und fachlich aus- und weiterzubilden und Maßnahmen dazu festzulegen.

Über die Entwicklung der Nomenklaturkader ist bei Wahlen, Funktionswechsel bzw. alle 2 bis 3 Jahre eine schriftliche Beurteilung anzufertigen und in die Parteiakte zu geben.

4. Mit der Vorlage für die Bestätigung von Nomenklaturkadern im Sekretariat der Kreisleitung sind an die Mitarbeiter für Kader/Kaderregistratur die vollständigen Parteiakte mit dem neuesten Stand einzureichen.
Durch die Mitarbeiter Kader/Kaderregistratur werden die Vorlagen der Kaderkommission vorgetragen.
Die Kaderkommission entscheidet über die weitere Vorbereitung der Vorlagen und das Einreichen der Vorlagen zur Bestätigung im Sekretariat der Kreisleitung.
5. Jede Abteilung der Kreisleitung ist für die Arbeit mit der Kaderreserve der Kreisleitung verantwortlich.
Bei der Bildung der Kaderreserve ist Prinzip, daß ein Genosse nur in der Kaderreserve eines Organs sein kann.
Die Mitarbeiter Kader/Kaderregistratur informieren die staatlichen Organe, welche Funktionäre in der Nomenklatur und in der Kaderreserve der Kreisleitung erfaßt sind.
Die staatlichen Organe erarbeiten auf der

Grundlage dieses Beschlusses eine Ordnung über die Arbeit mit der Kadernomenklatur in ihrem Verantwortungsbereich.

II. Zur Führung der Kaderunterlagen

1. Ein Hilfsmittel bei der Auswahl und dem Einsatz von Kadern in Nomenklaturfunktionen sind die Kaderunterlagen.

Dazu gehören:

- die Kaderakte
- der Dossier
- die Funktionskartei
- die in der EDV eingesetzten Datenträger
- Mikrofilme

Kaderunterlagen sind Verschlusssache!

2. Die Abteilungen der Kreisleitung sind berechtigt, Dossiers von Kadern der Nomenklatur und der Kaderreserve der Kreisleitung anzulegen.

Sie führen über die Dossiers einen Nachweis.

Mikrofilme werden im Bereich Kaderregistratur aufbewahrt.

3. In der Kaderakte sind folgende Dokumente aufzunehmen:

- vom Nomenklaturkader ausgefüllte Parteifragebogen, Lebensläufe, Ergänzung zum Fragebogen, Paßbild, Kurzbiographie
- Beurteilungen
- Beschlüssauszüge
- Aktennotizen über Kadergespräche
- Nachweis über Aus- und Weiterbildung
- eine dem neuesten Stand entsprechende Kurzbiographie
- zwei Zeugenaussagen
- alle vorhandenen Parteiunterlagen
- bei Schulbesuch ein Gesundheitszeugnis

Von hauptamtlichen Mitarbeitern des Parteiapparates ist die Personalakte Bestandteil der Kaderakte der Partei.

Dossiers beinhalten folgende Duplikate:

- die Kurzbiographie
- die letzte Beurteilung
- Aktennotizen über Kadergespräche

Die Mitarbeiter Kader/Kaderregistratur sind berechtigt, sich in den Abteilungen der Kreisleitung mit dem Inhalt der Dossiers vertraut zu machen.

Von Organen der Partei erarbeitete Beurteilungen und Einschätzungen verbleiben nur bei den Parteiunterlagen!

4. Die Funktionskartei ist durch die Abteilungen zu führen, zu erfassen sind alle Nomenklaturkader sowie die Kaderreserve. Die Duplikate werden in der Kaderregistratur der Kreisleitung aufbewahrt.
5. Zur Gewährleistung der Wachsamkeit, Sicherheit und Ordnung im Umgang mit Kaderunterlagen wird festgelegt:
 - a) In die Kaderakten können Einsicht nehmen:
 - Mitglieder des Sekretariats der Kreisleitung, sie erhalten auf Anforderung die Unterlagen zugestellt.
 - Einsicht in die Kaderunterlagen der Mitglieder und Kandidaten der Kreisleitung der SED darf nur mit Zustimmung des 1. Sekretärs oder 2. Sekretärs der Kreisleitung genommen werden.
 - b) Die Abteilungsleiter der Kreisleitung oder ein von ihm benannter Mitarbeiter können in der Kaderregistratur in die Unterlagen der Kader ihres Arbeitsgebietes Einsicht nehmen.

Die Ordnung wurde auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED über die Arbeit mit den Kadern vom 07. Juni 1977 erarbeitet.

Folgende Unterlagen sind bei Nomenklaturkaderveränderungen zu erarbeiten:

- | | | |
|---|--|------|
| 1. Für den abzuberaufenen Kader: | Begründung | 2 x |
| | Beurteilung | 2 x |
| 2. Für den zu berufenen Kader: | Fragebogen | 1 x |
| | Kurzbiographie | 16 x |
| | Beurteilung | 2 x |
| | Begründung | 2 x |
| | Paßbilder | 2 x |
| | Zeugnisablichtun- | |
| | gen | 1 x |
| | Erklärung zur | |
| | Kontakten NSW | 1 x |
| 3. Zur Delegierung an
Parteischulen: | wie unter Punkt 2 | |
| dazu: | <ul style="list-style-type: none"> - von 2 Genossen der GO
oder APO je eine kurze
Einschätzung über den zu
delegierenden Genossen - ein Gesundheitszeugnis - Einsatzvorschlag für seine
Tätigkeit nach der
Parteischule | |

Richtlinien des Politbüros im Bereich der Nomenklatura der Kader der Parteiinstanzen mit einer Liste der Führungsstellen, die der Nomenklatura von KC, KW, KP (KM, KD) unterstehen *

(Wytyczne Biura Politycznego w sprawie nomenklatury kadr instancji partyjnych z wykazem stanowisk objętych nomenklaturą KC, KW, KP (KM, KD), in: Aneks Nr. 26, 1981, S.41-51)

Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der PZPR »über die weitere Verbesserung der Kaderpolitik und die Anhebung des Niveaus der Arbeit der Führungskader« lenkt die Aufmerksamkeit vor allem auf die Bedeutung der Grundsätze für die Bestätigung der Kader durch die Parteiinstanzen auf den wichtigsten Führungsstellen, welche der Nomenklatura der Parteiinstanzen unterstellt sind.

Die Nomenklatura der Führungskader ist nämlich für die Parteiinstanzen eines der grundlegenden Instrumente, das die Berufung von idealistischen und hochqualifizierten Personen auf Führungsstellen garantiert, die entsprechend den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes tätig sind.

1. Zur Vereinheitlichung der Grundsätze und des Ablaufs von Personalentscheidungen wird festgelegt, daß das Recht zur Entscheidung über die Besetzung einer Führungsstelle, die der Nomenklatura unterstellt ist, folgende Personen ausüben:

a) im Zentralkomitee – Politbüro, Sekretariat, Sekretäre, Abteilungsleiter (mindestens zwei Abteilungsleiter, darunter der Leiter der Kader-Abteilung);

b) in den Wojewodschaftskomitees – die Exekutiven, Sekretariate und Sekretäre des KW (mindestens zwei Sekretäre des KW);

c) in den Kreis-, Stadt- und Bezirkskomitees – die Exekutiven dieser Komitees.

Im einzelnen wird der Kompetenzbereich in der Vornahme von Personal-

* KC = Zentralkomitee, KW = Wojewodschaftskomitee, KP = Kreiskomitee, KM = Stadtkomitee, KD = Bezirkskomitee

entscheidungen durch die einzelnen Kollektive im Zentralkomitee durch das Politbüro bestimmt, in den Wojewodschaftskomitees durch die Exekutiven.

Die Parteiinstanzen jeder Ebene sind zur Vornahme von Personalentscheidungen berechtigt, die im Bereich ihrer Nomenklatura liegen. Die höheren Parteiinstanzen haben auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus das Recht zur Einsetzung von Kadern in Stellen, welche der Nomenklatura der niedrigeren Ebene unterstehen, sowie das Recht zur Aufhebung von falschen oder unpassenden Personalentscheidungen.

2. Die Führungsstellen einer bestimmten staatlichen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Institution können auch der Nomenklatura einer einzigen Parteiinstanz allein unterstellt werden.

Ausnahmen von diesem Grundsatz stellen dar:

Die Sekretäre von KW und KP, die Kommandanten der Wojewodschafts- und Kreis-Kommandanturen der MO (Milicja Obywatelska = Polizei, A.H.) und deren Stellvertreter (...), die Präsidenten der Wojewodschafts- und Kreisgerichte sowie die Staatsanwälte der Wojewodschaften und Kreise. Die Instanzen der höheren Ebene, die zur Entscheidung über die Besetzung dieser Stellen bevollmächtigt sind, beraten beabsichtigte Änderungen mit der entsprechenden Parteiinstanz.

3. Auf der Grundlage der nachfolgenden Rahmenaufstellung der Führungsstellen bestimmt die Parteiinstanz die Betriebe und Institutionen, die der Nomenklatura unterstellt sind, und bestimmt auch die einzelnen Führungsstellen, welche bei der Besetzung eine Bestätigung erfordern. Entscheidungen über die Ausweitung oder Einengung des Bereichs der Stellen, die der Nomenklatura unterstehen, fällt das Sekretariat des Zentralkomitees. (...)

4. Die Nomenklatura betrifft Posten, deren Besetzung durch Wahl oder Ernennung erfolgt.

a) Kandidaten für Parteiposten, die auf dem Wege von Wahlen besetzt werden, empfiehlt die entsprechende Parteiinstanz. Das betrifft ebenfalls Führungsstellen in den Nationalräten, in den Gewerkschaften, in den selbstverwalteten Genossenschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen, die durch Wahlen besetzt werden. Die Mitglieder der Partei in diesen Organisationen haben die Pflicht, die von den entsprechenden Parteiinstanzen empfohlenen Kandidaten zu unterstützen.

b) Die Bestätigung auf dem Wege der Ernennung bestimmter Kandidaten erfolgt auf Antrag des Leiters der übergeordneten Einheit. Mit der Initiative auf Ernennung oder Abberufung können auch die entsprechenden Parteiinstanzen auftreten, und ebenfalls die interessierten Abteilungen in KC und KW. (...)

Die Entscheidungen über die Besetzung von Stellen, die nicht der

Nomenklatura der Parteiinstanzen unterstellt sind, fällen die Leiter der staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen selbständig. In einzelnen Angelegenheiten können die Leiter beabsichtigte personelle Änderungen mit dem Führungsapparat der entsprechenden Parteiinstanz absprechen.

5. Die nachfolgende Verfahrensweise bei Personalanträgen wird festgelegt:

a) Im Zentralkomitee und in den Wojewodschaftskomitees werden die Anträge der Organisationseinheiten zusammen mit einer vollständigen Personaldokumentation an die sachlich zuständige Abteilung geleitet, welche diese nach Stellungnahme an die Kaderabteilung des KC oder KW weiterleitet; die Kaderabteilungen legen die Anträge nach Prüfung zum Entscheid vor und informieren danach die Antragsteller.

b) In den Kreiskomitees (Stadt- und Bezirkskomitees) werden die Anträge an den Sekretär des Ressorts geleitet, welcher diese zur Bestätigung der Exekutive vorlegt. Über die vorgenommene Entscheidung werden der Antragsteller und der Erste Sekretär des KP orientiert.

Es wird der Grundsatz eingeführt, daß mit sämtlichen eingesetzten oder abberufenen Personen bei Führungsstellen, die der Nomenklatura der Parteiinstanzen unterstehen, Gespräche geführt werden.

Mit den Sekretären der Wojewodschaftskomitees, den Vorsitzenden der Wojewodschafts-Nationalräte, Ministern, Vizeministern und Personen auf gleichrangigen Posten werden diese Gespräche im allgemeinen von den Mitgliedern des Politbüros oder des Sekretariats des Zentralkomitees geführt. Mit dem übrigen Führungskader, das der Nomenklatura des Zentralkomitees untersteht, werden diese Gespräche von den Abteilungsleitern im Zentralkomitee und deren Stellvertretern geführt.

Die Wojewodschafts- und Kreisinstanzen (Stadt- und Bezirksinstanzen) bestimmen auf entsprechende Weise den Bereich dieser Gespräche mit dem Führungskader ihres Territoriums, entsprechend der Art und Bedeutung der erfüllten Funktionen. (...)

6. Die Parteiinstanzen führen eine Dokumentation über die Kader, die der Nomenklatura unterstehen, nach den bisher geltenden Grundsätzen. Im Jahre 1973 wird eine neue, einheitliche Dokumentationsweise der Führungskader, die der Nomenklatura unterstehen, eingeführt. Die Formen und Grundsätze dieser Dokumentation bestimmt eine Instruktion der Kaderabteilung des Zentralkomitees.

Die Parteiinstanzen können auch eine solche Dokumentation über Personen führen, deren Stellungen nicht der Nomenklatura unterstellt sind. Das ist unabdingbar besonders in bezug auf die Kaderreserven und auch für andere Ziele, die mit der Realisierung der allgemeinen Grundsätze der Kaderpolitik der Partei zusammenhängen.

7. Die Grundorganisationen der Partei haben keine Nomenklatura von Kädern, und darum sollten sie von den Leitern von Betrieben und Instanzen nicht die Vorlage von Personalanträgen zur Bestätigung verlangen. Diese Organisationen haben die Pflicht:

– systematische und periodische Beurteilungen der Kaderpolitik und des Kadereinsatzes der Betriebsleitungen und Leitungen von Institutionen durchzuführen;

– für die Führungsposten in Betrieb oder Institution fähige und außerordentlich begabte Leute vorzuschlagen, die unter der Belegschaft Autorität besitzen;

– die Abberufung von Leuten von Führungsposten zu verlangen, die ihren Pflichten nicht in genügendem Maße nachkommen und nicht entsprechend der ethischen Grundsätze handeln.

Warszawa, Oktober 1972

Politisches Büro
des Zentralkomitees
der PZPR

Beilage:

Aufstellung der Posten, die der Nomenklatura von KC, KW, KP (KM, KD) unterstehen

(Wykaz stanowisk objetych nomenklaturą KC, KW, KP (KM, KD))

A. Zentralkomitee PZPR

I. Sekretäre der Parteikomitees, Funktionäre der politischen Instanzen der Parteiorgane

1. Leiter, stellvertretende Leiter der Abteilungen, Inspektoren, höhere Instrukto-
ren, Instrukto- und politische Referenten des Zentralkomitees
2. Sekretäre und Ressortsekretäre der KW
3. Rektor, Prorektoren, Abteilungsleiter und wissenschaftliche Mitarbeiter an der
Hochschule für Sozialwissenschaften (WSNS)
4. Chefredakteure und deren Stellvertreter der *Trybuna Ludu*, *Nowe Drogi*, *Zycie
Partii* und *Chlopska Droga*
5. Direktoren der Parteischulen in Bydgoszcz und Katowice
6. Sekretäre der Parteikomitees in Ministerien und zentralen Behörden

II. Organe von Regierung, Staats- und Wirtschaftsverwaltung

1. Marszalek und Vizemarszalek des Sejm der PRL
2. Vorsitzender, Stellvertretender Vorsitzender, Sekretär und Mitglieder des
Staatsrats
3. Präsident und Vizepräsident des Ministerrats
4. Vorsitzender und Vizevorsitzende der Plankommission beim Ministerrat

5. Präsident und Vizepräsident der Obersten Kontrollkammer (NIK)
6. Minister, Vizeminister und Generaldirektoren
7. Vorsitzende der Präsidien der Wojewodschafts-Nationalräte
8. Botschafter und bevollmächtigte Gesandte, Botschafts- und Gesandtschaftsräte, Generalkonsuln
9. Präsidenten des Obersten Gerichtshofes und der Wojewodschaftsgerichte
10. Generalstaatsanwalt der PRL und seine Stellv., Wojewodschafts-Staatsanwälte
11. Präsident, Vizepräsidenten, wissenschaftlicher Sekretär, Stellvertreter des wissenschaftlichen Sekretärs der Polnischen Akademie der Wissenschaften
12. Chef der Sejm-Kanzlei und Chef der Staatsrats-Kanzlei
13. Der Hauptkommandant der Milicja Obywatelska (Polizei) und seine Stellvertreter
14. Die Wojewodschafts-Kommandanten und deren erste Stellvertreter für Sicherheitsfragen und deren erste Stellvertreter für Milizfragen
15. Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Rates für die Materialbewirtschaftung
16. Der Vorsitzende des Staatlichen Bergbaurats
17. Präsidenten und Vizepräsidenten der zentralen Behörden (Verwaltungen)
18. Präsident und Vizepräsidenten der Polnischen Nationalbank, Direktoren der zentralen Banken
19. Regierungsbevollmächtigte der PRL
20. Präsidenten und Vizepräsidenten der zentralen Landes- und Branchenverwaltungen der Genossenschaften
21. Die Mitglieder der obersten Instanzen der Handwerkerorganisationen
22. Direktoren der Departemente und Gleichrangige in der Kanzlei des Staatsrats und des Sejms, im Ministerratsamt, in der NIK, in den Ministerien und anderen zentralen Organen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung
23. Generaldirektoren der Industrievereinigungen (mit landesweiter Tätigkeit), der Zentralverwaltungen und der Zentralen des inneren Handels
24. Generaldirektoren der Außenhandelszentralen und deren Stellvertreter
25. Generaldirektoren der Kreisdirektoren der Polnischen Staatsbahnen und der Kreisdirektionen der Telekommunikation
26. Generaldirektoren der Wojewodschafts-Industrievereinigungen der allgemeinen Bauwirtschaft
27. Hauptkommandant der Feuerwehr
28. Generaldirektoren der Betriebe mit landesweiter Reichweite (LOT, Orbis, Wars usw.)
29. Stellvertreter der ständigen Vertretung der PRL in der RWPG (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, A.H.) und Stellvertreter des Generalsekretärs der RWPG, der durch die PRL delegiert ist
30. Leiter der Vertretungen der Ressorts im Ausland, Leiter der Abteilungen im Sekretariat der RWPG und Direktoren der Departemente des UNO-Sekretariats, die von der PRL delegiert sind

III. Gesellschaftliche Organisationen

1. Vorsitzender, Vizevorsitzende und Sekretär des Gesamtpolnischen Komitees der Nationalen Einheitsfront

2. Vorsitzender, Vizevorsitzende und Sekretäre des Zentralrats der Gewerkschaften und der Hauptvorstände der Branchengewerkschaften
3. Präsident, Generalsekretär und Sekretäre des Hauptvorstands des Verbands der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWiD)
4. Vorsitzender, Vizevorsitzender und Sekretäre der Hauptvorstände der Jugendorganisationen
5. Vorsitzende des Landesrats der Frauen und Vorsitzende des Hauptvorstands der Liga für die Frauen
6. Präsidenten, Generalsekretäre der Obersten Technischen Organisation (NOT) und der Polnischen Ökonomischen Vereinigung (PTE)
7. Präsident des Obersten Genossenschaftsrats
8. Vorsitzender, amtierender Vizevorsitzender und Sekretäre des Hauptvorstands der Freundschaftsvereinigung Polen-Sowjetunion
9. Vorsitzender und Generalsekretär des Hauptvorstands der Vereinigung der Polnischen Journalisten (SDP)
10. Präsident und Generalsekretär des Hauptvorstands des Polnischen Schriftstellerverbands (ZLP)
11. Präsident und Generalsekretär des Hauptvorstands der Polnischen Juristenvereinigung (ZPP)
12. Präsident des Obersten Advokatenrats
13. Präsident und Vizepräsidenten der Hauptverwaltung des Verbands der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Zwiazek Kolek Rolniczych)
14. Präsident und Vizepräsidenten der Hauptverwaltung des Verbands der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Zwiazek Rolniczych Spoldzielni Produkcyjnych)
15. Vorsitzende (Präsidenten), Vizevorsitzende (Vizepräsidenten), Sekretäre der Hauptvorstände der sozialen und kulturellen Vereinigungen
16. Präsident des Hauptvorstands der Landes-Verteidigungs-Liga (Liga Obrony Kraju)
17. Präsident und Vizepräsidenten des Hauptvorstands des Verbands der Freiwilligen Feuerwehren

IV. Streitkräfte

1. Generalstabschef und seine Stellvertreter
2. Chef der politischen Hauptverwaltung der polnischen Armee und seine Stellvertreter
3. Hauptinspektor der Territorialen Landesverteidigung
4. Hauptinspektor für Schulung
5. Hauptquartiermeister der Polnischen Streitkräfte
6. Hauptinspektor für Technik
7. Kommandanten der Militärkreise und deren Stellvertreter für politische Fragen
8. Kommandanten der Waffengattungen und deren Stellvertreter für politische Fragen:
 - a) der Luftwaffe
 - b) der Kriegsmarine
 - c) der Luftabwehr
 - d) des Grenzschatzes

9. Chef des Militärischen Sicherheitsdienstes
10. Chef der Kaderabteilung MON
11. Chef des Schulungsinspektorats
12. Chef des Inspektorats für die Territoriale Verteidigung
13. Chef der Verwaltung des II. Generalstabes
14. Beförderungen in den Generalsrang

V. Massenmedien, Verlage, Wissenschaft

1. Vorsitzender, Stellvertreter und Generaldirektoren des Radio- und Fernsehkomitees
2. Präsident, Vizepräsidenten und Direktoren der Hauptverwaltung RSW »Prasa«
3. Chefredakteure, deren Stellvertreter und Direktoren der Polnischen Presseagentur (PAP), der Presseagentur »Interpress«, der Zentralen Fotoagentur, des Künstlerisch-Graphischen Verlages, der Dokumentarfilmbetriebe und der Polnischen Filmchronik (Wochenschau)
4. Präsident des Genossenschaftsverlages »Ksiazka i Wiedza«
5. Chefredakteure der Zeitschriften »Ideologia i Polityka« und »Zagadnienia i Materialy«
6. Direktoren und Chefredakteure der wissenschaftlichen und Buchverlage
7. Chefredakteure der zentralen Tageszeitungen, Wochen- und Monatszeitschriften
8. Chefredakteure des Polnischen Radios und Fernsehens
9. Direktoren der zentralen und Ressort-Institute im wissenschaftlichen und Forschungsbereich
10. Leiter der Auslandsstationen der Polnischen Akademie der Wissenschaften
11. Abteilungssekretäre und deren Stellvertreter sowie Bürodirektoren der Polnischen Akademie der Wissenschaften

B. Wojewodchaftskomitees der PZPR

I. Sekretäre der Parteikomitees, politische Funktionäre der Instanzen und Organe der Partei

1. 1. Sekretär und Ressortsekretäre von KP, KM und KD
2. Politische Funktionäre des KW
3. Chefredaktion und deren Stellvertreter sowie Redaktionssekretäre der Wojewodschafts-Presseorgane des KW
4. 1. Sekretäre der Parteikomitees in den Bildungsinstitutionen, der Betriebskomitees und in den Präsidien der Wojewodschafts-Nationalräte und Wojewodschafts-Kommandanturen der Milicja Obywatelska (Polizei)
5. Sekretäre (Angestellte) der Betriebskomitees in den Kombinat und Betrieben (die der Nomenklatura von KW unterstehen), darunter auch in allen, die der Verwaltung des Zentralkomitees unterstellt sind

II. Territoriale Behörden, Verwaltungen, Wirtschaftsapparat

1. Vizevorsitzende und Sekretäre des PWRN (Wojewodschafts-Nationalräte)
2. Vorsitzende von WKPG, Kuratoren der Schulkreise
3. Abteilungsleiter im Präsidium der Wojewodschafts-Nationalräte (nach Gutdünken der Exekutive des KW)

4. Stellvertreter der Wojewodschafts-Kommandanten der Milicja Obywatelska (neben 1. Stellvertretern für Sicherheitsfragen und 1. Stellvertretern für Milizfragen)
5. Abteilungsvorsteher des Wojewodschaftskommandos der Milicja Obywatelska (nach Gutdünken der Exekutive des KW)
6. Vizepräsidenten der Wojewodschaftsgerichte
7. Stellvertretende Staatsanwälte der Wojewodschaften
8. Vorsteher der Wojewodschaftsgefängnisse
9. Vorsitzender der Delegatur der NIK, Wojewodschaftsinspektoren von PIH und IKR
10. Vorsitzende der Präsidien der Kreis-, Stadt- und Bezirks-Nationalräte
11. Kreiskommandanten der Milicja Obywatelska und deren 1. Stellvertreter für Sicherheitsfragen
12. Präsidenten der Kreisgerichte
13. Kreisstaatsanwälte
14. Präsidenten der Kreisgerichte für Sozialversicherung
15. Präsidenten der Kreis-Schiedskommissionen
16. Direktoren (Präsidenten) der Wirtschaftsorganisationen auf Wojewodschaftsebene; der Industrievereinigungen, Genossenschaften und Betriebe mit Reichweite in der ganzen Wojewodschaft (mit Ausnahme der Generaldirektoren der Wojewodschafts-Industrievereinigungen der allgemeinen Bauwirtschaft)
17. Direktoren der Wojewodschaftsabteilungen der Polnischen Nationalbank, der Landwirtschaftsbank, der PKO (Polnische Sparkasse), von SOP, PZU, ZUS
18. Generaldirektoren von Kombinat und Schlüsselbetrieben (bzw. Stellvertretende Direktoren je nach Ermessen des KW)
19. Kommandanten der Wojewodschafts-Feuerwehren
20. Direktoren der Wojewodschaftsvertretungen des Gesundheits- und Sozialwesens
21. Direktoren der Wojewodschaftsdelegaturen des Hauptamtes für die Kontrolle von Presse, Publikationen und Veranstaltungen (Zensurbehörde, A.H.)

III. Gesellschaftliche Organisationen

1. Vorsitzender, Vizevorsitzende und Sekretäre der Wojewodschafts- und Komitees der Nationalen Einheitsfront
2. Vorsitzender Vizevorsitzende und Sekretäre der WKZZ (Gewerkschaften, A.H.)
3. Vorsitzender, Vizevorsitzende und Sekretäre der Wojewodschaftsvorstände der Jugendorganisationen
4. Präsident und Vorstandsmitglieder des Wojewodschaftsverbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWiD)
5. Präsidenten, stellvertretende Präsidenten und Sekretäre der Wojewodschaftsverwaltung des Verbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Związek Kolek Rolniczych)
6. Vorsitzende des Wojewodschafts-Frauenrats und der Wojewodschaftsvorstände der Liga für die Frauen
7. Vorsitzender, Vizevorsitzender und Sekretäre im Vorstand der Bezirks-Berufsgewerkschaften

8. Vorsitzender (Präsidenten und Vorstandsmitglieder, die angestellt sind) der Wojewodschaftsvorstände der künstlerischen, gesellschaftlich-kulturellen, Sport und Wehr- sowie Berufsorganisationen und Vereinigungen (NOT, Vereinigung der Polnischen Juristen usw.)

IV. Massenmedien, Verlage, Wissenschaft

1. Chefredakteure und deren Stellvertreter der Radiostationen des Polnischen Radios und der Fernsehzentren
2. Chefredakteure, Stellvertreter der Chefredakteure der lokalen Tageszeitungen und gesellschaftlich-kulturellen Zeitschriften
3. Chefredakteure und Direktoren der Presse- und Buchverlage auf Wojewodschaftsebene
4. Rektoren und Prorektoren höherer Lehranstalten
5. Direktoren und künstlerische Leiter der Theater
6. Direktoren der Wojewodschaftsmuseen

C. Kreiskomitees der PZPR (Stadt- und Bezirkskomitees)

I. Sekretäre der Parteikomitees und politische Funktionäre der Parteiinstanzen

1. Politische Funktionäre der KP (KM, KD)
2. 1. Sekretäre der Stadtkomitees (die keine Kreisstädte sind) und der Gemeindekomitees
3. Sekretäre (Angestellte) von KZ und POP (Grundorganisation der Partei, A. H.) in den Betrieben, die der Nomenklatura der KP unterstehen

II. Territoriale Behörden, Verwaltung und Wirtschaftsapparat

1. Vizevorsitzende und Sekretäre der Nationalrats-Präsidien von Bezirk, Stadt und Kreis
2. Vorsitzende von PKPG und Abteilungsleiter in den PPRN (Kreis-Nationalräte, A. H.) (nach Ermessen der Exekutive des KP)
3. Schulinspektoren der Kreise, Direktoren von Techniken und Lizeumsschulen
4. Vizepräsidenten der Kreisgerichte
5. Stellvertreter der Kreisstaatsanwälte
6. Stellvertreter der Kreiskommandanten der Milicja Obywatelska (die nicht der Nomenklatura der Wojewodschaftskomitees unterstellt sind)
7. Vorsitzende der städtischen Nationalräte, die nicht Kreisstädte sind
8. Vorsitzende der Gemeinde-Nationalräte und Gemeindevorsteher
9. Kommandanten der Gemeindeposten der Milicja Obywatelska
10. Kreiskommandanten der ORMÓ (Freiwillige Reservemiliz, A. H.)
11. Kreiskommandanten der Feuerwehren
12. Direktoren der Kreis-Maschinen-Stationen (für landwirtschaftliche Maschinen, A. H.)
13. Direktoren der Abteilungen und selbständigen Einheiten der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe
14. Leiter (Präsidenten) der grundlegenden Wirtschaftsorganisationen
15. Direktoren der Kreisabteilungen der Polnischen Nationalbank, der Landwirtschaftsbank, PKO, SOP, PZU

16. Direktoren der Industrie-, Bau-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe (die nicht der Nomenklatura der Wojewodschaftskomitees unterstellt sind), Präsidenten der Genossenschaften
17. Leiter (Direktoren) der größeren Abteilungen des Gesundheitswesens (Spitäler, Sanatorien)
18. Leiter von Betrieben, die Teil von Kombinat sind, Leiter von Abteilungen von Mehrbetriebsunternehmen

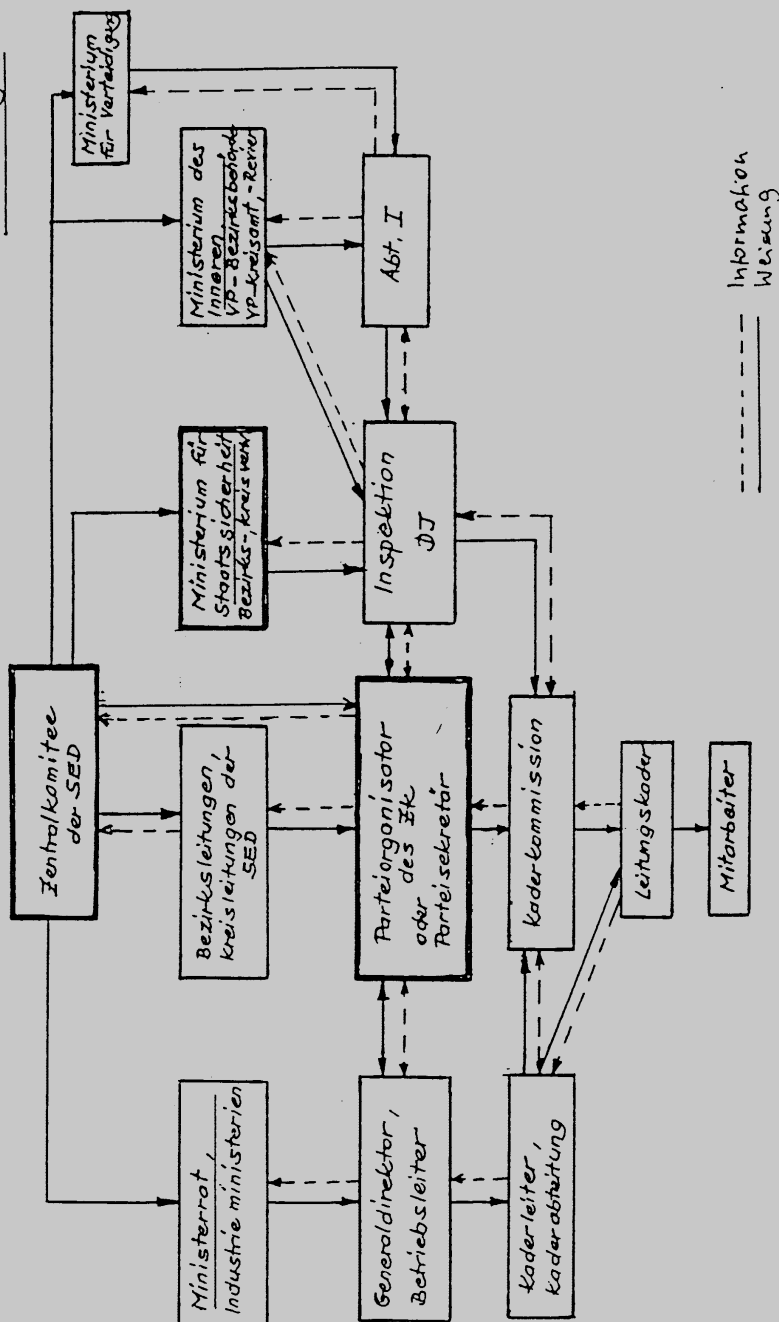
III. Gesellschaftliche Organisationen

1. Vorsitzende der Kreiskomitees der Nationalen Einheitsfront
2. Vorsitzende der Kreis-Gewerkschaftskommissionen
3. Präsidenten der Kreisvorstände des Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie (ZBOWiD)
4. Vorsitzende der Kreisvorstände der Jugendorganisationen
5. Präsidenten der Kreisverwaltungen der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolka Rolnicza)
6. Vorsitzende der Kreisträte der Frauen und Vorsitzende der Vorstände der Liga für die Frauen
7. Vorsitzende der Kreiskomitees für Körperkultur

Warszawa, Oktober 1972

Politisches Büro
des Zentralkomitees
der PZPR

Zusammenwirken der Staatsorgane bei der Kaderarbeit in den Betrieben und Kombinaten / Einrichtungen



102317

Vertrauliche Verschlusssache
Vertrauliche Verschlusssache

P. 2 - B 120 - P/309/76
949, Ausf. 25, Seiten - 1 -

70

13 Bl./Qu.

K O P I E

Der Bundesvorsitzende ist die
zuständige Stelle für die
Verwaltung der
Bundesverwaltung
Bundesverwaltung
Bundesverwaltung

M I N I S T E R R A T

der Deutschen Demokratischen Republik

- Der Vorsitzende -

VVS

A n o r d n u n g

über die Sicherheit und Geheimhaltung
bei der Erfüllung der Aufgaben der
Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung
der Landesverteidigung im Frieden

vom 10. November 1976

Teil: Einstellungs- und Kaderbestimmungen

Vertrauliche Verschlusssache

B 2 - B 120 - P/309/76 - 14 -

Anlage 1

zu § 3 der
Sicherheitsordnung

K O P I E

Einstellungs- und Kaderbestimmungen

Der Bundesbeauftragte für die
Untersuchung der Verfassung und der
Ordnung
Deutscher Demokratischer Republik
Präsident 1980, O-10 115 Berlin

Die Erfüllung von Aufgaben der Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung erfordert einen hohen Stand von Sicherheit und Geheimhaltung. Deshalb werden an die für diese Aufgaben tätigen Personen hohe sicherheitspolitische Forderungen gestellt. Die Leiter der staatlichen Organe, der wirtschaftsleitenden Organe und der Wirtschaftseinheiten haben durch ständige politisch-ideologische Erziehung zu gewährleisten, daß diesen Forderungen in hohem Maße Rechnung getragen und das Klassenbewußtsein ständig gefestigt wird.

Für Wirtschaftseinheiten mit Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung sowie in deren übergeordneten Organen gelten die nachstehenden Bestimmungen.

1. Es sind nur solche Bürger der DDR einzustellen, die nicht ihren Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin hatten oder nicht wegen Verbrechen gegen die DDR, gegen die Tätigkeit ihrer Organe, gegen gesellschaftliches Eigentum oder wegen Militärstraf-taten gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurden.
2. Alle Leitungsfunktionen der Wirtschaftseinheiten mit Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung sowie Funktionen in den Arbeitsbereichen Forschung, Entwicklung und Ökonomie, in denen umfassende

K O P I E

Der Bundesbaubehörde für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
zur Verwertung
[Friedrich-Dietrich-Verlag Berlin]
Berlin 1980, G-1088 Berlin

Vertrauliche Verschlusssache

B 2 -B 120 - P/309/76 - 15

Kenntnisse, Erkenntnisse und Übersichten über die Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung bekannt werden, sind nur mit Kadern zu besetzen, die

- sich durch einen unerschütterlichen Klassenstandpunkt auszeichnen;
- ein ausgeprägtes sozialistisches Bewußtsein auf der Grundlage marxistisch-leninistischer Kenntnisse besitzen, über hohes Fachwissen und mehrjährige praktische Erfahrungen verfügen;
- sich bei der Lösung der Aufgaben durch hohe Partei- und Staatsdisziplin sowie durch Zuverlässigkeit ausgezeichnet haben;
- das Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Vertrages ständig festigen;
- keinerlei außerdienstliche Beziehungen oder Kontakte zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins unterhalten, auch nicht über dritte Personen.

Die Minister und Leiter der anderen zentralen Staatsorgane sowie die Vorsitzenden der Räte der Bezirke erlassen hierzu eine Nomenklatur, auf welche Funktionen diese Regelung anzuwenden ist.

Vor dem Einsatz dieser Kader bedarf es der Zustimmung der zuständigen Beauftragten des Ministeriums für Staatssicherheit.

Vertrauliche Verschlusssache

B 2 - B 120 - P/309/76 - 16 -

M O P F E

Der Bundeskanzler
 Der Bundesminister
 Der Bundesminister
 Der Bundesminister
 Der Bundesminister

3. (1) Betriebsangehörige, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit Kenntnisse über Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung erhalten, die Staats- oder Dienstgeheimnisse sind, sind entsprechend den geltenden Bestimmungen^{x)} zu verpflichten. Grundlage für die VS-Berechtigung ist die Geheimnisträgersnomenklatur.

(2) Die Aufnahme oder Aufrechterhaltung von außerdienstlichen Beziehungen oder Kontakten zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins durch Betriebsangehörige, die gemäß der Anordnung zum Schutz von Staatsgeheimnissen vom 20. August 1974 als Geheimnisträger verpflichtet sind, ist genehmigungspflichtig.

Die Genehmigungen erteilen für

- GVS-Berechtigte
 der Leiter des übergeordneten Staatsorgans oder ein von ihm besonders bevollmächtigter nachgeordneter Leiter,
- VVS-Berechtigte
 der Leiter der Wirtschaftseinheit.

(3) Kommen Beziehungen oder Kontakte von VS-Berechtigten unvorhergesehen zustande, sind diese unverzüglich schriftlich zu melden.

^{x)} z. Z. gelten:

- für Staatsgeheimnisse
 Anordnung zum Schutz von Staatsgeheimnissen vom 20. August 1974 (VVS B 430 - 838/74)
- für Dienstgeheimnisse
 Anordnung zum Schutz von Dienstgeheimnissen vom 20. Dezember 1971 (Sonderdruck Nr. 717 des Gesetzblattes)

K O P I E

Der Bundeskanzler für die
Unterlagen des Bundesarchivs
für die
Deutschen Demokratischen Republik
Postfach 1100, D-1086 Berlin

Vertrauliche Verschlusssache

B 2 - B 120 - P/309/76 - 17 -

4. Alle Betriebsangehörigen - unabhängig davon, ob sie als Geheimnisträger gemäß Ziffer 3. verpflichtet werden - sind bei der Aufnahme eines Arbeitsrechtsverhältnisses schriftlich zu verpflichten, daß sie über ihre Tätigkeit gegenüber unbefugten Personen Stillschweigen zu bewahren haben, auch nach Ausscheiden aus diesen Wirtschaftseinheiten.

Diese Verpflichtung ist in den Kaderabteilungen bis mindestens 5 Jahre nach dem Ausscheiden aufzubewahren.

Für Betriebsangehörige ohne VS-Berechtigung sind außerdienstliche Beziehungen und Kontakte zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins meldepflichtig. Diese Meldungen sind schriftlich bei den Kaderabteilungen abzugeben.

5. Sofern nichts anderes festgelegt ist, behalten die Festlegungen über Beziehungen und Kontakte zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins bis 3 Jahre nach Aufhebung der erteilten VS-Berechtigung Gültigkeit.
6. Die Leiter haben bei den Betriebsangehörigen durch ständige politisch-ideologische Erziehung dahingehend zu wirken, daß die genannten Beziehungen und Kontakte verringert werden.
7. Die Kaderabteilungen in diesen Wirtschaftseinheiten sind verpflichtet, über bestehende außerdienstliche Beziehungen und Kontakte zu Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins eine ständige Übersicht zu führen.

K O P I E

Vertrauliche Verschlusssache

B 2 - B 120 - P/309/76 - 18 -

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsorgans
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Postfach 1129, D-1086 Berlin

8. Der Einsatz betriebsfremder Personen, die für eine zeitweilige Tätigkeit in Wirtschaftseinheiten mit Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung vorgesehen sind und dabei Kenntnisse über die Produktion erhalten, ist vorher mit dem zuständigen Beauftragten des Ministeriums für Staatssicherheit namentlich abzustimmen.

Sie sind vor Aufnahme ihrer Tätigkeit gemäß Ziffer 4. schriftlich zu verpflichten. Diese Verpflichtungen sind in der Kaderabteilung bis mindestens 5 Jahre nach Beendigung ihrer Tätigkeit aufzubewahren.

9. Die Ergebnisse durchgeführter Kontrollen und statistischer Erhebungen auf dem Gebiet der Kaderarbeit sind Staatsgeheimnisse.

MfS - ZAGG

top

BStU

Archiv der Zentralstelle

MfS - ZAGG

Nr. 742

Dr. 3-E. 14/75 03596

2. Vorbericht über die Analyse
 ist auf der nächsten VS. Seite fortgesetzt

Von Sektor GS Untersuchungsgegenstand: Oberst Schröder
 mit folgender Bemerkung: Geol. Fundat. zur Analyse aus
als Beispiel von zwei
chemischen Kohle u. Asphalten
mit der Methode über ST beschaffen
haben

KOPF

000001

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Kohle und Energie

Vorläufige Muster
VVS B 150-240/78
24. Ausf. 10-Blatt

VVS

03596

Vorlage
zur Kollegiumssitzung

BStU
000002

am 6. 11. 1978

Benennung der
Vorlage:

Einschätzung über die Erfüllung
sicherheitspolitischer Forderungen
in der Kaderarbeit

Einreicher:

Abteilungsleiter K/Q
Leiter Inspektion

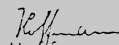
Abstimmung erfolgte
mit:

-

Grund der Einreichung:

Plan der Kollegiumsberatung


Funke
Abteilungsleiter
K/Q


Hoffmann
Leiter Inspektion

- 2 -

BSU 000003

Vorschläge für Festlegungen

1. Die Einschätzung über die Erfüllung sicherheitspolitischer Forderungen in der Kaderarbeit wird zur Kenntnis genommen. Sie ist in der nächsten Beratung mit den Generaldirektoren der VVB und des GSP sowie den Leitern der dem Ministerium direkt unterstellten Einrichtungen auszuwerten.

Verantw.: Abteilungsleiter K/Q des MKE
Termin: 08.11.1978

2. Mit den Nomenklaturkadern der Generaldirektoren, die noch private Kontakte und Beziehungen zu Bürgern des NSW unterhalten, sind erneut Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Kontakte und Beziehungen abzubauen. Über die Ergebnisse ist dem Minister zu berichten.

Verantw.: GD der VVB und des GSP
Termin: 31.03.1979

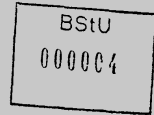
3. Mit den Reserve- und Nachwuchskadern der Nomenklatur der Generaldirektoren, die noch private Kontakte und Beziehungen zu Bürgern des NSW unterhalten, sind letztmalig Gespräche zum Abbruch der Kontakte und Beziehungen zu führen. Bei Nichtbereitschaft zum Abbruch der Kontakte und Beziehungen sind diese Kader als Nachwuchs- oder Reservekader zu streichen.

Verantw.: GD der VVB und des GSP
Termin: 31.12.1978

4. Mit den SW-Reisekadern ist bei der Führung von Leistungsgesprächen die Übersicht über bestehende private Kontakte und Beziehungen zu Bürgern des NSW zu vervollständigen, auf das Zurückdrängen bestehender Kontakte und Beziehungen Einfluß zu nehmen und differenziert über den weiteren Verbleib im SW-Reisekaderstamm zu entscheiden.

VVS B 150-240/78

- 3 -



Über das Ergebnis ist der Minister schriftlich zu informieren.

Verantw.: GD der VVB und des GSP, Leiter der dem Ministerium direkt unterstellten Einrichtungen

Termin: 31.03.1979

5. Bei der Arbeit mit den Staatsgeheimnisträgern ist die Direktive über Geheimnisträger unverfälscht durchzusetzen. In der Arbeit mit diesen Kadern ist die Kontinuität zu erhöhen und überall eine Atmosphäre der parteiischen Offenheit und des Vertrauens zu gewährleisten. Es ist zu erreichen, daß im Einvernehmen mit den Geheimnisträgern noch bestehende Kontakte und Beziehungen zielgerichtet abzubauen sind. Mit der Berichterstattung über die Durchsetzung der Anordnung zum Schutz von Staatsgeheimnissen ist gleichzeitig über die erreichten Ergebnisse in der Arbeit mit den Staatsgeheimnisträgern zu berichten.

Verantw.: GD der VVB GSP, Leiter der dem Ministerium direkt unterstellten Einrichtungen

Termin: 30.11.1979

6. Der Einsatz von Werktätigen mit kaderpolitischen Besonderheiten sowie ihre Verhaltensweise ist in den Betrieben und VVB ständig weiter zu analysieren. Die guten Erfahrungen auf diesem Gebiet im Stammbetrieb des GSP sind in Beratungen mit den Direktoren Kader und Bildung der VVB und des GSP sowie mit den Inspektionsbeauftragten dieser Bereiche auszuwerten und zu verallgemeinern

Verantw. f. Analyse und Schlußfolgerungen:
GD der VVB und des GSP, Leiter der dem Ministerium direkt unterstellten Einrichtungen

Termin: 30.11.1979

Verantw. f. Auswertung: Abteilungsleiter K/Q und Leiter der Inspektion des MKE

Termin: Dezember 1978

VVS B 150-240/78

- 4 -

BSTU

000005

Auf der Grundlage des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 7.6.1977 zur Arbeit mit den Kadern, der Anordnung zum Schutz der Staatsgeheimnisse, der Direktive über Geheimnisträger und der Richtlinie für dienstliche Ausreisen aus der DDR und für Einreisen aus dienstlichen Gründen in die DDR vom 31.7.1972 sowie den dazu durch den Minister auf diesem Gebiet getroffenen Festlegungen und Weisungen wurden eine Vielzahl von Aktivitäten in den VVB, GSP und dem dem Ministerium direkt unterstellten Einrichtungen ausgetüftelt.

Es wird eingeschätzt, daß diese Dokumente in den Führungsreichen Bestandteil der Leitungstätigkeit sind. Die sich daraus ergebenden sicherheitspolitischen Forderungen sind Bestandteil der Kaderarbeit. Die vorliegenden Analysen und Einschätzungen der VVB, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen zeigen, daß bei der Durchsetzung der sicherheitspolitischen Forderungen, vor allem in den letzten beiden Jahren, Fortschritte erreicht wurden. Dabei sind die Ergebnisse zwischen den Nomenklaturebenen, Reisekadern und Staatsgeheimnisträgern differenziert.

Während die Kader der Nomenklatur des Ministers - einschließlich deren Kaderreserve und Nachwuchskader - eine eindeutige Haltung zur Abgrenzung zum kapitalistischen Ausland beziehen und keine Kontakte und Beziehungen zu Bürgern dieser Staaten unterhalten, ist in den anderen Kadergruppen zwar ein weiterer Abbau der Kontakte und Beziehungen erfolgt, der aber insgesamt noch nicht den Erfordernissen entspricht.

Es sind weitere Anstrengungen in der politisch-ideologisch erzieherischen Arbeit zur Erhöhung der Wachsamkeit und Sicherheit sowie zur Einsicht in die Notwendigkeit persönlicher Beschränkungen erforderlich.

Aus den vorliegenden Analysen der VVB, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen ergeben sich zu Schwerpunkten der sicherheitspolitischen Arbeit folgende Aussagen:

VVS B 150-240/78

BStU

000006

- 5 -

1. Arbeit mit den Nomenklaturkadern, Auswahl und Vorbereitung von Reserve- und Nachwuchskadern

Bei den in Nomenklaturfunktionen der Generaldirektoren der VVB und des GSP eingesetzten Kadern gibt es zwar Fortschritte beim Abbau der Kontakte und Beziehungen, ist es aber mit 21 % im GSP bis zu 9 % in der VVB Braunkohle nach wie vor unbefriedigend.

Aus vorliegenden Beispielen ist ersichtlich, daß diese Nomenklaturkader in den Fragen der Abgrenzung zum kapitalistischen Ausland, bezogen auf die eigene Person bzw. ihrer Familien, noch keine erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen haben. In der Mehrzahl handelt es sich bei diesen Kadern (Fachdirektoren der Kombinate und Betriebe, Abteilungsleiter der VVB) um solche, die langjährig diese Funktionen ausüben. Hier zeigt sich, daß von den zuständigen Leitern die Arbeit mit diesen Kadern zum Problem der Abgrenzung noch mit ungenügender Konsequenz und Kontinuität erfolgt. Ein großer Teil dieser Kader erklärte, daß lediglich ihre Familienangehörigen Kontakte und Beziehungen unterhalten und meinen, damit den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Auch von den zuständigen Leitern wird diese Tatsache weniger kritisch bewertet, als wenn der Nomenklaturkader persönlich Kontakte und Beziehungen unterhält. Diese Einstellungen zeigen die Verkennung der Tatsache, daß die Gefährdung des Nomenklaturkaders auch dann besteht, wenn Kontakte und Beziehungen über Familienangehörige unterhalten werden.

Noch vorhandene Kontakte und Beziehungen bei den Nachwuch- und Reservekadern der Nomenklatur der Generaldirektoren zeigen eine politische Sorglosigkeit bereits bei der Auswahl dieser Kader.

VVS B 150-240/78

- 6 -

BStU

000007

Die Auswahl von Nachwuchs- und Reservekadern für Nomenklaturfunktionen erfordert, daß nur solche Kader einbezogen werden, die eine klare politisch-ideologische Haltung zum Sozialismus und damit auch zur Abgrenzung zum kapitalistischen Ausland mit persönlichen Konsequenzen unter Beweis stellen.

2. Arbeit mit den Reisekadern und den Staatsgeheimnisträgern

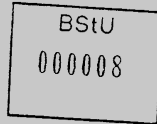
Die Festlegung des Ministers vom 17.1.1977, nach der NSW-Reisekader keinerlei private Kontakte zu Bürgern kapitalistischer Staaten und Westberlin unterhalten dürfen, wurde bis auf 2 Kader der VVB Braunkohle realisiert. Bei diesen beiden Kadern der VVB Braunkohle unterhalten die Ehefrauen noch lose Beziehungen zu Bürgern im NSW (Kartengröße). Es handelt sich hierbei um die Genossen [REDACTED] und [REDACTED]. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache wurde durch die Abteilung Kader und Qualifizierung die Streichung aus dem Reisekaderstamm veranlaßt.

Außer den beiden genannten Genossen wurde ein weiterer Teil der NSW-Reisekader, die in den geführten Gesprächen keine Bereitschaft zum Abbruch außerdienstlicher Kontakte und Beziehungen zeigten, aus dem Reisekaderstamm gestrichen.

Die Analysen zeigen, daß bei den bestätigten SW-Reisekadern, wenn sie nicht gleichzeitig Staatsgeheimnisträger sind, die Übersicht über Kontakte und Beziehungen unvollständig ist. Hier ist es notwendig, kurzfristig mit den Leistungsgesprächen die Übersichten zu vervollständigen, auf das Zurückdrängen bestehender Kontakte und Beziehungen Einfluß zu nehmen und differenziert über den weiteren Verbleib im SW-Reisekaderstamm Entscheidungen herbeizuführen.

VVS B 150-240/78

- 7 -



Aus der in der Anlage enthaltenen Übersicht wird die Differenziertheit noch bestehender Kontakte und Beziehungen der Staatsgeheimnisträger sichtbar. Von der Gesamtanzahl Staatsgeheimnisträger bestehen noch bei ca. 19 % die unterschiedlichsten Verbindungen zum NSW.

Im Vergleich zur politisch-ideologisch erzieherischen Arbeit, die mit den Nomenklaturkadern und Reservekadern geleistet wurde, ist bei der Erziehung der Staatsgeheimnisträger das Ergebnis unbefriedigender.

Die Einschätzungen zeigen, daß es bei einem Teil dieser Kader unklare und ungefestigte Denk- und Verhaltensweisen zur Notwendigkeit der persönlichen Abgrenzung gibt.

Bei der Arbeit mit den Staatsgeheimnisträgern, bei denen noch Kontakte und Beziehungen bestehen, wird häufig noch der Auseinandersetzung ausgewichen.

Dadurch wird einem Teil dieser Kader gestattet, Kontakte zu unterhalten, obwohl es dem Sicherheitserfordernis widerspricht.

Während in einigen Bereichen durch die parteiliche und vertrauensvolle Arbeit mit den Staatsgeheimnisträgern die notwendige Offenheit bei der Meldung und Behandlung von Kontakten und Beziehungen erreicht wurde, gibt es insbesondere im Bereich des Gaskombinates Erscheinungen, daß die Meldepflicht oft nicht erfüllt wird und damit die notwendige Offenheit noch nicht erreicht ist. Mit der besonders im Bereich der VVB Braunkohle erreichten größeren Offenheit ist zu verzeichnen, daß neben dem Abbau von Kontakten und Beziehungen in Einzelfällen neue bekannt werden. Aus der statistischen Betrachtung der vorliegenden Analysen wird die starke Differenziertheit zwischen den Kombi-naten, Betrieben und Einrichtungen deutlich sichtbar.

VVS B 150-240/78

BStU

000009

- 8 -

So haben die Staatsgeheimnisträger der Kraftwerke Lübbenau/Vetschau, Jänschwalde, Thierbach sowie des Braunkohlenkombinates Geiseltal keine Kontakte und Beziehungen. Dagegen ist der Anteil von Staatsgeheimnisträgern mit Kontakten und Beziehungen im Brennstoffinstitut Freiberg mit 32 %, im VEB PKM Anlagenbau Leipzig mit 41 % und in den Ingenieurschulen Senftenberg mit 33 % und Markkleeberg mit 28 % sehr hoch und liegt deutlich über den Durchschnitt des MKE. Die Erfahrungen zeigen, daß in den Betrieben und Einrichtungen, in denen unter Führung der Parteiorganisation in den Fragen der Sicherheit in der Kaderarbeit ein enges Zusammenwirken zwischen staatlichem Leiter, Bereich Kader und Inspektion besteht, die größten Fortschritte erzielt werden konnten.

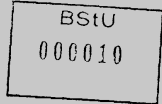
In der weiteren Arbeit ist es notwendig, die besten Erfahrungen besonders auf die bekannten zurückgebliebenen Bereiche zu übertragen und auch auf diesem Gebiet der Kaderarbeit eine kontinuierliche Einflußnahme zu gewährleisten.

3. Arbeit mit Personen mit kaderpolitischen Besonderheiten

Der gegenwärtige Arbeitsstand zeigt, daß über Rückkehrer, Zuzügler, Haftentlassener in den Betrieben und Einrichtungen Übersichten vorhanden sind, die notwendige Überwachung gewährleistet wird und in der Arbeit mit diesem Personenkreis Konzentrationen vermieden werden. Es wird zunehmend besser gewährleistet, daß in Führungs- und Leitungsfunktionen ein Einsatz derartiger Kader ausgeschlossen und für den Einsatz in Schalt- und Kommandozentralen abgebaut und eingeschränkt wird.

VVS B 150-240/78

- 9 -



Bemerkt werden muß jedoch, daß bei der Erfassung weiterer Personen mit kaderpolitischen Besonderheiten, wie z. B. Angehörige von Sekten, ehemalige Grenzgänger, SS-, SA- und NSDAP-Mitglieder noch Lücken bestehen. Nach den vorliegenden Analysen ist einzuschätzen, daß im Stammbetrieb des GSP die größten Fortschritte in der Arbeit mit dieser Personengruppe erreicht wurden. Diese positiven Erfahrungen sind in den nächsten Beratungen der Bereiche Kader und Inspektion auszuwerten und zu verallgemeinern.

Anlage

VWS B 150-240/..

- 10 -

Übersicht über Nomenklaturkader einschließlich deren Reserve- und Nachwuchskader, NSW-Reisekader und Staatsgeheimnisträger und der bei diesen Kadern noch bestehenden privaten Kontakte und Beziehungen zu Bürgern im NSW

Bereich Einrichtg.	Nomenklatur Minister			Nomenklatur GD und Ltr.d.Einrichtungen			NSW-Reisekader			Staatsgeheimnisträger		
	Anz.d. Kader	K.u. B.	KR u. NK	Anz.d. Kader	K.u. B.	KR u. NK	Anz.d. Kader	K.u. B.	Anz.d. Kader	Anz.d. Kader	K.u. B.	K.u.B.
VVB BK	24	kei- ne	16 + 4	187	17	48	3	48	2	979		118
VVB KW	20	"	13 + 5	74	14	8	8	37	0	609		141
VVB EV	25	"	13 + 5	108	16	71	0	43	0	765		149
VVB GSP	15	"	15 + 2	46	10	48	0	551)	0	724		211
IFE/ZRE	3	"	2	7	1	16	2	9	0	237		40
SHLV	2	"	2	24	0	8	0	8	0	125		0
Ing. [REDACTED]	1	"	1	9	7	3	1	0	0	9		3
Ing. [REDACTED]	1	"	1	10	3	0	0	0	0	5		1

1) ohne VR Mocambique

Legende:

K.u.B. = Kontakte und Beziehungen

KR = Kaderreserve

NK = Nachwuchskader

BStU

000011

Ministerium für Staatssicherheit
Hochschule

VVS - 0001 MfS JHS - Nr.: 85/85

Aust.

FALLBEISPIELE

zu Themen der Vorgangsbearbeitung von Staatsverbrechen und angrenzenden politisch-operativ bedeutsamen Straftaten der allgemeinen Kriminalität gegen die Volkswirtschaft der DDR

JHS 24070 (6)

Der Bundesbeauftragte für die
Untersuchung der Staatssicherheitsdienste
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
- Zentralarchiv - 95

10

BStU

000010

Fallbeispiel 2 zum Thema:

Die operative Bearbeitung von Spionageverbrechen und angrenzenden politisch-operativ bedeutsamen Straftaten gegen die Volkswirtschaft der DDR

Teilgebiet:

Beweisführung, Einsatz der IM

Aufgabenstellung:

1. Erarbeiten Sie eine strafrechtliche und politische operative Einschätzung des Sachverhaltes.
2. Welche wesentlichen Beweisfragen ergeben sich daraus?
3. Skizzieren Sie die einzuleitenden operativen Maßnahmen!

OV "Auftrag"

Sachverhalt:

Der Gruppenleiter für Maß-, Steuer- und Regelungstechnik im Forschungszentrum des VEB Carl-Zeiss Jena,

geb. am [REDACTED] in [REDACTED],
Beruf: Betriebsschlosser,
Diplomingenieur,

wurde im Ergebnis der politisch-operativen Sicherheitsüberprüfung als künftiger NSW-Reisekader abgelehnt. Eine entsprechende sicherheitspolitische Empfehlung ging dem Generaldirektor des VEB Carl-Zeiss Jena zu.

Die Ergebnisse der politisch-operativen Sicherheitsüberprüfung und weitere operative Maßnahmen zur Bildung von Kontakten zu Personen im NSW zu operativ bedeutsamen Verhaltensweisen sowie zur Personlichkeit des [REDACTED] führten zur Entscheidung, diesen gemäß §§ 97, 98, 100 und 213 StGB im OV "Auftrag" operativ zu bearbeiten.

VVS JHS 0001 - 05/85

BStU

000011

11

Folgende Informationen zu [REDACTED] liegen derzeit vor:

I. Der Verdächtige offenbarte bereits in den Jahren seiner beruflichen Entwicklung (Berufsausbildung mit Abitur) eine ablehnende Haltung zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Ein Studium in der Sowjetunion nach Abschluß der Berufsausbildung 1962 lehnte er aus bisher ungeklärten Gründen ab. Er bewarb sich für ein Studium an der Technischen Hochschule Dresden in der Fachrichtung Maß- und Regelungstechnik, welches er 1968 abschloß. Nach Abschluß seines ingenieurtechnischen Praktikums und zeitweiliger Beschäftigung wurde er im Forschungs- und Entwicklungsamt der VEB Carl-Zeiss Jena eingesetzt. Auf Grund ausgezeichneten fachlichen Leistungsverhaltens wurde er 1972 als Gruppenleiter bestätigt und übt diese Funktion gegenwärtig noch aus.

Ein inoffizieller Bericht zu [REDACTED] aus dieser Zeit (Bericht IM "Schwalbe") erklärt die gesellschaftlichen Aktivitäten des Verdächtigen mit karrieristischen Erwägungen und seinem Streben, als NSW-Reisekader eingesetzt zu werden.

Tatsächlich verfolgte der Verdächtige seine demalsten Bemühungen um Aufnahme in die SED nur kurzzeitig, nachdem ihm die aktiven NSW-Verbindungen seiner Ehefrau vorgehalten worden waren.

Seine Bereitschaft zum Eintritt in die Kampfgruppen ist von Anfang an unter der Sicht der Erstrebten positiven Wertung seiner politischen Einstellung zu sehen, weil ihm klar war, daß er aus gesundheitlichen Gründen keine Verwendung finden würde. Schließlich wurde der Anfang 1972, um gesellschaftliche Betätigung zu erweisen und seine weitere berufliche Entwicklung zu sichern, Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr.

Inoffizielle Beweismittel liegen dazu vor.

II. Der IM "Edgar", der seit 1978 freundschaftliche Beziehungen zu [REDACTED] unterhält, berichtet im Verlaufe der politisch-operativen Sicherheitsüberprüfung, daß [REDACTED] in ihren Gesprächen seit ca. einem halben Jahr, zuerst nur mal so leichthin und schnell wieder davon ablenkend, dann aber immer bestimmter,

14

Des betrifft z. B.:

BSU

000014

- bearbeitete Themen der Forschung und Entwicklung, vorgesehene Verwendungszwecke für zu entwickelnde Geräte,
- Entwicklungsstand der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit,
- personalistische Funktionen, Wissenskapital-orientierungen für Entwicklung der Lasertechnik (dieser Bereich ist voll in die spezielle Produktion eingegliedert),
- Kooperationspartner des Betriebes im sozialistischen Ausland.

Der Kreis, der für die Weitergabe entsprechender Informationen in Frage kommt, umfaßt sechs Personen, darunter zwei IM (haben die Analyse erarbeitet). Unter diesen Personen befindet sich auch [REDACTED]. Sein Informationspotential ist offiziell, ausgehend von Funktion und Tätigkeit, zwar geringer als oben genannte Informationen ausgeben. Man muß jedoch auch seine Regimekenntnisse, seine zahlreichen Fachpartner und Kollegen im Forschungszentrum beachten.

V. Zur Erarbeitung aktueller Informationen und Beweise zur Aufklärung des Charakters der Verbindung des [REDACTED] zu [REDACTED] und zur Kontrolle und Aufklärung von Aktivitäten und Sammlung von Informationen, die außerhalb seiner Tätigkeitsebene liegen, wurde eine operative Kombination entwickelt und realisiert. In Zusammenarbeit mit [REDACTED] für den Zeitraum von zwei Monaten wurde der [REDACTED] dem zuständigen Wehrkreiskommando wurde der [REDACTED] für den Zeitraum von zwei Monaten zum Reservistendienst einberufen.

Dadurch wurde ihm die Möglichkeit genommen, das geplante Treffen zu pfingsten in Budapest mit [REDACTED] wahrzunehmen. Die Kurzfristigkeit der Einberufung sollte eine Reaktion des [REDACTED] in Richtung Verbindungsaufnahme mit [REDACTED] herbeiführen. Durch eingehende Kontrollmaßnahmen wurde eine direkte Verbindungsaufnahme zu dieser Person nicht festgestellt.

Einen Tag nach der Zustellung des Einberufungsbefehls wurde eine Ansichtskarte von der Ehefrau des [REDACTED] an die [REDACTED] in der BRD abgeschickt. Diese enthält Pfingstgrüße sowie den Satz: "Onkel, [REDACTED] wird diesmal allein nach Budapest reisen."

VVS JMS c - 85/85

D31V

000015

15

Die Legenderung der kurzfristigen Einberufung zum Reservistendienst erfolgte durch die Begründung, daß in einer Einheit der Rückwärtigen Dienste der NVA in der Nähe von Seefeld Sicherungstechnik entwickelt wird. [REDACTED], als Fachmann, könne dort auf seinem Gebiet tätig sein. In Zusammenarbeit mit den Genossen der HA I wurde gewährleistet, daß [REDACTED] in dieser Zeit dienstlich nicht mit geheimzuhaltenen Informationen in Berührung kommt.

Unter dieser Legende wurde der IM "Netz" ebenfalls in diese Einheit einberufen. Einige passfähige Persönlichkeitselemente ließen erwarten, daß dieser IM, der mit [REDACTED] in einem Zimmer eingewiesen wurde, eine zuverlässige Kontrolle des verdächtigen im Freizeitbereich gewährleisten könne.

[REDACTED] begab sich jedoch von Anfang an in die Rolle des Einzelgängers, beteiligte sich in keiner Weise an üblichen gemeinschaftlichen Ausgängen der Gruppe. Sondern stellte sein Interesse an der Natur, insbesondere an ornithologischen Beobachtungen in den Vordergrund. Dadurch war es dem IM, dessen Disposition mehr auf Geselligkeit und Kameradschaft ausgerichtet war, kaum möglich, im Freizeitbereich eine effektive Kontrolle auszuüben. Durch kurzfristig eingeleitete operativ-technische Maßnahmen gelang es festzustellen, daß die Beobachtungsplätze des [REDACTED] in unmittelbarer Nähe einer Radarstation der sowjetischen Streitkräfte lagen.

Es wurde eine konspirative Durchsichtung in der Unterkunft des [REDACTED] durchgeführt. Dafür wurde eine Alarmung genutzt. Neben einigen ornithologischen Skizzen und Blättern, die ziemlich ungeübt wirkten, waren in einem abgegriffenen Notizbuch, welches offensichtlich in der Regel mit sich führte, Logeblättern von Gärten und Wegen, Einzeichnungen usw. enthalten. [REDACTED] waren offensichtlich in der Umgebung des [REDACTED] IM nicht möglich, in der Beobachtung der Aufzeichnungen konnte noch nicht festgestellt werden, daß [REDACTED] sich noch ca. 4 Wochen im Reservistendienst.